Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 8. — Fernsprech-Anschlüsse 6264 bis 6267 — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110 — Bezugspreis: Monatlich 2,00 Mark, Abholer 1,80 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pf., auswärts 80 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pf., Vereinskalender 80 Pf., die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pf., auswärts 150 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 31. Magdeburg, Sonnabend den 6. Februar 1926. 37. Jahrgang.

Verderbliche Wirtschaftspolitik.

Sozialpolitische Reaktion.

Die wachsenden Erwerbslosenziffern Deutschlands zwingen zu einem Jahresrückblick auf die Lage der deutschen Wirtschaft. Wer die Entwicklung des vergangenen Wirtschaftsjahres beobachten konnte, muß feststellen, daß im Bürgertum bei wirtschaftlichen Betrachtungen der Posten „Arbeit“ nicht richtig gewürdigt wird. Im besten Falle kann nur ein schüchterner sozialer Idealismus literarisch interessierter Zirkel gefunden werden. Ja daß selbst die logische Einsicht, im arbeitenden Menschen das Zentrum aller wirtschaftlichen Erörterungen zu suchen, sehr wenig an Bedeutung gewonnen hat. Manches Arbeiterschicksal wird sich noch vollenden, ehe im Reiche des praktischen Handelns, der alltäglichen Interessenkämpfe, der würdelosen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die privatwirtschaftliche Wertung der menschlichen Arbeitskraft einer sozialwirtschaftlichen Pflege weichen wird.

Als ein Beispiel dieser Tatsache darf der

Umstellungsprozeß der deutschen Wirtschaft

herangezogen werden. Durch die Inflationsperiode hatte in ihr jene nervöse Flucht in die Sachwerte begonnen, wie wir sie im Hause Stinnes kennenlernen konnten, eine wahllose Zusammenhäufung horizontal und vertikal gelagerter Produktionszweige, die zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen mußte, solange der gesamte Wirtschaftsprozeß nicht nach sozialistischen Wirtschaftsprinzipien geleitet wurde. Damit nahm die Ergiebigkeit und Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates Ausdehnungen an, denen der durch die planmäßige Zerstörungswirtschaft der Kriegsjahre verarmte Markt nicht gewachsen war. Das Mißverhältnis des verringerten Warenabsatzes und des künstlich ausgedehnten Betriebsapparates äußerte sich in den Zusammenbrüchen der Inflationskonzerne. Um eine weitere Katastrophe zu vermeiden, hielt sich die Reichsbank verpflichtet, eine großzügige Unterstützungsaktion einzuleiten, die zum Nachteil andrer Kreditempfänger nach mechanischen Verteilungssätzen zugunsten großer Kreditbeträge geführt wurde und damit die volkswirtschaftlich dringende Forderung einer sofortigen Erweiterung der Warennachfrage durch einseitige Festlegung der Kreditfähigkeit vernachlässigte.

Erst als sich im August vorigen Jahres erneut eine neue Welle amerikanischer Kredite nach Deutschland ergoß, schien die Hoffnung einer durchgreifenden Besserung gerechtfertigt zu sein. Innerhalb der kapitalistischen Unternehmungen begann ein

Kampf um die Verteilung des Kredits,

der an Zähigkeit nichts zu wünschen übrigließ. In der Entscheidung darüber, welche Anlagewerte der Inflationsperiode den Kapitalcharakter einbüßen sollten, welche also als unrentabel aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werden mußten, siegte die Machtstellung des Kapitalsuchers. Dadurch kam es, daß auch volkswirtschaftlich minderwertige Substanzen mit starkem Kapitalkredit aufgefüllt wurden. Der starken Nachfrage entsprechend stieg der Zinsfuß der deutschen Kapitalmärkte ganz bedeutend. Deutschland wurde das Schuldnerland Amerikas und bürdete sich mit einer Gesamtschuld von ungefähr 6 Milliarden Mark eine Zinsenlast auf, die mit 450 Millionen Rentenmark eingeschätzt wird.

Als ein Zeichen des erfolgreichen Endkampfes um die Kreditverteilung darf der erneute Syndikatszusammenschluß in der Kohlenwirtschaft und die Einigung der Montanindustriellen angesehen werden. Die wahllosen Aufkäufe der Inflationskonzerne wurden somit in horizontal nebeneinander gelagerte Wirtschaftsverbände aufgelöst und als Zweck der weitern Umstellung der Abbau unrentabler Betriebe in Angriff genommen, wobei jedoch kaum volkswirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend gewesen sind. Den Ausschlag gab die zahlenmäßige Tatsachenfeststellung der Gegenwartsrentabilität.

Als einen wichtigen Posten der Rentabilitätsrechnung schaltete das Unternehmertum die

Kosten der menschlichen Arbeitskraft

ein. Planmäßig begann es die Lohnsätze der Arbeiterschaft als nicht tragfähig zu bekämpfen. Dabei dürfte es auch ihr nicht unbekannt sein, daß die deutsche Entlöhnung unter den international üblichen Löhnen liegt und 15 Prozent unter dem Lohnniveau der Vorkriegszeit. Es ist eine völlige Verkennung der Sachlage, ohne die Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Massen eine günstige Geschäftskonjunktur anstreben zu wollen. Denn mehr als je wird die deutsche Wirtschaft darauf bedacht sein müssen, den eignen Markt zu gewinnen suchen. Schon mehren sich in England die Stimmen, die trotz der zollpolitischen Abschnürungsmaßnahmen die deutsche Konkurrenz auf dem eignen Marktgebiet zu schlagen hoffen. Die Furcht vor der deutschen Weltmarktkonkurrenz dürfte sehr gering, wenn nicht geschwunden sein. Wenn deshalb nicht die deutsche Kaufkraft durch eine positive Lohnpolitik, das heißt Steigerung der Löhne, zum volkswirtschaftlichen Ausgangspunkt einer Gesundungskrise erhoben wird, kann die Belebung des deutschen Marktes nicht herbeigeführt werden.

Die neuerliche Umstellung der deutschen Wirtschaft weist als weitern Faktor der wirtschaftlichen Reorganisation die Beseitigung des Normalarbeitstages auf, eine Maßnahme, welche die Entrüstung aller fortschrittlich-kapitalistischen Länder hervorrief. Gleichzeitig wurde die Zahl der Arbeiter bedeutend verringert. Trotzdem erreichten die mengenmäßigen Produktionsziffern die Höhe des Friedensstandes vom Jahre 1913. Diese Tatsache ist nicht allein als der vielgepriesene Erfolg der technischen Neuorientierung zu buchen, zu der sich das deutsche Unternehmertum nur widerwillig entschließen konnte, sondern, wie es aus den Maßnahmen der Montan- und Kohlenindustrie zu ersehen ist, auf der

erhöhten Ausnutzung der Arbeitskraft.

Beispielsweise sei angeführt, daß nach der Mitteilung von Dr. H. Weichmann in der „Vossischen Zeitung“ der fördertägliche Schichtanteil von 2027 Kilogramm im Januar auf 2168 Kilogramm im Herbst vergangenen Jahres hinaufgedrückt worden ist. Aehnliche Beobachtungen lassen sich aus den übrigen Zweigen der Produktionsmittelindustrie wie der Fertigfabrikatewirtschaft aufstellen.

Es läßt sich leicht erkennen, daß das vergangene Jahr die Wiederherstellung des einstigen Untertanenverhältnisses zwischen der industriellen Arbeiterschaft und dem Unternehmertum brachte und parallel den politischen Ereignissen die sozialpolitische Reaktion, die das äußere Merkmal dafür ist, daß die gesellschaftlichen Mächte der Vorkriegszeit ihre einstige Machtstellung zurückerobert haben. Die Politik dieses wiederhergestellten Herrschertums geht dahin, im Rahmen der demokratischen Republik die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse rückgängig zu machen, ohne vorerst die äußere Form des Staatswesens anzugreifen. Wie weit ihnen dies gelungen ist, zeigt die Tatsache, daß sie es wagen dürfen, durch die finanzielle „Stabilisierung“ der einstigen Fürstenhäuser die Wiederherstellung des monarchischen Staatswesens verwirklichen zu können, angesichts der wachsenden Not in der Arbeiterschaft eine Schamlosigkeit, die nicht genug Verachtung verdient.

Deshalb ist es die Pflicht jedes einzelnen Arbeiters und Angestellten, die wirtschaftliche und politische Entwicklung als einen Gesamtprozeß zu betrachten, der gerade gegenwärtig erneut zu erhöhter Pflichtbereitschaft mahnt. Hinein in die Gewerkschaften, damit gegen den Willen der reaktionären Wirtschaftsführer die erhöhte Kaufkraft erzwungen und damit der Krise zunächst erst einmal durch Belebung des Inlandsmarktes zu Leibe gegangen werden kann.

F.

Montag Anmeldung beim Völkerbund.

Im Auswärtigen Amt ist man gegenwärtig mit der Formulierung des Anmeldeschreibens Deutschlands an den Völkerbund beschäftigt. Dieses Anmeldungsschreiben wird Sonnabend den Ministerpräsidenten der Länder vorgelegt werden und dieser Konferenz die Grundlage für ihre Stellungnahme bieten.

Wenn auch die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder keinen entscheidenden Charakter trägt, so will doch die Reichsregierung auch in diesem Falle sich vorher mit den Länderministern in Verbindung setzen und deren Billigung einholen. Die grundsätzliche Zustimmung der Ministerpräsidenten der Länder zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist bereits Ende November vorigen Jahres erfolgt, als die Länderminister ihr Votum für die Locarno-Gesetze abgaben.

An dem Einverständnis der Ministerpräsidenten, nunmehr die Anmeldung Deutschlands beim Völkerbund vorzunehmen, besteht kein Zweifel. Am Montag der nächsten Woche tritt dann die Reichsregierung unter Vorsitz des Reichspräsidenten zusammen, um endgültig über die Absendung des Schreibens des Außenministers an den Völkerbund Beschluß zu fassen. Es ist anzunehmen, daß noch am selben Tage das Anmeldungsschreiben nach Genf abgeht. —

Erdichtete Einheitskomitees.

Das kommunistische Rundschreiben, von dem wir gestern einige Proben gaben, beleuchtet eine große Treulosigkeit einem Kampfgenossen gegenüber. Jetzt kommt noch ein andrer kommunistischer Schwindel in der Volksentscheidsfrage an den Tag. Die Kommunistenpresse hatte zur Unterstützung der gegen die Sozialdemokratie gerichteten „Einheitskomitees“-Aktion die Behauptung in die Welt gesetzt, daß der Bezirksvorstand Zwickau der Sozialdemokratischen Partei sich zur Bildung eines Einheitskomitees bereit erklärt habe.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Zwickau-Plauen, gezeichnet Max Seydewitz und Richard Meier, veröffentlicht dazu die folgende Erklärung:

„Von der kommunistischen Presse ist in den letzten Tagen in demagogischer Weise mit der Behauptung Propaganda gemacht worden, daß der Bezirksvorstand der S. P. D. sich für die Bildung der von den Kommunisten geforderten Einheitskomitees zur gemeinsamen Führung des politischen Kampfes für den Volksentscheid entschieden hat. Das ist falsch. Wir stellen gegenüber dieser Irreführung fest, daß der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Zwickau unerschütterlich auf dem Boden der zentralen Abmachungen steht, die Bildung von Einheitskomitees aus sachlichen Gründen ablehnt und die Ortsgruppen im Bezirk angewiesen hat, überall den politischen Kampf um den Volksentscheid selbständig zu führen, überall gemeinsame Versammlungen mit den Kommunisten und die Bildung von Einheitskomitees abzulehnen.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Zwickau hat bei seiner Einladung an die Bezirksleitung der K. P. D. nur an die Besprechung notwendiger organisatorischer Arbeiten, an die Frage der reibungslosen Versendung der Einzeichnungslisten, an die Verbreitung der erforderlichen Plakate und so weiter gedacht.

Nur diese Fragen sind in der vom Bezirksvorstand der S. P. D. einberufenen Besprechung von Vertretern des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei mit Vertretern der Bezirksleitung der K. P. D. erörtert worden. Die politische Aktion ist Sache jeder einzelnen Partei. Den politischen Kampf führt die Sozialdemokratische Partei im Bezirk Zwickau vollständig selbständig. Die Art, wie die Kommunisten unsre Einladung für ihre parteipolitischen Interessen ausgelegt haben, sind nur wieder ein Beweis dafür, wie schwer es noch immer ist, mit den Kommunisten bei den selbstverständlichsten Dingen zusammenzuarbeiten.

Die Kommunisten verfolgen mit ihrer Einheitskomiteeaktion nicht nur hinterlistige Ziele, sie bedienen sich dabei auch der Lüge. Im übrigen ist ihre Methode nicht neu. Wir haben schon einmal erlebt, als man von den Kommunisten 1920 und 1921 die Parole ausgab: hinein in die Arbeiterräte — weil man auf diese Weise die Sozialdemokratische Partei zu zerstören glaubte. Heute hat das Kind nur einen andern Namen, es heißt heute Einheitskomitee, nicht Arbeiterrat, der Zweck aber ist der gleiche.

Auch die „günstigste Gelegenheit seit vielen Jahren“ — wie es in dem kommunistischen Rundschreiben heißt — wird vorübergehen, ohne daß den Kommunisten die Zersplitterung der Sozialdemokratischen Partei mit Hinterlist und Lüge gelingt. —

Industriegelder für Fememörder.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hatte bei Bekanntwerden der Kreditgewährung aus Mitteln der Vereinigung an den wegen Teilnahme an den Fememorden in Haft befindlichen Oberleutnant Schulz in internem Kreise eine Untersuchung eingeleitet. Wie erinnerlich, war das Darlehen von dem Chef der Propagandaabteilung der Vereinigung, v. Zengen, durch Vermittlung der deutschnationalen Landtagsabgeordneten Behrens und Mayer zum Abschluß gekommen. Jetzt, kurz vor Zusammentritt des Untersuchungsausschusses des Landtags, hat die Vereinigung, wie der „Reichsdienst“ mitteilt, ihre Untersuchung abgeschlossen, und zwar mit dem Ergebnis, daß v. Zengen infolge Ueberschreitung seiner Befugnisse aus der Vereinigung entlassen worden ist.

Die Angelegenheit selbst ist damit aber natürlich noch in keiner Weise erledigt, sondern bedarf dringend der weitern

Duellbestrafung.

Die Reichstagssitzung am Donnerstag wird um 1¼ Uhr eröffnet. Die Beratung des Ausschußberichts über die Rechtsverhältnisse der Eisenbahn wird auf Freitag verschoben. Gegenüber einem kommunistischen Antrag, die Unterstützung der Erwerbslosen auf die heutige Tagesordnung zu setzen und das untätige Verhalten der Regierung in dieser Frage zu mißbilligen, erklärt

Abg. **Hoch** (Soz.): Auch wir haben immer wieder auf Beschleunigung der Arbeiten in der Frage der Erwerbslosenfürsorge gedrungen. Heute erst habe ich die Regierung im Sozialpolitischen Ausschuß deshalb scharf angegriffen. Die Regierung ließ nun erklären, daß morgen oder übermorgen eine entsprechende Vorlage bereits beraten werden könne. Es erscheint also nicht zweckmäßig, heute diese Angelegenheit zu verhandeln. (Lärm b. d. Komm.) Das ganze Schauspiel (zu den Kommunisten) ist doch nur eine Wiederholung dessen, was Sie erst vor dreiviertel Stunden im Ausschuß vorgetragen haben.

Gegen die sofortige Verhandlung des kommunistischen Antrags wird Widerspruch erhoben.

Der erste Punkt der Tagesordnung ist die Beratung des Gesetzes über die Aussetzung der Rechtsstreitigkeiten über die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstenhäusern (Sperrgesetz).

Abg. **Pfleger** (Bayr. Vp.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Das vom Ausschuß vorgeschlagene Gesetz besteht aus folgendem einzigen Artikel:

Alle Rechtsstreitigkeiten, die zwischen den Ländern und den Mitgliedern der ehemals regierenden Fürstenhäuser sowie der übrigen in den Artikeln 57 und 58 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzentwurf genannten Familien bei deutschen Gerichten über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung und alle damit zusammenhängenden Fragen anhängig sind oder anhängig werden, sind auf Antrag einer Partei bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Reglung (Gesetz oder Volksentscheid) auszusetzen. Arreste und einstweilige Verfügungen werden hierdurch nicht berührt.

Unter das Sperrgesetz sollen auch alle Schiedsgerichtsverfahren und die Ansprüche der Seitenlinien der frühern Fürstenhäuser fallen. Das Gesetz wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache verabschiedet. Dagegen stimmen nur Deutschnationale und Völkische.

Präsident **Löbe** stellt fest, daß sich an der Abstimmung zwei Drittel der Abgeordneten beteiligt hätten und daß das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit angenommen worden sei. (Bravo!) Das Gesetz hat also auch die im Falle einer Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit erhalten.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über Militärgerichte und militärgerichtliches Verfahren.

Abg. **Rosenfeld** (Soz.):

Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf um den Versuch, wichtige Errungenschaften aus der Revolution wieder zunichte zu machen. Wir halten an dem Wahlrecht für die Militärgerichte, wie es die Revolution geschaffen hat, fest und sind nicht gewillt, an seinem Abbau mitzuwirken. Es sollen jetzt in der Hauptsache solche Gerichte entscheiden, in denen die Mehrheit von Offizieren gebildet ist. Das ist nicht geeignet, das Vertrauen in die Rechtsprechung der Militärgerichte zu steigern. Ich fürchte, daß das gerade die Ursache dazu sein wird, um Mißtrauen gegen die Militärgerichte zu erzeugen. Dieses Mißtrauen wird noch gesteigert durch eine Erklärung, die der Reichswehrminister im Ausschuß abgegeben, die er allerdings später abzuschwächen versucht hat. Nach dieser Erklärung müsse ein Offizier im Gericht sitzen, der das Interesse des Staates wahrnimmt. Ich bin der Meinung, daß die Gerichte die Wahrheit ermitteln und nicht die Interessen des Staates wahrzunehmen haben. Es ist höchst eigentümlich, daß ein Minister aussprechen konnte, daß neben der Ermittlung der Wahrheit noch die Interessen des Staates stehen müssen. Das muß das Vertrauen der Mannschaften in die Rechtsprechung der Militärgerichte geradezu erschüttern. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

In unsrer Ablehnung dieser Vorlage werden wir noch gestärkt durch die Begründung, in der es heißt, daß Unteroffiziere und Mannschaften nicht immer ausreichend das zur Aufrechterhaltung der militärischen Mannszucht Erforderliche übersehen könnten. Hierzu seien nur die Offiziere kraft ihrer Dienststellung, Ausbildung und Erfahrung in der Lage. Das ist die alte Auffassung des kaiserlichen Regimes, die im Weltkrieg zusammengebrochen ist und jetzt wieder aufgerichtet werden soll.

Wenn es in der Begründung weiter heißt, daß man aus Sparsamkeitsgründen die Zahl der Richter herabgesetzt habe, so sind wir der Meinung, daß an andern Stellen der Reichswehr besser gespart werden könne als bei der Rechtsprechung. Aus all diesen Gründen sind wir nicht in der Lage, dieser Vorlage zuzustimmen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. **Koenen** (Komm.) wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Beratung unter Ablehnung aller Abänderungsanträge gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Abgelehnt wird auch eine sozialdemokratische Entschließung, „die Reichsregierung zu ersuchen, die Disziplinarstrafordnung dahin zu ändern, daß nur rechtskräftig festgesetzte Disziplinarstrafen bestraft werden dürfen".

In namentlicher Abstimmung mit 216 gegen 125 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen wird die Entschließung:

Die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für alle im öffentlichen Dienste stehenden Personen die Herausforderung zum Zweikampf und die Annahme einer solchen Herausforderung als Grund der Entlassung bzw. fristlosen Lösung des bestehenden Vertragsverhältnisses bestimmt wird.

Der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Gesetzentwurf zur Abänderung des Strafgesetzbuchs, wonach als § 210a folgendes bestimmt werden soll, wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Er lautet: „In den Fällen einer Verurteilung auf Grund der Paragraphen 201, 202, 203, 206, 207, 208, 210 des Strafgesetzbuchs (Zweikampf) ist für alle im öffentlichen Dienste stehenden Personen auf Dienstentlassung bzw. auf fristlose Lösung des bestehenden Vertragsverhältnisses zu erkennen.

Gegen 2½ Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag mittag 2 Uhr. — Auf der Tagesordnung stehen Anträge der Parteien, besonders zu den Steuergesetzen. —

Selbstverwaltung der Gemeinden.

Der Preußische Landtag setzte am Donnerstag die durch den Einspruch des Staatsrats notwendig gewordene nochmalige Beschlußfassung über das Gesetz zur Vereinheitlichung der preußischen Stimmen im Reichsrat gegen die Stimmen der Deutschnationalen von der Tagesordnung ab. Damit ist einstweilen die Frage der Vereinheitlichung der Stimmabgabe im Reichsrat von neuem problematisch geworden.

Abg. **Heil** (Komm.) entfesselte mit einer schärfen Kritik an der Haltung der Regierung gegenüber dem Fememord-Prozeß Pannier eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Er verlangte in der Begründung einer Großen Anfrage von der Regierung sofortige Auskunft über die Haltung des Staatsanwalts, über die Ausschließung der Oeffentlichkeit, da das Moabiter Gericht die von der Regierung gestellte Forderung auf Oeffentlichkeit der Verhandlungen eingestanden habe, usw.

Abg. **Leinert** (Soz.) bemerkt, die Sozialdemokraten seien bereit, die kommunistischen Anträge wegen der Fememorde und insbesondere wegen des Fememord-Prozesses Pannier jederzeit mit zu behandeln. Die Geschäftsordnung müsse jedoch innegehalten werden, und die Kommunisten täten deshalb besser, wenn sie ihre Wünsche in Form eines Urantrags dem Haus unterbreiteten. Dieser Antrag könne dann auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn niemand widerspreche. Die Kommunisten änderten hierauf ihre Große Anfrage in einen entsprechenden Urantrag um, der jedoch infolge des Widerspruchs der Deutschnationalen nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte.

Das Haus fährt hierauf in der zweiten Beratung der Städteordnung fort. Im Verlauf der Debatte wies Abg. **Brecour** (Soz.) darauf hin, daß kaum eine Partei mit der Vorlage ganz einverstanden sei. Das Einkörpersystem, das zugleich Legislative und Exekutive umfasse und der Bevölkerung einen direkten Einfluß auf die kommunale Verwaltung sichere, habe sich in Süddeutschland ganz gut bewährt. Der Magistrat sei nur ein Aufsichtsorgan gegenüber der Stadtverordneten-Versammlung. Von den Deutschnationalen werde er als Bollwerk gegen die Politisierung der Gemeinden gepriesen. Die Deutschnationalen wollten natürlich den unpolitischen Sumpf. Die Sozialdemokratie aber habe ein klares Kommunalprogramm, weil Kommunalarbeit nur auf Grundsätzen und nicht auf Interessenjägerei beruhen könne. Wer die Selbstverwaltung der Gemeinden wolle, könne nicht die Macht der Staatsaufsicht vergrößern. Das Bestätigungsrecht des Staates, das man in Süddeutschland nicht kenne, sei überflüssig. Nicht einmal der preußische Dreiklassenstaat sei so weit gegangen wie jetzt die Rechtsparteien, die nicht bloß für die Ernennung des Bürgermeisters, sondern für alles und jedes, was mit der Kommunalverwaltung zusammenhängt, das Bestätigungsrecht einführen wollen. Was bis jetzt, so faßt Brecour seine Kritik zusammen, aus der Vorlage geworden ist, befriedigt uns nicht. Selbst wenn sie, was einstweilen noch unsicher ist, vom Haus angenommen wird, so stellt sie doch nur eine Zwischenlösung dar; denn wir werden nicht ruhen und rasten, bis eine wirkliche demokratische Städteordnung geschaffen ist.

Bei der Einzelberatung entwickelt sich eine größere Debatte über die Frage der Eingemeindung. Ministerialdirektor **Mulert** stimmt einem sozialdemokratischen Aenderungsantrag zu, der verhütet, daß für jede kleine Grenzänderung ein besonderes Gesetz notwendig ist. Abg. **Leib** (Soz.) fordert, daß das Recht der Benennung von Straßen und Plätzen nicht durch Ortsstatut, sondern durch Gemeindebeschluß ausgeübt werde. Das müsse auch für die Stadt Berlin gelten.

Weiterberatung Freitag 12 Uhr. —

Bestellt die Volksstimme, die Zeitung des schaffenden Volkes.

Woher das Vermögen kam.

Im Rechtsausschuß des Reichstags teilte am Donnerstag der Vertreter des preußischen Finanzministeriums zunächst mit, daß die Hofkammer der Hohenzollern zum erstenmal 1922 eine Steueraufforderung erhalten hat. Für 1922 sind die Steuern noch nicht bezahlt, es werden voraussichtlich 30 000 Mark nachzuzahlen sein. Für 1923 sind 26 608 Billionen Papiermark, für 1924 insgesamt 670 116 Goldmark und für das folgende Jahr 898 000 Goldmark an Reichssteuern bezahlt worden. Die Demokraten haben inzwischen ihren Abfindungsentwurf zugunsten des Kompromißantrags der Regierungsparteien zurückgezogen.

In der Generaldebatte über die Fürstenabfindung führt Abg. Rosenfeld (Soz.) aus: Charakteristisch für die Vertretung der Fürsten ist neben dem Falle Everling die Tatsache, daß während der ersten Verhandlungen des Rechtsausschusses der frühere Herzog von Koburg den Antirepublikaner Kapitänleutnant Ehrhardt empfing, der bald darauf im Reichstag vor den Türen des Rechtsausschusses mit deutschnationalen Abgeordneten verhandelte. Merkwürdig berührt auch die Gründung einer besonderen Vereinigung als

Propagandastelle für Fürstenabfindungen,

die unter dem harmlosen Deckmantel einer „Vereinigung für einen rechtlichen Ausgleich des Staates mit den Hohenzollern" niedrigste monarchistische Interessenvertretung betreibt. Diese Vereinigung wird offenbar von den Hohenzollern finanziert. Bezeichnend für die maßlosen Ansprüche der Fürsten ist die Tatsache, daß allein in dem kleinen Lande Thüringen 25 Abfindungsprozesse geführt werden. Die von den Hohenzollern als ihr Privateigentum bezeichneten Besitzungen gehörten nach preußischem Landrecht als Staatseigentum zu den Domänen; sie sind von den Hohenzollern eigenmächtig durch Kabinettsorder oder Scheinkäufe zum Hauseigentum gemacht worden, wobei sie die Gesetzgebung zugunsten ihres „Privatvermögens benutzten. Solche Entscheidungen werden aber heutzutage von den Gerichten anerkannt. Schließlich muß der Staat zufrieden sein, daß die Hohenzollern nicht mehr wie im Jahre 1848 den Standpunkt vertreten, daß sie Besitzer der gesamten Provinz Brandenburg sind. Vielfach wurde durch „Irrtum" in den Grundbüchern statt Staatseigentum „Privateigentum der Hohenzollern" eingetragen. Als nach den Freiheitskriegen das Geld für eine Bildersammlung aus der Staatskasse genommen wurde, äußerte sogar der König Bedenken und schrieb: „Meine Untertanen haben ihr Vermögen verloren und große Opfer gebracht. Ich will nichts voraus haben, sondern das Unglück mit ihnen teilen." Doch merkwürdigerweise ist der absolute König mit seinen Bedenken nicht durchgedrungen. Er mußte sich fügen und das Geld annehmen. Damals schrieb ein Minister: „Wenn die öffentliche Stimme darüber Aufschluß erhält (und sie wird sie erhalten), so wird sie ein strenges, aber gerechtes Urteil fällen." Dieses Urteil muß jetzt gefällt werden. Die Hohenzollern haben ihr Privateigentum nur verleugnet, wenn es zur Steuer herangezogen werden sollte; dann erklärten auch sie es zum Staatseigentum.

Viele andre deutsche Fürstenhäuser, vor allem Hessen-Kassel und Braunschweig, haben ihr Vermögen durch den

Verkauf ihrer Landeskinder

an England erworben. Das Reichsgericht hat ein rechtsgültig zustande gekommenes Landesgesetz aufgehoben und dem Herzog von Koburg-Gotha alle Vorteile, dem Lande alle Lasten auferlegt. Derselb „deutsche" Fürst beruft sich jetzt außerdem auf den Versailler Vertrag, um die Erbansprüche seiner belgischen, englischen und portugiesischen Verwandten gegen das Land Thüringen durchzusetzen. Ueberall werden von den Fürsten Aufwertungsansprüche von 100 bis 1400 Prozent gestellt und zum Teil bewilligt, während den armen Inflationsopfern das Letzte genommen worden ist. Die Kriegsbeschädigten hat man mit 15 bis 20 Prozent Rente, d. h. mit ein paar Goldpfennigen abgefunden, und niemand denkt an Aufwertung.

Selbst der volksparteiliche Abg. Gildemeister hat die Ansprüche der Fürsten zurückgewiesen. Der Zentrumsabgeordnete Giesberts konnte in einer Versammlung nicht weitersprechen, als er dafür eintrat, daß den Fürsten Renten gezahlt werden sollten. Bedenklich ist, daß nach dem Kompromißantrag der Reichspräsident die Richter des Sondergerichts ernennen und die Entscheidung überhaupt Berufsrichtern übertragen werden soll. Dem Gesetz muß rückwirkende Kraft gegeben werden. Eine befriedigende Lösung kann aber nur der Antrag auf entschädigungslose Enteignung bringen. —

Hamburgs Weltverkehr.

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Der Seeschiffsverkehr im Hamburger Hafen hat im Jahre 1925 einen weitern Aufschwung genommen: Im Jahre 1924 kamen in Hamburg 12 527 Schiffe mit 15 540 000 Register-Tonnen (R.-T.) an, von denen 10 094 Schiffe mit 14 189 000 R.-T. beladen waren. Im Jahre 1925 steigerte sich die Zahl der ankommenden Schiffe auf 13 240 mit 16 635 000 R.-T. Beladen waren davon 11 416 Schiffe mit 15 383 000 R.-T. Der Raumgehalt der ankommenden Schiffe hat damit im Jahre 1925 den Raumgehalt von 1913, wo 15 073 Schiffe mit 14 185 000 R.-T. (von denen 12 700 mit 13 085 000 R.-T. beladen waren) überflügelt. Die Zahl der Schiffe selbst liegt noch unter dem Stande von 1913.

Das gleiche Bild zeigt sich bei den von Hamburg abgegangenen Seeschiffen. Die Zahl dieser Schiffe betrug im Jahre 1924 rund 15 137 mit 15 775 000 R.-T., von denen 12 538 mit 11 649 000 R.-T. beladen waren, während 1925 insgesamt 15 415 Seeschiffe mit 16 877 000 R.-T. (davon 13 042 mit 12 753 000 R.-T. beladen) von Hamburg abgingen. 1913 gingen 16 627 Seeschiffe mit 14 440 000 R.-T. (13 745 000 R.-T. beladen) von Hamburg ab.

Der Anteil der Schiffe unter deutscher Flagge am Verkehr im Hamburger Hafen hat die Zahl von 1913 immer noch nicht wieder erreicht. Während 1913 rund 9005 deutsche Schiffe mit 8 581 000 R.-T. ankamen, waren es 1925 nur 7418 mit 6 398 000 R.-T. Die Zahl der abgegangenen Seeschiffe betrug 1913 insgesamt 10 183 mit 8 726 000 R.-T., während 1925 nur 9552 Schiffe mit 6 596 000 R.-T. von Hamburg unter deutscher Flagge abgingen.

Dem Rückgang im Anteil deutscher Schiffe entsprechend ist natürlich die Beteiligung fremder Flaggen an der Seeschiffahrt Hamburgs gestiegen. Besonders stark ist die Steigerung bei Schiffen unter französischer Flagge (von 129 Schiffen mit 112 000 R.-T. auf 202 Schiffe mit 622 000 R.-T.), unter niederländischer Flagge und unter italienischer Flagge. Bemerkenswert ist, daß im Jahre 1913 nur ein Schiff mit 3000 R.-T. unter nordamerikanischer Flagge den Hamburger Hafen benutzte, während es 1925 rund 169 Schiffe mit 656 000 R.-T. waren. Die japanische Flagge wurde im Jahre 1913 im Hamburger Hafen überhaupt nicht gezeigt, im Jahre 1925 dagegen gingen 103 Schiffe mit 451 000 R.-T. unter japanischer Flagge von Hamburg ab. —

Der Einheitsladen.

Unter dem Eindruck der gegenwärtigen Wirtschaftskrise weist man in Deutschland immer wieder darauf hin, daß insbesondere durch unsre rückständige Warenverteilung alle jene Reformen in der Erzeugung selbst gehemmt und gehindert werden, die wir unter dem Namen Rationalisierungsbestrebungen zusammenfassen. Tatsache ist, daß die Ueberführung der Ware aus der Produktion nach dem Verbraucher bei uns sehr umständlich ist, wodurch sich eine nicht zu rechtfertigende Verteurung der Ware ergibt. Diese Verteurung wiederum drosselt den Absatz und damit auch die Möglichkeit, die Fertigung zu rationalisieren und die Warenerzeugung zu steigern. Wenn die amerikanische Fertigung heute auf dem Gebiet der Rationalisierung uns weit überlegen ist, so dürfte das nicht zuletzt auf die Vereinfachung und Verbilligung des Warenweges vom Erzeuger zum Verbraucher zurückzuführen sein. Diesem Zwecke dient in Amerika besonders der Ausbau des Warenhaussystems, den die amerikanischen Firmen in den letzten Jahren vorgenommen haben. Durch den typisierten Laden, den Kettenladen und durch das Postbestellwarenhaus, wird vor allen Dingen die Lagerhaltung verringert und der Umfang des festgelegten Kapitals heruntergedrückt.

Führend ist in dieser Beziehung die amerikanische Firma Woolworth. Sie schuf den sogenannten Einheitsladen mit dem ausgesprochenen Zweck, die Spesen möglichst zu verringern. Die genannte Firma versorgt augenblicklich 1400 Geschäfte mit Einheitsartikeln und setzt pro Jahr Waren in Höhe von rund einer Milliarde Goldmark um.

In der Erkenntnis, daß die Vereinfachung des Warenweges Voraussetzung für eine weitere Rationalisierung der deutschen Produktion, d. h. einer gesteigerten und verbilligten Erzeugung ist, hat man sich auch in Deutschland mit dem Gedanken beschäftigt, ähnliche Organisationen, wie sie Amerika hat, zu schaffen. Den Anfang hat nun die Westdeutsche Handelsgesellschaft gemacht, indem sie vor einigen Tagen in Köln unter großem Andrang der Bevölkerung einen sogenannten Einheitspreisladen eröffnete. Hinter der Westdeutschen Handelsgesellschaft steht die bekannte Firma Leonhardt Tietz, die enge Verbindungen mit der amerikanischen Geschäftswelt, insbesondere mit der Firma Woolworth hat. Bei der Errichtung dieses Einheitspreisladens in Köln sind durchweg Erfahrungen verwendet worden, die die Firma Tietz bei Woolworth gesammelt hat. Das Wesentliche der Einrichtung ist, daß es für alle im Einheitsladen vorhandenen Waren nur zwei Preise gibt. Entweder kostet der Artikel 25 oder 50 Pfennig. Andre Waren gibt es nicht.

Das neue Geschäft in Köln führt ungefähr 2500 Waren. Die Zahl soll in kürzester Zeit auf 4000 erhöht werden. Für 25 Pfennig erhält man u. a. praktische Gegenstände wie Küchengeräte, Haushaltungsartikel, Toilettengegenstände, Schneidereibedarfsartikel, Taschentücher, Knöpfe, Seifen, Aluminiumwaren u. a. m. Für 50 Pfennig sind u. a. Damenstrümpfe, Herrensocken, Damenhosen, Bürsten, Rasierapparate, Bestecke zu haben. Die Uebersicht wird dadurch erleichtert, daß die beiden Preislagen in roter oder gelber Farbe ausgezeichnet sind. Darüber hinaus ist der ganze Laden in 15 Spezialabteilungen eingeteilt.

Die Schaufenster werden nicht dekoriert; um das Schaufensterbild aber zu beleben, werden die Auslagen auf eine Drehscheibe gestellt, so daß sie nach Belieben und schnell gewechselt werden können. Weiter fällt jede Expedition der Ware fort. Der Käufer im Einheitsladen muß grundsätzlich seine Ware, die in einer einfachen Tüte verpackt wird, mit nach Hause nehmen.

Die Bezahlung der Ware geht in der Weise vor sich, daß der Käufer eine Marke zu 25 oder 50 Pfennig löst. Mit dieser Marke ersetzt er die Ware am Verkaufsstand, die ihm gegen Aushändigung der Marke überreicht wird. Die Verkäuferin wirft dann die erhaltene Marke in einen besonders konstruierten Apparat und notiert auf der Vorderseite des Apparates den Wert der Marke. Am Abend werden die vorhandenen Marken gezählt und die notierten Beträge addiert. Dadurch ergibt sich eine sehr genaue, schnelle und billige Kontrolle. Die Reglung zeigt, daß man in jeder Beziehung bemüht ist, die Unkosten zu drücken.

Das neue Verkaufssystem hat sich in Köln viele Freunde erworben. Der Andrang ist derartig stark, daß die Kauflustigen in Reihen anstehen müssen und mehrere Polizeiposten nötig sind, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Westdeutsche Handelsgesellschaft will, ermutigt durch den ersten Erfolg, auch noch in andern Gegenden Kölns ähnliche Laden errichten. —

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Wybert Tabletten in allen Apotheken u. Drogerien
lösend, lindernd, erfrischend

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Paul, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse 6264 bis 6267. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110 — Bezugspreis: Monatlich 2.00 Mark, Abholer 1.80 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pf., auswärts 150 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 31. Magdeburg, Sonnabend den 6. Februar 1926. 37. Jahrgang.

Verderbliche Wirtschaftspolitik.

Sozialpolitische Reaktion.

Die wachsenden Erwerbslosenziffern Deutschlands zwingen zu einem Jahresrückblick auf die Lage der deutschen Wirtschaft. Wer die Entwicklung des vergangenen Wirtschaftsjahres beobachten konnte, muß feststellen, daß im Bürgertum bei wirtschaftlichen Betrachtungen der Posten „Arbeit“ nicht richtig gewürdigt wird. Im besten Falle kann nur ein schüchterner sozialer Idealismus literarisch interessierter Zirkel gefunden werden. Ja daß selbst die logische Einsicht, im arbeitenden Menschen das Zentrum aller wirtschaftlichen Erörterungen zu suchen, sehr wenig an Bedeutung gewonnen hat. Manches Arbeiterschicksal wird sich noch vollenden, ehe im Reiche des praktischen Handelns, der alltäglichen Interessenkämpfe, der würdelosen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die privatwirtschaftliche Wertung der menschlichen Arbeitskraft einer sozialwirtschaftlichen Pflege weichen wird.

Als ein Beispiel dieser Tatsache darf der

Umstellungsprozeß der deutschen Wirtschaft

herangezogen werden. Durch die Inflationsperiode hatte in ihr jene nervöse Flucht in die Sachwerte begonnen, wie wir sie im Hause Stinnes kennenlernen konnten, eine wahllose Zusammenhäufung horizontal und vertikal gelagerter Produktionszweige, die zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen mußte, solange der gesamte Wirtschaftsprozeß nicht nach sozialistischen Wirtschaftsprinzipien geleitet wurde. Damit nahm die Ergiebigkeit und Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates Ausdehnungen an, denen der durch die planmäßige Zerstörungswirtschaft der Kriegsjahre verarmte Markt nicht gewachsen war. Das Mißverhältnis des verringerten Warenabsatzes und des künstlich ausgedehnten Betriebsapparates äußerte sich in den Zusammenbrüchen der Inflationskonzerne. Um eine weitere Katastrophe zu vermeiden, hielt sich die Reichsbank verpflichtet, eine großzügige Unterstützungsaktion einzuleiten, die zum Nachteil andrer Kreditempfänger nach mechanischen Verteilungssätzen zugunsten großer Kreditbeträge geführt wurde und damit die volkswirtschaftlich dringende Forderung einer sofortigen Erweiterung der Warennachfrage durch einseitige Festlegung der Kreditfähigkeit vernachlässigte.

Erst als sich im August vorigen Jahres erneut eine neue Welle amerikanischer Kredite nach Deutschland ergoß, schien die Hoffnung einer durchgreifenden Besserung gerechtfertigt zu sein. Innerhalb der kapitalistischen Unternehmungen begann ein

Kampf um die Verteilung des Kredits,

der an Zähigkeit nichts zu wünschen übrigließ. In der Entscheidung darüber, welche Anlagewerte der Inflationsperiode den Kapitalcharakter einbüßen sollten, welche also als unrentabel aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werden mußten, siegte die Machtstellung des Kapitalsuchers. Dadurch kam es, daß auch volkswirtschaftlich minderwertige Substanzen mit starkem Kapitalkredit aufgefüllt wurden. Der starken Nachfrage entsprechend stieg der Zinsfuß der deutschen Kapitalmärkte ganz bedeutend. Deutschland wurde das Schuldnerland Amerikas und bürdete sich mit einer Gesamtschuld von ungefähr 6 Milliarden Mark eine Zinsenlast auf, die mit 450 Millionen Rentenmark eingeschätzt wird.

Als ein Zeichen des erfolgreichen Endkampfes um die Kreditverteilung darf der erneute Syndikatszusammenschluß in der Kohlenwirtschaft und die Einigung der Montanindustriellen angesehen werden. Die wahllosen Aufkäufe der Inflationskonzerne wurden somit in horizontal nebeneinander gelagerte Wirtschaftsverbände aufgelöst und als Zweck der weitern Umstellung der Abbau unrentabler Betriebe in Angriff genommen, wobei jedoch kaum volkswirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend gewesen sind. Den Ausschlag gab die zahlenmäßige Tatsachenfeststellung der Gegenwartsrentabilität.

Als einen wichtigen Posten der Rentabilitätsrechnung schaltete das Unternehmertum die

Kosten der menschlichen Arbeitskraft

ein. Planmäßig begann es die Lohnsätze der Arbeiterschaft als nicht tragfähig zu bekämpfen. Dabei dürfte es auch ihr nicht unbekannt sein, daß die deutsche Entlöhnung unter den international üblichen Löhnen liegt und 15 Prozent unter dem Lohnniveau der Vorkriegszeit. Es ist eine völlige Verkennung der Sachlage, ohne die Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Massen eine günstige Geschäftskonjunktur anstreben zu wollen. Denn mehr als je wird die deutsche Wirtschaft darauf bedacht sein müssen, den eignen Markt zu gewinnen suchen. Schon mehren sich in England die Stimmen, die trotz der zollpolitischen Abschnürungsmaßnahmen die deutsche Konkurrenz auf dem eignen Marktgebiet zu schlagen hoffen. Die Furcht vor der deutschen Weltmarktkonkurrenz dürfte sehr gering, wenn nicht geschwunden sein. Wenn deshalb nicht die deutsche Kaufkraft durch eine positive Lohnpolitik, das heißt Steigerung der Löhne, zum volkswirtschaftlichen Ausgangspunkt einer Gesundungskrise erhoben wird, kann die Belebung des deutschen Marktes nicht herbeigeführt werden.

Die neuerliche Umstellung der deutschen Wirtschaft weist als weitern Faktor der wirtschaftlichen Reorganisation die Beseitigung des Normalarbeitstages auf, eine Maßnahme, welche die Entrüstung aller fortschrittlich-kapitalistischen Länder hervorrief. Gleichzeitig wurde die Zahl der Arbeiter bedeutend verringert. Trotzdem erreichten die mengenmäßigen Produktionsziffern die Höhe des Friedensstandes vom Jahre 1913. Diese Tatsache ist nicht allein als der vielgepriesene Erfolg der technischen Neuorientierung zu buchen, zu der sich das deutsche Unternehmertum nur widerwillig entschließen konnte, sondern, wie es aus den Maßnahmen der Montan- und Kohlenindustrie zu ersehen ist, auf der

erhöhten Ausnutzung der Arbeitskraft.

Beispielsweise sei angeführt, daß nach der Mitteilung von Dr. H. Weichmann in der „Vossischen Zeitung“ der förderträgliche Schichtanteil von 2027 Kilogramm im Januar auf 2168 Kilogramm im Herbst vergangenen Jahres hinaufgedrückt worden ist. Aehnliche Beobachtungen lassen sich aus den übrigen Zweigen der Produktionsmittelindustrie wie der Fertigfabrikatewirtschaft aufstellen.

Es läßt sich leicht erkennen, daß das vergangene Jahr die Wiederherstellung des einstigen Untertanenverhältnisses zwischen der industriellen Arbeiterschaft und dem Unternehmertum brachte und parallel den politischen Ereignissen die sozialpolitische Reaktion, die das äußere Merkmal dafür ist, daß die gesellschaftlichen Mächte der Vorkriegszeit ihre einstige Machtstellung zurückerobert haben. Die Politik dieses wiederhergestellten Herrschertums geht dahin, im Rahmen der demokratischen Republik die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse rückgängig zu machen, ohne vorerst die äußere Form des Staatswesens anzugreifen. Wie weit ihnen dies gelungen ist, zeigt die Tatsache, daß sie es wagen dürfen, durch die finanzielle „Stabilisierung“ der einstigen Fürstenhäuser die Wiederherstellung des monarchischen Staatswesens verwirklichen zu können, angesichts der wachsenden Not in der Arbeiterschaft eine Schamlosigkeit, die nicht genug Verachtung verdient.

Deshalb ist es die Pflicht jedes einzelnen Arbeiters und Angestellten, die wirtschaftliche und politische Entwicklung als einen Gesamtprozeß zu betrachten, der gerade gegenwärtig erneut zu erhöhter Pflichtbereitschaft mahnt. Hinein in die Gewerkschaften, damit gegen den Willen der reaktionären Wirtschaftsführer die erhöhte Kaufkraft erzwungen und damit der Krise zunächst erst einmal durch Belebung des Inlandsmarktes zu Leibe gegangen werden kann.

F.

Montag Anmeldung beim Völkerbund.

Im Auswärtigen Amt ist man gegenwärtig mit der Formulierung des Anmeldeschreibens Deutschlands an den Völkerbund beschäftigt. Dieses Anmeldungsschreiben wird Sonnabend den Ministerpräsidenten der Länder vorgelegt werden und dieser Konferenz die Grundlage für ihre Stellungnahme bieten.

Wenn auch die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder keinen entscheidenden Charakter trägt, so will doch die Reichsregierung auch in diesem Falle sich vorher mit den Länderministern in Verbindung setzen und deren Billigung einholen. Die grundsätzliche Zustimmung der Ministerpräsidenten der Länder zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist bereits Ende November vorigen Jahres erfolgt, als die Länderminister ihr Votum für die Locarno-Gesetze abgaben.

An dem Einverständnis der Ministerpräsidenten, nunmehr die Anmeldung Deutschlands beim Völkerbund vorzunehmen, besteht kein Zweifel. Am Montag der nächsten Woche tritt dann die Reichsregierung unter Vorsitz des Reichspräsidenten zusammen, um endgültig über die Absendung des Schreibens des Außenministers an den Völkerbund Beschluß zu fassen. Es ist anzunehmen, daß noch am selben Tage das Anmeldungsschreiben nach Genf abgeht. —

Erdichtete Einheitskomitees.

Das kommunistische Rundschreiben, von dem wir gestern einige Proben gaben, beleuchtet eine große Treulosigkeit einem Kampfgenossen gegenüber. Jetzt kommt noch ein andrer kommunistischer Schwindel in der Volksentscheidsfrage an den Tag. Die Kommunistenpresse hatte zur Unterstützung der gegen die Sozialdemokratie gerichteten „Einheitskomitees“-Aktion die Behauptung in die Welt gesetzt, daß der Bezirksvorstand Zwickau der Sozialdemokratischen Partei sich zur Bildung eines Einheitskomitees bereit erklärt habe.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Zwickau-Plauen, gezeichnet Max Seydewitz und Richard Meier, veröffentlicht dazu die folgende Erklärung:

„Von der kommunistischen Presse ist in den letzten Tagen in demagogischer Weise mit der Behauptung Propaganda gemacht worden, daß der Bezirksvorstand der S. P. D. sich für die Bildung der von den Kommunisten geforderten Einheitskomitees zur gemeinsamen Führung des politischen Kampfes für den Volksentscheid entschieden hat. Das ist falsch. Wir stellen gegenüber dieser Irreführung fest, daß der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Zwickau unerschütterlich auf dem Boden der zentralen Abmachungen steht, die Bildung von Einheitskomitees aus sachlichen Gründen ablehnt und die Ortsgruppen im Bezirk angewiesen hat, überall den politischen Kampf um den Volksentscheid selbständig zu führen, überall gemeinsame Versammlungen mit den Kommunisten und die Bildung von Einheitskomitees abzulehnen.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Zwickau hat bei seiner Einladung an die Bezirksleitung der K. P. D. nur an die Besprechung notwendiger organisatorischer Arbeiten, an die Frage der reibungslosen Versendung der Einzeichnungslisten, an die Verbreitung der erforderlichen Plakate und so weiter gedacht.

Nur diese Fragen sind in der vom Bezirksvorstand der S. P. D. einberufenen Besprechung von Vertretern des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei mit Vertretern der Bezirksleitung der K. P. D. erörtert worden. Die politische Aktion ist Sache jeder einzelnen Partei. Den politischen Kampf führt die Sozialdemokratische Partei im Bezirk Zwickau vollständig selbständig. Die Art, wie die Kommunisten unsre Einladung für ihre parteipolitischen Interessen ausgelegt haben, sind nur wieder ein Beweis dafür, wie schwer es noch immer ist, mit den Kommunisten bei den selbstverständlichsten Dingen zusammenzuarbeiten.

Die Kommunisten verfolgen mit ihrer Einheitskomiteeaktion nicht nur hinterlistige Ziele, sie bedienen sich dabei auch der Lüge. Im übrigen ist ihre Methode nicht neu. Wir haben schon einmal erlebt, als man von den Kommunisten 1920 und 1921 die Parole ausgab: hinein in die Arbeiterräte — weil man auf diese Weise die Sozialdemokratische Partei zu zerstören glaubte. Heute hat das Kind nur einen andern Namen, es heißt heute Einheitskomitee, nicht Arbeiterrat, der Zweck aber ist der gleiche.

Auch die „günstigste Gelegenheit seit vielen Jahren“ — wie es in dem kommunistischen Rundschreiben heißt — wird vorübergehen, ohne daß den Kommunisten die Zersplitterung der Sozialdemokratischen Partei mit Hinterlist und Lüge gelingt. —

Industriegelder für Fememörder.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hatte bei Bekanntwerden der Kreditgewährung aus Mitteln der Vereinigung an den wegen Teilnahme an den Fememorden in Haft befindlichen Oberleutnant Schulz in internem Kreise eine Untersuchung eingeleitet. Wie erinnerlich, war das Darlehen von dem Chef der Propagandaabteilung der Vereinigung, v. Zengen, durch Vermittlung der deutschnationalen Landtagsabgeordneten Behrens und Mayer zum Abschluß gekommen. Jetzt, kurz vor Zusammentritt des Untersuchungsausschusses des Landtags, hat die Vereinigung, wie der „Reichsdienst“ mitteilt, ihre Untersuchung abgeschlossen, und zwar mit dem Ergebnis, daß v. Zengen infolge Ueberschreitung seiner Befugnisse aus der Vereinigung entlassen worden ist.

Die Angelegenheit selbst ist damit aber natürlich noch in keiner Weise erledigt, sondern bedarf dringend der weitern

Klärung, zumal ja auch jetzt wieder, anläßlich des Berliner Fememordprozesses, das Gerücht kursiert, es sei ein Geheimfonds vorhanden, aus welchem die Verteidigung der Fememörder bestritten würde.

Hauptmann a. D. Hans-Werner v. Zengen versucht der Oeffentlichkeit gegenüber den Anschein zu erwecken, als sei er freiwillig zurückgetreten. Das ist nicht der Fall; er ist gegangen — worden, vielmehr geopfert worden, um der Welt zu zeigen, daß die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände mit den Fememörder-Darlehen nichts zu tun hat. —

Das Fememord-Dunkel.

Wie erinnerlich, hatte am letzten Tage des Fememordprozesses die Frau des zum Tode verurteilten Fememörders, des ehemaligen Feldwebels Stein, sich an den kommunistischen Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Obuch gewandt, damit er in die Verteidigung eintrete und die Interessen ihres Mannes wahrnehme.

Obuch teilt jetzt über die Geschichte dieses Auftrags mit, er habe sich noch vor Verkündung des Urteils mit einer vorläufigen Vollmacht der Frau Stein zum Vorsitzenden Bombe begeben, aber er sei nicht einmal vorgelassen worden:

Frau Stein überreichte mir einen Brief, den sie selbst an ihren Mann geschrieben hatte, und in dem sie ihn beschwor, mir Vertrauen zu schenken, nachdem sich herausgestellt hätte, daß sein Verteidiger seine Interessen zugunsten der Offiziere in so furchtbarer Weise verletzt habe. Sie bat mich flehentlich, mit diesem Briefe als Legitimation zum Gericht zu fahren, um eine Rücksprache mit ihrem Manne herbeizuführen.

Ich fühlte mich selbstverständlich verpflichtet, diesem Notschrei zu folgen, um festzustellen, welche dunkeln Machenschaften hier hinter verschlossenen Türen sich abgespielt hatten. Ich fuhr zum Kriminalgericht, wo das Gericht sich bereits zur Beratung über das Urteil zurückgezogen hatte. Hier schickte ich dem Vorsitzenden die Vollmacht der Frau Stein mit dem Antrag, daß ich den Angeklagten Stein zu sprechen wünschte, ins Beratungszimmer.

Obwohl die Beratung noch über eine Stunde dauerte, erhielt ich einfach keine Antwort. Als das Gericht den Saal betrat, verkündete der Vorsitzende sofort die Todesurteile. Selbst nach Schluß der Sitzung verweigerte er mir jede Rücksprache mit Stein, um schließlich zu erklären, er erbitte sich bis zum nächsten Tage Bedenkzeit.

Diese Abweisung eines zur Verteidigung vorläufig bevollmächtigten Anwalts in einem Prozeß, der um das Leben des Angeklagten spielt, erscheint uns so ungewöhnlich, daß man von der politisch verantwortlichen Stelle im Parlament darüber Auskunft fordern muß, weshalb diese Abweisung vor der Beendigung der Beratung erfolgt ist.

Der Verdacht, daß ein besonderes Zusammenspiel der Verteidigung erfolgte, um die beteiligten kommandierenden Offiziere, vor allem den Oberleutnant v. Senden zu entlasten, wird immer stärker. Es wird sogar behauptet, daß die Verteidiger aus einem gemeinsamen unbekannten Fonds bezahlt worden sind, und daß vor allem der Verteidiger Sendens, Dr. Bloch, gleichzeitig und unentgeltlich die Verteidigung des zum Tode verurteilten Schirmann übernommen hatte. —

*

Ein Bluff.

In dem Berliner Fememordprozeß spielte u. a. auch ein Zeuge namens Göbel eine gewisse Rolle. Er ist von dem Berliner Polizeipräsidium schon Ende des vergangenen Jahres über seine Verbindung mit den Femeorganisationen und seine Tätigkeit in der Schreibstube des Oberleutnants von Senden vernommen worden. Die deutschnationale Presse hat ihm seine Aussagen vor der Polizei und vor dem Gericht sehr stark verübelt und es ist begreiflich, wenn Göbel jetzt das Bedürfnis hat, von Berlin zu verschwinden. Er steht augenblicklich völlig mittellos da und hat, um seine Abreise zu ermöglichen, am Dienstag durch den Verteidiger des Oberleutnants von Senden versucht, seinen ehemaligen Vorgesetzten zu sprechen und von ihm Mittel zur Erlangung eines andern Aufenthaltsortes zu erreichen.

Ein Komplice von Göbel spielte bei dieser Gelegenheit eine gewisse Vermittlerrolle. Er soll dem Rechtsanwalt Bloch erklärt haben, daß Göbel bereit ist, gegen Oberleutnant von Senden trotz seiner Kenntnisse über andre Verfehlungen nichts weiter auszusagen, wenn man ihm eine Abfindung in Höhe von 200 Mark zahlt. In Wirklichkeit aber schien das Bestreben des Herrn v. Senden wie seiner Verteidigung dahin zu gehen, Göbel zur Verschwiegenheit durch Unterzeichnung eines entsprechenden Reverses zu zwingen. Es verlautet, daß sie dann den Spieß umgedreht haben, die Berliner Kriminalpolizei unterrichteten und Göbel, als er bei Rechtsanwalt Bloch mit seinem Schlaffreund Schyra der zuständigen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums vorgeführt wurde. Die hier erfolgte Vernehmung, die bis in die späten Abendstunden dauerte, hat die Behauptungen der Nachtausgabe des „Lokalanzeigers", daß Göbel einen Erpressungsversuch unternommen hat, nicht bestätigt. Er wurde infolgedessen entgegen dem Wunsch des auf freiem Fuße befindlichen Vorgesetzten nicht in Haft genommen.

Die ganze „Erpressungsaktion" erweckt überhaupt den Eindruck, daß Göbel von seinen ehemaligen Freunden unter juristischem Beistand „entlarvt" und seine Unzuverlässigkeit als Mittelsmann einiger Linksblätter bewiesen werden sollte. Göbel ist der Rechtspresse ein sichtlich unangenehmer Kronzeuge. Immerhin dürfte er für sie insofern eine Gefahr nicht mehr bilden, als seine Aussagen vom vergangenen Jahre angeblich erschöpfend waren. Er hat jedenfalls, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, in seiner Vernehmung am Donnerstag abend neue belastende Momente gegen seine ehemaligen Komplicen nicht vorgebracht. Die neuerdings aufgetauchten Mitteilungen über die Aufdeckung weiterer Fememorde, deren Ursprung auf Göbel zurückgeführt wird, sind in Wirklichkeit nicht neu, sondern der Polizei und der Oeffentlichkeit bekannt. —

Den Junkern schwillt der Kamm.

Die Großagrarier stehen schon immer auf dem Standpunkt, daß die übrige Menschheit nur ihretwegen da ist. Sie hat nach der Junkerpfeife zu tanzen und im übrigen durch Bezahlung von Wucherpreisen für ein angenehmes Leben derer von Ar und Halm zu sorgen. Danach haben sie auch in der Not der Kriegs- und Nachkriegszeit gehandelt, nur daß sie ihre Raubzüge auf die Taschen der Städter hier und dort durch soziale Reden verdunkelten. Jetzt haben sie längst jede Maske fallen lassen, und so findet sich denn im „Namslauer Stadtblatt" folgendes Inserat:

Als ehemaliger Vorsitzender des Namslauer Kreisbauernrats halte ich es für meine Pflicht, die ländliche Bevölkerung darauf hinzuweisen, daß es sich empfiehlt, wenn die ewigen Preisdrückereien nicht aufhören, z. B. brachte gute Braugerste zu Weihnachten 10 Mark und heute kaum 8 Mark per 50 Kilogramm, zur Brachwirtschaft unsrer Väter zurückzukehren, d. h. ein Drittel des Ackers teils unbestellt, teils mit Futterpflanzen und dem reichlichen Bedarf für die eigne Wirtschaft an Hackfrüchten, ein Drittel Winterung, ein Drittel Sommerung zu bestellen. Wir werden alsdann selbstredend eine geringere Bruttoeinnahme, aber ebenso sicher eine höhere Nettoeinnahme haben. Denn wir brauchen weniger Arbeitskräfte, weniger Zugvieh, fast keinen Kunstdünger, die Abnutzung des toten Inventars ist geringer. Das ganze Leben würde sich gemütlicher und behaglicher abspielen. Die Samwaleute, als sie seinerzeit in Deutschland waren, unsre Kriegsgefangenen, alle lachten uns aus, als sie unser mühsames Dasein kennen lernten: „Deutschland schlechtes Land für Landbebauer! Morgens Arbeit! Mittags: Arbeit! Abends: Arbeit! Immer Arbeit! Wochentags: Arbeit! Sonntags: Arbeit! Sommer: Arbeit! Winter: Arbeit! Nix wie Arbeit! Deutschland schlecht!" –

Wir würden zwar etwas weniger ernten, aber nur etwas, denn geruhter Acker gibt höhern Ertrag und das verminderte Angebot bessere Preise. Schlesien ist immer Ueberschußland gewesen, in diesem Jahre ersticken wir in unsern Produkten. Schon vor Weihnachten forderte ich in der „Landwirtschaftskammer-Zeitung" verbesserte Exportmöglichkeiten. Es wäre nur wünschenswert, wenn die Regierung nachweist, was sie in der Beziehung unternahm?

Klein-Wilkau, den 30. Januar 1926.

Der Baron und Freiherr Rudolf v. Seydlitz-Kurzbach.

Der Baron und Freiherr v. Seydlitz-Kurzbach tritt damit in die Fußtapfen der Oldenburg-Januschau und Westarp. Herr v. Oldenburg-Januschau schrieb während des Krieges in der Zeit der schlimmsten Hungersnot an den Staatsminister v. Loebell, daß er einen Teil seiner Aecker unbebaut ließe, weil ihm die Preise nicht hoch genug waren. Graf Westarp prägte in der schlimmsten Zeit der Inflation, als die breite Masse des Volkes nicht wußte, wovon sie leben sollte, im Reichstag den Satz: „Das Volk hungert bei vollen Scheunen." Es hungerte, weil die Großgrundbesitzer gegen Papiermark nichts mehr verkauften!

Der Baron und Freiherr v. Seydlitz-Kurzbach fordert öffentlich dazu auf, ein Drittel des Landes unbestellt zu lassen, um die Preise in die Höhe zu treiben. Das ist seine Antwort auf die furchtbare Wirtschaftskrise, die Millionen Arbeiter brotlos macht und Tausende von Konkursen zur Folge hat! Das ist seine Antwort auf die Preissenkungsaktion der Regierung. Er paßt damit ganz in den Rahmen der feudalkonservativen Sippschaft um Westarp und Oldenburg-Januschau, die für Patriotismus nur zu haben sind, wenn er sich gut bezahlt macht.

Man wird die Herrschaften daran erinnern müssen, daß es genug Siedler gibt, die gern bereit sind, das Drittel des Landes in Wirtschaft zu übernehmen, das sie dem Volk entziehen. —

Mecklenburgische Mißwirtschaft.

Aus dem deutschnationalen Musterlande Mecklenburg-Schwerin wird dem „Vorwärts" geschrieben:

In Wismar, Kellergasse 9, setzt man einen arbeitslosen Elektroingenieur aus dem „Bruderlande" Oesterreich 3 Tage fest, weil er aus religiösen Gründen den Eid verweigert. Auch hier, wie neulich in Tempelhof, wird die konfessionslose Formel unterschlagen, im Kasernenhofton schnauzt der Vorsitzende den Zeugen an: „Schwören Sie!" und statt Belehrung folgt das Urteil: 30 Mark oder 6 Tage! Erst eine Beschwerde mildert das auf die Hälfte.

Nun gut, er geht ins Loch. Bei 6 Grad Kälte täglich 5 Briketts. Lektüre wird verweigert. Der halbstündige tägliche Spaziergang wird verweigert: es seien ja „bloß drei Tage". Das Klosett zwingt zum Offenhalten der Fenster. Dabei ist die Zelle schon mit einem Untersuchungsgefangenen belegt; Strohsack und Decke bildet das Notlager für den zweiten.

Der andre, der in Untersuchung ist (dann freigesprochen wird, ein polnischer Schnitter — schließlich auch ein Mensch), will nach Hause schreiben, dazu sich 10 Pfennig für Porto verdienen. Er bekommt „Arbeit": halbverfaultes Tauwerk, in der Seestadt ein billiger Artikel, aufzulösen: mit dem pestilenzialisch stinkenden Inhalt werden die Schlafsäcke gefüllt! Und für diese Tätigkeit täglich fünf Pfennig Vergütung.

Freitags kommt die Kontrolle, da wird dann Parade gekocht, statt der wässerigen Brühe gibt's dann — nun, Gänsebraten wohl nicht. Aber der arme Oesterreicher sitzt von Montag bis Mittwoch, den großen Tag erlebt er nicht mehr.

Zu anständig sich zu beklagen, verschwindet er, verläßt den heiligen Boden Mecklenburgs, Preußens, Deutschlands. Und der reichsdeutsche Freund darf der Oeffentlichkeit die Frage vorlegen: Ist das Strafvollzug? Sühne, „Besserung" — oder stumpfsinnige Rache? —

Hauptaufgabe des Völkerbundes.

Der Delegierte Belgiens im Völkerbund und auf der Abrüstungskonferenz, der Sozialist de Brouckère, hielt in Brüssel einen Vortrag über das Abrüstungsproblem, wobei er es als einen Fehler bezeichnete, daß man Deutschland eine einseitige Abrüstung aufzwingen wollte.

Wenn man die deutsche Armee auf 100 000 Mann herabgesetzt habe, so sei das eine Armee von Unteroffizieren und Offizieren und nach dem Urteil militärischer Sachverständiger gefährlicher als ein Massenheer. Außerdem könnte man Deutschland nicht hindern, eine neue Form der Kriegsvorbereitung einzuführen, nämlich die der wissenschaftlichen Militarisierung der Industrie.

Glücklicherweise sehe der Versailler Vertrag auch die Abrüstung der Sieger vor, und das sei die Hauptaufgabe der Tätigkeit des Völkerbundes. Die Abrüstungskonferenz stehe vor der schweren Aufgabe, die Abrüstung sowohl der Sieger wie der Besiegten vorzubereiten. Das sei nur durch eine gleichartige wirksame militärische Kontrolle aller Länder möglich. Nur auf diesem Wege werde die Welt zum dauernden Frieden kommen. —

Der Dichter der Oktopus-Städte.

Die moderne Zivilisation ist die Stiefmutter der Dichter; sie ist überfüllt, lärmend, häßlich, deshalb entfliehen sie ihr, suchen Gärten auf oder Klöster, oder zumindest die Träume einer glücklicheren Vergangenheit. Aber dennoch lebt die moderne Zivilisation, sie schließt in sich ein das Leben von Millionen und aber Millionen menschlicher Wesen, die eine neue Zukunft schmieden. Und es erlebt ein neuer Dichtertypus, der in den Geist dieser Zukunft einzudringen vermag.

Es traf sich gut, daß ein derartiger Dichter ein Belgier war, denn Belgien ist eins der Zentren des neuen Industrialismus von Europa. Hier sind die großen Eisen- und Stahlwerke, hier ist das ungeheure, dicht verzweigte Eisenbahnnetz, sind die Häfen, durch die der Welthandel fließt. Hier stoßen aufeinander Vergangenheit und Zukunft, denn Belgien besitzt eine alte Geschichte und Kunst, war das Schlachtfeld des Katholizismus mit dem Protestantismus, der französischen Revolution und der deutschen Autokratie. Es ist ein reiches Land, birgt in sich alle Massengegensätze und Feindschaften, die der moderne Kapitalismus erzeugt.

Emile Verhaeren (sprich: „Verharen") wurde 1855 als der Sohn reicher, privatisierender Eltern geboren. Er lebte auf dem Lande, doch sind in Belgien in der Nähe des Landes stets Städte, und der Knabe sah den Fluß mit den großen Schiffen, die Fabriken, die fleißigen Handwerker, das ganze brodelnde, die Phantasie befruchtende Leben. Er wurde in einer Jesuitenschule erzogen, sollte Priester werden, doch gefiel ihm dieser Beruf nicht. Er studierte Jura, hatte eine übermütige, launische Jugend. Bereits in seinen Kindertagen schrieb er Verse, zuerst lateinische, dann klassische französische Alexandriner. Später geriet er in Victor Hugos Bann. Nachher jedoch lernte er Zolas Werke kennen und entsetzte Eltern und Freunde, indem er einen Gedichtband schrieb, der die groben und brutalen Tatsachen des sündigen Lebens schilderte. Die Flamen sind ein rohes und trunksüchtiges Volk; wir kennen sie aus den Gemälden von Rubens, und der junge Verhaeren schrieb zu einer Zeit, da sich die Jugend gegen den falschen Idealismus auflehnte, und sich der Wirklichkeit zuwandte; je brutaler und abscheulicher diese war, desto besser.

Die Belgier fallen von einem Extrem ins andre; vom reinlichen Leben in eine wilde Asketese; das Land ist voll von Klöstern und strengen Mönchen, die einsam leben und mit heiliger Ehrfurcht Betrachtungen über die Vergangenheit anstellen. In einem zweiten Buche schildert Verhaeren diese fanatischen Typen. Aber es genügte ihm, sie zu bewundern, er empfand keineswegs den Wunsch, sich ihnen anzuschließen.

Der Dichter wird dadurch zum Dichter, daß er empfindsamer ist als der Durchschnittsmensch; das Leben versetzt ihm härtere Hiebe, und er gerät von einem Extrem ins andre. Die moderne Wissenschaft raubte Verhaeren seinen katholischen Glauben, und es folgte für ihn eine Periode des Pessimismus, eine fruchtbare seelische Krise. Gleich Dostojewski und Strindberg geriet auch er an die Grenze des Wahnsinns und des Selbstmordes. Aber sein ruheloser Geist ließ sich nicht vom Leiden besiegen; sogar das Abenteuer des Kummers interessierte ihn; er liebte das Leben, obgleich dieses für ihn nur die Vision des Todes enthielt. Alle Dinge waren ihm ein Thema; er schrieb ein Buch der Alpdrücke, eine Pilgerfahrt der Neurasthenie.

Verhaeren schrieb französisch; er schuf eine neue Art des freien Reims, die rhythmischer ist, als jene Walt Whitmans und jedem Herzschlag der Dichterphantasie Ausdruck verleiht. Eigentlich müßten seine Gedichte in einer leidenschaftlichen Verzückung gesungen werden. Verhaeren gleicht in vielem Whitman: vor allem darin, daß auch er sich mit der arbeitenden Klasse identifiziert, sie als neues, mit eignem Leben begabtes Wesen erkennt. Gleich Whitman bejaht er das Universum, singt das Lied der zum Gotte gewordenen Menschheit, die die Natur besiegt und das Leben nach ihrem Ebenbild neu erschafft.

Walt Whitman besang „diese Staaten", sah sie zu einem großen triumphierenden Lande verschmolzen; auch Verhaeren hatte eine Vision: er war der Prophet der Vereinigten Staaten von Europa. Er hatte in allen Hauptstädten Europas gelebt, die Kräfte erkannt, die sie einander nahe brachten, sie vereinigten. Es waren furchtbare Orte; er nennt sie die „Oktopus-Städte", und schildert sie als entsetzliche vielarmige Ungeheuer, in dem flachen Lande das Lebensblut auffangen. Kein Dichter versuchte es, Verhaeren in der Schilderung der Grausamkeit, Einsamkeit und des Entsetzens dieser Hauptstädte gleichzutun.

Verhaeren begrüßte freudig die Wissenschaft, verkündete die Massensolidarität, die Unterwerfung des Individuums unter den Fortschritt. Er wurde der Prophet und Prediger des belgischen Enthusiasmus. Selbstverständlich war er ein sozialer Revolutionär. Er dichtete auch ein lyrisches Drama: „Morgenröte". Hier wird in Reim und Prosa der Held verherrlicht, der die Zitadelle des Kapitalismus den Massen übergibt und sein Leben opfert, in dem Bestreben, den Klassenkampf zu beenden und eine glückliche Zukunft aufzubauen. Verhaeren schrieb auch noch andre Dramen, die jedoch gar nicht oder selten aufgeführt werden, denn sie passen sich nicht den Regeln des Profitdramas an, handeln von der Menschheit und nicht von der Sexualität. Aber die neue Zeit naht, — und Verhaeren war einer ihrer Propheten.

Upton Sinclair.

Theaterchronik. Der Verwaltungsdirektor Wolff von der Berliner „Komischen Oper" erhebt in der Berliner Presse die heftigsten Anschuldigungen gegen den Bühnengenossenschaftspräsidenten Gustav Rickelt, den Autor der zurzeit in der „Komischen Oper" gespielten Revue „Von A bis Z", dem er sehr große, zum Teil unlautere geschäftliche Vorteile aus seiner Verbindung mit James Klein vorwirft. Rickelt bezeichnet die Mitteilungen als eine ungeheure Infamie und niederträchtige Entstellung, in der nahezu jedes Wort erstunken und erlogen sei. Das ist zwar recht temperamentvoll, aber vorderhand noch nicht überzeugend. —

Heine und Rothschild. Eines Tages speisten der Erzbischof von Mecheln und Baron Rothschild bei einem Minister, bei dem auch Heinrich Heine zu Gaste war. In dem Augenblick, als man sich in den Speisesaal begab, sagte der Erzbischof zu Rothschild: „Gehen Sie voran, Herr Baron." Rothschild tat das. „Hochwürdiger Herr," bemerkte Heine, „man könnte hierin eine Unziemlichkeit oder Unhöflichkeit erblicken. Aber nein, mit Recht kommt das Alte Testament vor dem Neuen."

Ein Manuskript Verdis. Zum 25jährigen Todestage Verdis hat der Verwaltungsrat der Banca Commerciale das Manuskript der Requiem-Messe Verdis, die er zum Tode Alessandro Manzonis komponiert hat, angekauft und dem Mailänder Theatermuseum geschenkt. —

Mark Twain im Gefängnis. Der berühmte amerikanische Humorist mußte in seiner Jugend, wie ein amerikanisches Blatt erzählt, wegen eines Preßvergehens ein paar Tage im Gefängnis zubringen. Dabei hatte er natürlich Gelegenheit, die Bekanntschaft verschiedener Mitgefangener zu machen. Nach Abbüßung der Strafe fragte ihn ein Freund: „Was waren denn das für Leute, die du da drin kennengelernt hast?" — „Was willst du?" antwortete schwermütig der große Schriftsteller. „Wenn man das Gefängnis ein wenig näher kennt, so sieht man leider, daß es auch dort Schurken gibt wie überall." —

Esperanto in Rußland. Der Bezirksausschuß der Gewerkschaften in Moskau hat den Esperantounterricht in die amtlichen Programme der Radio-Lektionen für Arbeiter eingeführt. — Die russische Postverwaltung hat neue Jubiläumsbriefmarken mit Text in Esperanto herausgegeben, ferner offizielle Postkarten mit Text in Russisch und Esperanto sowie in Russisch, Französisch und Esperanto. —

Ein Blick in den Sumpf.

Unter diesem Titel veröffentlichten wir in der Nummer vom 24. Januar einen uns zur Verfügung gestellten Brief, den die ehemalige Magdeburger Kommunistin Malli Schaumann aus Solingen, ihrem jetzigen Wirkungskreis, an eine befreundete Kommunistin gerichtet hat. Sie klagte darin über die große Korruption in der Kommunistischen Partei, die so weit ginge, daß man die Kritikerin mit allen Mitteln mundtot zu machen versuche, statt die Schäden abzustellen. Es sei schändlich, wie der gute Zweck der Kommunistischen Partei zum politischen Geschäft mißbraucht würde, wie auch die „Rote Hilfe" zu einer Pensionsanstalt für abgedankte Redakteure und Sekretäre der Kommunistischen Partei würde.

Dieser Brief löste bei der kommunistischen Führerschaft Magdeburgs zunächst betretenes Schweigen aus. Denn Malli Schaumann war nicht irgendeine Kommunistin, die man mit einer Handbewegung abtun konnte, sondern sie ist vom hiesigen Kommunistenorgan noch vor nicht allzu langer Zeit als Märtyrerin des Magdeburger Bezirks gefeiert worden. Denn sie war wegen ihrer kommunistischen Tätigkeit zum Tode verurteilt, später aber begnadigt worden. Außerdem kam Malli Schaumann noch verschiedentlich hinter Kerkermauern, weil sie blindlings ihrer kommunistischen Ueberzeugung folgte und es nicht mit dem Wahlspruch der meisten Kommunistenführer hielt: Hannemann, geh du voran!

Da war guter Rat teuer. Und in der höchsten Not dachten die Gänsefüßchen-Bolschewisten der Magdeburger „Tribüne" daran, daß es ein bürgerliches Gesetzbuch gibt, ein Pressegesetz, mit dessen Hilfe man alle möglichen „Berichtigungen" erzwingen kann.

Das ist zwar nicht bolschewistisch, aber in der Not frißt der Teufel Fliegen. Und siehe da, genau eine Woche später veröffentlichte die „Tribüne" einen Agitationsartikel des kommunistischen Rechtsanwalts Obuch (Düsseldorf), den dieser „Berichtigung" genannt und auch uns mit der Aufforderung zur Aufnahme zugesandt hatte. Unter Berufung auf das Pressegesetz!

Die „Tribüne" umrahmte diese „Berichtigung" mit neuen Gemeinheiten gegen uns, auf die wir noch zu sprechen kommen. Wir aber lehnten es ab, über den Umweg des Pressegesetzes kommunistische Verlegenheiten zu beheben und sandten die „Berichtigung" Herrn Obuch zurück. Heute bekamen wir sie wieder zugesandt. Daneben die Ermächtigung, das wegzulassen, was wohl dem kommunistischen Agitationsbedürfnis, aber nicht den Anforderungen des Pressegesetzes entspricht.

Wir bringen die im Einverständnis mit der Rechtsanwaltsfirma Obuch (Düsseldorf) korrigierte Berichtigung nachstehend zum Abdruck.

*

Berichtigung.

Namens und im Auftrage der Frau Klara Schwenk, Solingen, deren Rechtsbeistand wir sind, fordern wir Sie unter Hinweis auf das Reichspreßgesetz auf, zu Ihrem Artikel in der „Volksstimme" vom 24. 1. mit der Ueberschrift „Ein Blick in den Sumpf" folgende Berichtigung in demselben Teile der Zeitung, in dem auch der obige Artikel erschienen ist, zu bringen:

1. Es ist unwahr, „daß die Unterbezirksvorsitzende der Roten Hilfe" — gemeint ist eine alte ehrenhafte Parteigenossin namens Klara Schwenk — während der Magdeburger Haftzeit der Malli Schauman diese um den letzten Rest der aus dem Nachlaß der Großmutter stammenden Wäsche bestohlen hat. Wahr ist vielmehr, daß Frau Schwenk, die monatelang die Angehörigen der Schaumann während ihrer Abwesenheit in proletarischer Opferwilligkeit aufgenommen und fast unentgeltlich verpflegt hat, von der Schaumann bei der Polizei denunziert ist, ein Badetuch, drei Handtücher und sieben Kaffeelöffel gestohlen zu haben. Seit fast einem Jahr ist ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft in Elberfeld anhängig, das bisher noch nicht einmal zur Anklageerhebung gediehen ist.

2. Unrichtig ist, daß die Schaumann wegen dieser Anzeige aus der Roten Hilfe ausgeschlossen ist.

3. Unwahr ist weiterhin, daß die Schwenk oder die Vorsitzende des Unterbezirks der Roten Hilfe oder irgendein andres Mitglied der Roten Hilfe des Bezirks Niederrhein Unterschlagungen gemacht hat. Richtig ist, daß diese Behauptungen jeglicher Unterlagen entbehren. Unrichtig ist insbesondere, daß irgendwelche Führer der Kommunistischen Partei an den Unterschlagungen teilgenommen haben.

4. Unrichtig ist fernerhin, daß der Vorstand der Roten Hilfe Bezirk Niederrhein ohne die Angaben der Schaumann zu prüfen, ihren Ausschluß aus der Roten Hilfe bekanntmachte.

Richtig ist vielmehr, daß durch die unterzeichneten Verteidiger sowohl als auch durch die zuständigen Rote-Hilfe-Instanzen in verschiedenen Sitzungen das vorliegende Material gewissenhaft geprüft wurde mit dem Ergebnis, daß keine der Anschuldigungen sich auch nur irgendwie stichhaltig erwies.

5. Unrichtig ist weiterhin, daß die unterzeichneten Verteidiger dem Gericht einen Brief der Schaumann zur Verfügung gestellt hatten.

Richtig ist vielmehr, daß die unterzeichneten Verteidiger von der Frau Schwenk Vollmacht zur Einreichung einer Privatklage wegen eines Briefes erhielten, in dem der Frau Schwenk Käuflichkeit und sittliche Verwahrlosung vorgeworfen wurde und daß dieser Brief im Auftrage der Frau Schwenk der Privatklage als Beweismittel pflichtgemäß beigefügt wurde.

6. Unrichtig ist weiterhin, daß das Urteil des Solinger Schöffengerichts die Schaumann zu 100 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung verurteilt hat. Richtig ist vielmehr, daß durch das Urteil gleichzeitig die sämtlichen Widerklagen, welche die Schaumann auf die Privatklage hin erhoben hatte, als unbegründet zurückgewiesen sind.

7. Unrichtig ist ferner, daß Frau Schwenk oder irgendein Mitglied der Roten Hilfe des Bezirks Niederrhein die politischen Gefangenen bestohlen habe.

Richtig ist vielmehr, daß weder Frau Schwenk noch irgendein Mitglied der Roten Hilfe jemals die politischen Gefangenen irgendwie bestohlen hat oder sonstwie geschädigt hat.

Rechtsanwälte Obuch u. Dr. Horstmann.

Diese Berichtigung der kommunistischen Düsseldorfer Rechtsanwälte ist von uns aus nur in einem einzigen Punkte nachzuprüfen, und da hinkt sie auf beiden Beinen. Nämlich dort, wo von den Beschuldigungen gegen die Unterbezirksvorsitzende der Roten Hilfe die Rede ist. Frau Schaumann hat in ihrem Briefe behauptet, sie sei während der Haftzeit von dieser Frau bestohlen worden. Die Rechtsanwälte aber sagen: Nein, Frau Schwenk ist völlig unschuldig. Beweis: Seit einem Jahr schwebt das Verfahren, ohne daß es zur Anklageerhebung gekommen ist.

Kann man da nicht anders argumentieren und sagen: Die Verdachtsmomente sind so stark, daß das Verfahren trotz einjähriger Dauer von den Behörden noch nicht niedergeschlagen werden konnte? Hoffentlich hat Frau Schwenk bessere Beweise ihrer Schuldlosigkeit, als ihr Rechtsvertreter. Denn es ist ein unerträglicher Gedanke, wenn gefangene Proletarier von Leuten bestohlen sein könnten, die sich öffentlich der Gefangenenfürsorge widmen.

Wenn die Argumentation der Düsseldorfer Rechtsanwälte in allen berichtigten Punkten so daneben geht, wie in diesem einen, dann bewundern wir ihren Mut zu den Ausfällen, die sie sich in ihrer ersten Berichtigung sowohl gegen Frau Schaumann als auch gegen uns erlaubten. Allerdings kann man ja von Kommunisten nicht verlangen, daß sie erklären: Jawohl, in unsrer Partei und ihren Ablegern duftet es gewaltig. —

Kommunisten unter sich.

In der Donnerstag-Nachmittagsitzung des thüringischen Polizei-Untersuchungsausschusses verlangten die Kommunisten, daß die unter der jetzigen Regierung erfolgten Verbote ihrer Zeitungen ebenfalls untersucht würden. Der Ausschuß ging darauf ein. Bei dieser Gelegenheit wurde folgendes Schreiben bekanntgemacht, das seines Inhalts wegen allgemeines Interesse verdient:

Gotha, den 16. Mai 1925.

An die Zentrale der K. P. D. Berlin. Werte Genossen! Am Donnerstag tagte in Gotha eine Funktionärsitzung der K. P. D., Ortsgruppe Gotha. Sie beschäftigte sich mit dem Verbot unsrer Zeitung (Gothaer Volksblatt). Der Grund des Verbots ist ein Aufruf der Thüringer Bezirksleitung der Jugend zum Jugendtag in Ilmenau. Die Funktionäre waren einstimmig der Ansicht, daß eine Delegation bei der Thüringer Regierung vorstellig werden soll. Gewählt wurden die Genossen Willi Beck und Wilhelm Abesser. Zur Verhandlung sollte der verantwortliche Redakteur, Genosse Otto Geithner, thüringischer Landtagsabgeordneter, zugezogen werden.

Unterzeichnete wurden im Fraktionszimmer der K. P. D. Thüringen, Weimar, vorgestellt und ersuchten den Genossen Geithner, an der Verhandlung teilzunehmen. Genosse Geithner lehnte es ab mit der Begründung: Er sagte wörtlich:

> Für die Hanswürste, die Ihr hingesetzt habt als Redakteure, übernehme ich keine Verantwortung und erkläre weiter: Bei den kommenden Gerichtsprozessen wird es sich zeigen, wer verantwortlicher Redakteur ist. Ich stecke meinen Kopf nicht in die Schlinge. Nehmt Ihr Euren Säulenheiligen Tenner mit.

Nach diesen Worten verließ er das Fraktionszimmer. Anwesend waren die Genossen Jakobi, ein nicht bekannter Genosse und der Abgeordnete Engert als Zeugen. Wir bitten um Entscheidung dieses Vorfalls. Abschrift ist zur Bezirksleitung Thüringen, Jena, abgegangen. Mit kommunistischem Gruß (gez.) Willi Beck, Wilhelm Abesser.

Bei einer Beschlagnahme durch die Reichsanwaltschaft ist dieser Brief im Original in die Hände der Polizei gefallen. An seiner Echtheit besteht also kein Zweifel. Die Sache ist ja nicht gerade welterschütternd, aber interessant ist es doch zu sehen, daß die Kommunisten unter sich durchaus wissen, wieviel Unsinn bei ihnen gemacht wird. —

Arbeitsgericht.

Der Reichsrat verabschiedete am Donnerstag das Arbeitsgerichtsgesetz, wobei Abändrungsanträge Bayerns mit 44 gegen 22 Stimmen abgelehnt wurden. Im Gefolge Bayerns befand sich Württemberg und Mecklenburg. Zweck dieses Gesetzes ist, eine allgemeine einheitliche Arbeitsgerichtsbarkeit für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern zu schaffen. In ganz Deutschland soll auch für Gemeinden unter 20 000 Einwohnern ein lückenloses Netz von allgemeinen Arbeitsgerichten geschaffen werden unter Beseitigung der Gewerbe-, Kaufmanns- und Innungsschiedsgerichte. Die Arbeitsgerichte sollen für alle Arbeiter zuständig sein. Es werden drei Instanzen geschaffen:

Arbeitsgerichte für den Bezirk eines Amtsgerichts, ein Landesarbeitsgericht für jedes Land und schließlich ein Reichsarbeitsgericht. Die Beisitzer sollen durch die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden auf Grund von Vorschlagslisten berufen werden.

Das Reichsarbeitsgericht ist als ein Teil des Reichsgerichts gedacht. Sämtliche Instanzen sollen mit Richtern und Vertretern der Arbeiter und Unternehmer besetzt werden. —

Tritt Bethlen zurück?

In der ungarischen Nationalversammlung richtete der radikale Abgeordnete und frühere Staatssekretär im Kabinett Karolyi, Vinzens Nagy, einen heftigen Angriff gegen den Ministerpräsidenten. Graf Bethlen habe in einer Parteikonferenz der Einheitspartei die Erklärung abgegeben, daß seine Rolle von dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß in der Frankenfälscheraffäre vollkommen geklärt sei. Mit dieser vorzeitigen Preisgabe von Verhandlungen des Ausschusses habe Bethlen die Vereinbarung über die Geheimhaltung der Beratungen des Ausschusses einseitig gebrochen. Die Opposition halte sich daher für berechtigt, die Frankenfälscheraffäre ihrerseits gleichfalls außerhalb des Untersuchungsausschusses zur Sprache zu bringen.

Der Abgeordnete Nagy kritisierte die Lückenhaftigkeit der Anklageschrift, namentlich den juristischen Widersinn, daß eine Anklage veröffentlicht werde, während gleichzeitig eine Ergänzung in dieser Sache im Zuge sei. Unter großer Bewegung des Hauses stellte Nagy fest, daß die Frankenfälschungsaffäre die Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn mit dem österreichischen Erzherzog Albrecht an der Spitze zum eigentlichen Ziele hatte.

Im weitern Verlauf seiner Rede wies Nagy darauf hin, daß der Leiter des ungarischen Telegraphenkorrespondenzbureaus Kozma schon am 28. November dem Ministerpräsidenten von den Fälschungen vertraulich Mitteilung gemacht und ihm auch den Ort angegeben habe, wo die Falsifikate damals aufbewahrt wurden. Der Ministerpräsident jedoch hat, anstatt die sofortige Beschlagnahme der falschen Tausendfrank-Noten an der bezeichneten Stelle zu veranlassen, einen Brief an den Präsidenten des Nationalverbandes, den Baron Perenyi, geschrieben und diesen ersucht, ihm beruhigende Erklärungen über die Affäre abzugeben. Der Abgeordnete Nagy behauptete, daß Graf Bethlen zu jenem Zeitpunkt, als er den Staatssekretär im Ministerpräsidium, den Baron Pronay, zu dem Landespolizeichef Nadossy mit dem Auftrage sandte, daß dieser eine Untersuchung einleiten möge, bereits genau gewußt habe, daß Nadossy selbst ein führendes Mitglied der Fälscherbande sei.

Bei diesen Worten des Abgeordneten Nagy entstand ein riesiger Tumult. Die Mitglieder der Einheitspartei riefen in den Saal: „Das ist eine Lüge!" Nagy erwiderte darauf mit der Aufforderung, man möge ihn vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß vernehmen, er werde dort alles beweisen, was er eben vorgebracht habe. Nagy schloß seine Rede mit der Aufforderung, der Ministerpräsident möge mit den Interessen des Landes kein Hazardspiel treiben und unverzüglich seine Demission geben. —

Notizen.

Stahlhelmverbot? In den nächsten Tagen soll, wie dem Reichsdienst der deutschen Presse gemeldet wird, im Reichsrat die Durchberatung des vor etwa 6 Wochen eingelaufenen Entwurfs einer Ergänzungsverordnung zum Gesetz vom 22. März 1921 erfolgen. Der Entwurf, der sich dem Verlangen der Entente nach Verbot aller militärischen Vereine aufbaut, wurde im Reichsinnenministerium fertiggestellt. Er berücksichtigt die von der Gegenseite geforderte Auflösung aller Verbände, die sich direkt oder indirekt mit militärischen Angelegenheiten und Uebungen befassen oder die mit dem Reichswehrministerium in irgendeiner sachlichen oder persönlichen Verbindung stehen könnten. Die Verordnung, die sich ebenso wie das Gesetz vom 22. März 1921 auf die Bestimmungen der Art. 177 u. 78 des Versailler Vertrags stützt, dürfte vor allen Dingen die Vereinigungen wie Stahlhelm, Wikingbund, Werwolf usw. betreffen, während seine Anwendung z. B. auf den Jungdeutschen Orden, der nicht als unbedingt militärisch angesprochen wird, nicht wahrscheinlich ist.

Deutsche Luftfahrt. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags, der sich am Donnerstag mit der Frage des Luftverkehrs befaßte, sprach in einer mit allen gegen eine Stimme angenommenen Entschließung den Wunsch aus, daß bei den Pariser Verhandlungen die weit über die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinausgehenden Beschränkungen der deutschen Luftfahrt beseitigt werden. Die Gunst der geographischen Lage Deutschlands und die Bestimmungen des Völkerrechts gäben die Möglichkeit, sowohl für die wirtschaftliche als für die sportliche [illegible] Luftfahrt volle Freiheit zu verlangen. —

Bayern weiß nichts. Gegenüber den Mitteilungen über gewisse Zusammenhänge zwischen Bayern und Ungarn in der Frankfälscheraffäre wird vom bayrischen Innenminister behauptet, daß sich für die bayrischen Polizeibehörden bisher nach keiner Richtung hin Anhaltspunkte für die Tatsache solcher Zusammenhänge ergeben hätten. Die Polizei habe auch keine Unterlagen dafür, daß am 10. Januar in München beim Exkronprinzen Ruprecht eine Geheimkonferenz stattgefunden hat, an der u. a. auch der bekannte ungarische Monarchist Graf Andrassy teilgenommen haben soll. Das ist zu glauben; denn die bayrische Polizei hat auch schon Hochverräter (Ehrhardt u. a.), die steckbrieflich verfolgt wurden und monatelang in München wohnten, nicht gefunden. —

Wiederaufnahme der Arbeit. Die Wiederinbetriebnahme der am 27. bzw. 28. Januar 1926 stillgelegten Abteilungen des Hörder Vereins (Phönix), und zwar das Thomas-Werk, Blockwalzwerk und Martins-Werk, ist am Donnerstag erfolgt. In den nächsten Tagen ist auch die Wiederaufnahme der Arbeit im Feinwalzwerk zu erwarten. Das Stahlwalzwerk bleibt bis auf weiteres außer Betrieb. —

Frankreichs Bedingungen. Aus Beirut wird gemeldet, daß die Drusen einen Brief an de Jouvenel gerichtet haben, in dem sie um die Eröffnung direkter Verhandlungen mit der Begründung nachsuchen, daß auf schriftlichem Wege nicht alle strittigen Punkte gelöst werden könnten. In seiner Antwort verlangt de Jouvenel die vorherige Niederlegung der Waffen. Danach stehe es dem Dschebel frei, eine unabhängige Nation zu bilden oder sich an Damaskus anzuschließen. Frankreich verlange nichts als die gemeinsame Garantierung der äußern Grenzen und den Verzicht auf Austragung der innern Streitigkeiten durch Waffengewalt statt durch Anrufung der französischen Schiedsgerichte. —

Angriff gescheitert. Im Anschluß an eine zweitägige heftige Debatte in der belgischen Kammer, wobei die Liberalen und die konservativen Katholiken aus Anlaß des Rücktritts des Kriegsministers gegen die demokratische Heeresreform Sturm liefen, wurde das von den Regierungsparteien eingebrachte Vertrauensvotum mit 105 gegen 50 Stimmen angenommen. Damit ist der bisher heftigste Angriff gegen die jetzige Regierung, in der die Sozialdemokratie die Führung hat, in Parlament und Presse kläglich gescheitert. —

Depeschen.

Ebertbüste in Heidelberg.

Heidelberg, 5. Februar. (Radio.) In Gegenwart der Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung und Vertreter der Behörden wurde am Donnerstag im Treppenhaus des Heidelberger Rathauses die von dem Stuttgarter Bildhauer Kerzinger angefertigte Büste des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert enthüllt. Die Enthüllung erfolgte durch den Oberbürgermeister Walz. —

Cachin zu Gefängnis verurteilt.

Wb. Paris, 5. Februar. „Journal" berichtet aus Saint-Nazaire, der kommunistische Abgeordnete Cachin sei zu 15 Monaten Gefängnis und 2000 Frank Geldstrafe verurteilt worden, weil er sich selbst als für die vor drei Monaten in der dortigen Gegend verbreiteten Flug- und Anschlagzettel, in denen gegen den Marokkokrieg Propaganda gemacht wird, vor Gericht verantwortlich erklärt hat. —

Die verborgene Notenpresse.

Wb. Budapest, 5. Februar. Wie die Blätter melden, haben die beiden französischen Polizeiinspektoren gestern abend zusammen mit der ungarischen Polizei in der kartographischen Anstalt eine neue Haussuchung vorgenommen. Hierbei wurde jene Druckmaschine entdeckt, auf der die falschen Franknoten hergestellt wurden, und die bisher nicht aufgefunden werden konnte. Die Maschine wurde beschlagnahmt. —

Abrüstungskonferenz im Mai.

Wb. Paris, 5. Februar. Nach einer Blättermeldung aus Washington soll der amerikanische Gesandte in Bern dem Staatsdepartement mitgeteilt haben, daß die vorbereitende Abrüstungskonferenz am 6. Mai mit ihren Arbeiten beginnen wird. —

Grausiger Fund.

Wb. Hamburg, 5. Februar. Eine Zeitungsfrau fand heute früh im Torweg eines Hauses Düsterstraße einen Koffer, in dem die untere Hälfte einer weiblichen Leiche lag. Der obere Teil war bis dicht über die Hüften abgeschnitten und konnte bisher noch nicht gefunden werden. Es handelt sich anscheinend um ein Kontrollmädchen. Ob das Mädchen am Fundort des Koffers ermordet oder ob der Koffer dorthin geschafft wurde, steht noch nicht fest. —

Bergmannstod.

Neuyork, 5. Februar. (Radio.) Die in dem Kohlenbergwerk bei Pittsburg durch eine Explosion verschütteten 16 Bergleute sind durch Gase erstickt aufgefunden worden. —

Raubüberfall im Zuge.

Wb. Riga, 5. Februar. Zwei diplomatische Kuriere der Sowjetregierung sind heute im Moskauer Personenzuge zwischen Nelskuell und Salaspils die Opfer eines Raubüberfalls geworden. Der eine wurde getötet und der andre schwer verwundet. Die Räuber, zwei junge Leute, wurden im Kampf mit den Kurieren erschossen. —

Sonnabend-Schlager — Weißen Woche!

Extra billige Angebote aus unserer

- Trikotseidene Kasaks moderne Farben . . 95 ₰
- Hausblusen Hemdform, Flanell, dunkle Streifen . 1.95
- Hausblusen aus Waschkrepp . . . . 65 ₰
- Hausröcke aus karierten oder melierten Stoffen . . . 2.75 1.25
- Plissee-Röcke reine Wolle, einfarb. und gestreift 4.85
- Seidentrikot-Kleider in den neuesten Farben 3.85
- Konfirmanden-Kleider in schwarz und farbig von 6.50 an
- Kleider aus reinw. Rips, Glockenform . 19.75
- Damen-Strümpfe Baumwolle, schwarz u. farb 48 35 ₰
- Herren-Socken graue Baumwolle . . . . Paar 48 ₰
- Wischtücher 40×40, blau und rot kariert Stück 19 ₰
- Gerstenkornstoff 46 cm breit weiß mit roter Kante . Mtr. 38 ₰
- Rohnessel zirka 80 cm breit gute westfälische Ware . Mtr. 45 ₰
- Hemdenbarchent 80 cm breit blau weiß gestreift . . . . Mtr. 65 ₰
- Etamine 150 cm breit gestreift und kariert Mtr. 1.15 . 88 ₰
- Scheibengardinen in versch. Breiten . Mtr. 85 55 ₰
- Künstler-Gardinen 3teilig Tüll, aparte Muster . Mtr. 4.85 3.85
- Halbstores mit und ohne Volant in Etamine 3.95 1.85 1.45
- Renn Makotuch 80 cm breit ägyptische Baumwolle Mtr 88 ₰
- Linon für Bettwäsche Deckbettbreite 1.25 Kissenbreite 68 ₰
- Herren-Normal- u. -Mako-Hosen mit Ueberschlag . . 2.85 1.85
- Herren-Normal- u. -Mako-Hemden mit Doppelbrust . . 3.50 2.65
- Damen-Hemdhosen weiß, feingestrickt . 2.45 1.78
- Damen-Schlupfhosen Flor, feinfarbig . . . . 95 ₰
- Oberhemden weiß, mit Ripseinsatz und Manschetten 5.45
- Einsatzhemden mit Ripseinsatz, Größe 4 . . 1.95
- Selbstbinder moderne Muster 1.25 95 78 ₰
- Sportkragen weiß Rips . . Stück 82 22 ₰
- Damen-Schlupfhosen mit angerauhtem Futter 1.75
- Kinder-Schlupfhosen in Flor u. Winterware, 35/40 95 ₰
- Damen-Untertailen mit reicher Stickerei . . 85 55 45 ₰
- Weiße Zierschürzen mit reicher Stickerei . . . . 1.65 88 ₰
- Schwarze Kissen gezeichnet, mit Rückwand 1.10
- Reform-Leibchen alle Wetten . . . . . Stück 1.85
- Maschinengarn 1000 Meter 4fach . . . . . 98 90 ₰
- 12 Paar Schnürsenkel 80 bis 120 cm lang . . . 95 ₰
- Damen-Strumpfbänder hübsche Ausführung . . . . 1.25 95 ₰
- Gummiband-Reste in glatt und Rüschenband . . 85 18 ₰
- Haaben- und Stirnnetze in allen Farben . . . . . 11 7 ₰
- Masken-Artikel Glitzerborten, Schellen, Ketten, Federn, Masken usw.
- Küchenmesser fein Stahl . . . . . Stück 12 ₰
- Emaille-Schmortopf 24 cm, mit Deckel 1.95
- Glasteller Hansa . . . . . Stück 12 ₰
- Emaille-Wannen 42 cm, oval 2.95
- Einkaufsbeutel Soutache . . . . . 95 ₰
- Porzellan-Kaffeekannen mit Goldrand, 2 Liter Inhalt . 1.95
- Porzellan-Tassen mit Unterlasse, mit Kantendekor . 25 ₰
- Porzellan-Abendbrotteller 19 cm, mit Festonrand . . . . 28 ₰
- Kernseife Riegel 250 Gramm, Frischgewicht . . . Riegel 12 ₰
- Meyers Blitzblank → 3 Pakete 25 ₰

Sportwesten reine Wolle, gestrickt, einfarbig und gemustert 6.90 **4.90**

Wittkowski

nur Breiter Weg 61

Wollen Sie Ihr Geld nutzbringend anlegen, dann kaufen Sie jetzt

Möbel

- Schränke imit. und echt von ℳ 70.- an
- Vertikos imit. und echt von ℳ 70.- an
- Pfeilerschränke imit. und echt von ℳ 45.- an
- Pfeilerspiegel u. Trumeaus von ℳ 30.- an
- Waschtischtische von ℳ 40.- an
- Nachttische, weiß von ℳ 8.- an
- Bettstellen von ℳ 35.- an
- Waschkommoden mit Platte und Spiegel von ℳ 75.- an
- Waschtischtische m. Platte von ℳ 25.- an
- Betten komplett in allen Größen von ℳ 130.- an
- Küchenschränke einzeln von ℳ 98.- an
- Chaiselongues von ℳ 41.- an
- Sofas von ℳ 119.- an

Komplette Zimmereinrichtungen

in großer Auswahl.

Eigene Tischler- u. Polster-Werkstätten

Friedrich Lorenz

mh. Karl Beyerling

Petersstr. 17 Magdeburg Petersstr. 17

2 Nebenstr. d. Jakobstr. v. Ad. Markt aus.

„Frauenwelt" spart Geld — alle 14 Tage 1 Heft für 30 Pfennig — Buchhandlung Volksstimme Große Münzstraße 3.

Reinhold Protze MAGDEBURG Fernspr. 1397

Preis: 2.60 3.00 3.20 3.50
Pfd.-Mk. 3.80 4.00 4.40 4.60
Mischungen, Pfd. 30% 1.30 50% 1.90

---

1. Etage!

Auf

Teilzahlung

Damen-Konfektion
Mäntel — Kostüme — Röcke
Straßen- und Gesellschaftskleider

Herren-Konfektion
Mäntel — Ulster — Joppen
Anzüge — Regenmäntel

Konfirmandenanzüge
Prüfungsanzüge
Bettwäsche, Baumwollwaren
Inlette, Drelle

Strengste Diskretion
Ware wird sofort verabfolgt

Sieverling

17 Jakobstrasse 17
Gegr. 1904.

Kein Laden!

Neueröffnung!

Buckau **Feldstr. 53** Buckau

Filiale der Besohlanstalt Elsaß

Herr.-Sohlen 2.60 Herr.-Absätze 0.90
Dam.-Sohlen 1.75 Dam.-Absätze 0.75

Nur Ia. Kernleder, saubere Arbeit.
Auf Sohlen und Absätze kann gewartet werden!

Tanz-

und **Gesellschafts-Anzüge**
in solider
und elegantester Ausführung

*

Vorzügliches Passen
der gelieferten Sachen und
ungewöhnliche 103
Preiswürdigkeit sind mein
bestes Werbemittel

*

Mannheimer

Breiter Weg 120, I.

Sicher empfiehlt Buchhandlung Volksstimme

Inventur-Ausverkauf

Radikal

bis zu 50% 19.50 jetzt 6.80

haben wir unsere Ausverkaufspreise abgebaut, um restlos zu räumen!

- Kinder-Turnschuhe, Kind.-Sandalen, Größe 24–30 75 ₰
- Damen-Halbschuhe mit Lederspitze
- Pantoffel mit Lederspitze, Größe 36–42
- Kinder-Schnürstiefel, Leder, reinledig, Größe 19–22 95 ₰
- Damen-Filzschnallenstiefel 1.35
- Kinder-Lederstiefel, braun u. schwarz, Größe 31 u. 32, unfert., Damen-Filzstiefel m. Lederbes., Damenschuhe-Hausschuhe für Damen . . 1.85
- Herren-Filzstiefel mit Lederbesatz
- Braune Leder-Spang-Schuhe für Mädchen, Größe 26–30 . . 2.45
- Kinder-Lederstiefel, schwarz, braun und naturledig, unfertiert, Größe 27–35 2.85
- Lederspangenschuhe, schwarz u. braun, unfert., Größe 36–42 2.55
- Kinder-Stiefel, braun u. schwarz, mit Spitzen, Größe 25 u. 26 . . 2.95 3.00
- Dam.-Halbschuhe, m. u. ohne Spange, Schnür u. Spange, ein Chev. Rindb. R.-Chev. unf.
- Damen-Stiefel, schwarz Rindbox u. R.-Chev. auch mit Zellappe, unf., 1.85 3.85
- Damen-Halbschuhe, schwarz u. braun Box, Chev., Schnür u. Spange
- Damen-Schnürstiefel, schwarz u. braun prima Boxcalf, echt Chevreau, auch Rahmenarbeit 6.80 5.90
- Eleg. Damen-Lack-Halbschuhe, Schnür u. Spange reihig, mit kleinen Fehlern 7.80

Gelegenheitskauf:

- Damen-Lack-Spangenschuhe, elegante Ausführ., mit bequemen und französischen Absätzen, moderne Formen . . 8.80
- Damen-Halbschuhe, Wildleder, Kroteil, Chevreau, Lack, Schnür, Spange, Knopf 10.80
- Herren-Schnürstiefel schwarz Rindb. Rand weiß gedopp., runde und spitze Form . . 8.75 7.50
- Herren-Halbschuhe, schwarz u. braun, Rindbox, R.-Chevr., darunter auch m. Wildl.-Einsätzen, runde oder spitze Form, auch m. Riemen 12.90 10.80 9.80 7.80
- Prima Rindbox-Herren-Schnürstiefel, schwarz und braun, bequeme Form, feiner Strapazier- und Straßenstiefel, auch Rahmenarbeit . . 12.90 10.80
- Herren-Sport- und Tourenstiefel mit Doppelsohle, weiterl. schwarz u. braun 14.75 12.9
- Herren-Lack-Halbschuhe, moderne Form . . 15.75 14.75

Schuh-Handelshof Breiter Weg 193/94

Chaiselongue,
Auflege-Matratzen,
reelle Werkstattarbeit,
äuß. preisw. zu verkauf.
Karl Boneke,
Spezial-Polsterwerkst.
Apfelstraße 3, part.

Anna Wedemeyer

Magdeburg-Neustadt — Wolmirstedter Straße 17

Wasch- u. Glanzplätterei

Familienwäsche zum Waschen und Plätten wird angenommen. 268

Preise billigst.

Abholung auf Wunsch. Postkarte genügt.

Liederbuch

des

Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Herausgegeben im Auftrage des Bundesvorstandes.

Jedes Lied mit Noten.

[illegible] Seiten stark, dreifarbiger Umschlag.

Preis nur 80 Pfennig.

Buchhandlung Volksstimme

Magdeburg
Gr. Münzstraße 3.

Städtische Notstandsarbeiten. — Für und wider den Mieterschutz.

Aus dem Stadtparlament.

Auf der Tagesordnung der Stadtverordneten-Sitzung vom Donnerstag standen einige Punkte, die eigentlich eine längliche Verhandlungsdauer in Aussicht stellten: Notstandsarbeiten, Erwerbslosenfürsorge, Mieterantrag der sozialdemokratischen Fraktion. Die schlimmen Erwartungen erfüllten sich nicht, mit außergewöhnlicher Schnelligkeit erledigten die Stadtväter und Stadtmütter ihr Arbeitspensum. Durch praktisches Zusammenlegen besonders schwerer Sachen und einer geschickten Strategie gelang es doch, Zeit zu sparen, ohne dabei einer gewissenhaften Prüfung der Vorlagen und Anträge Abbruch zu tun. Es muß allerdings bemerkt werden, daß am Donnerstag auch verschiedene Dauerredner und Spaßmacher fehlten, z. B. Herr Mann.

Die Uebereinstimmung.

Die sozialdemokratische Fraktion stellte bei dem Punkte Notstandsarbeiten einen besondern Antrag, der eine neue Vorlage über weitere Arbeiten verlangt. Hierbei haben aber die Kommunisten unsre Genossen bei einem schweren Verbrechen ertappt. Als nämlich unser Genosse Bach seine Rede zu den Antrag beendet hatte, erhob sich Stadtv. Hennige, der Führer der Rechtsfraktion, und erklärte — sein Einverständnis mit dem sozialdemokratischen Antrag. Ging sogar noch weiter und zollte der Sachkenntnis und großzügigen Objektivität des Genossen Bach Anerkennung. Die Kommunisten fielen aus den Wolken und heulten dann wie die kleinen Kinder, als sie so etwas hören mußten. Sie sind gewohnt, daß sie ausgelacht werden, wenn sie ihre kuriosen Bocksprünge ausführen. Nach ihrer Meinung ist das der richtige Erfolg. Wenn ein Arbeitervertreter die Vertreter des Unternehmertums durch seine Beweisführung zur Anerkennung eines Notstandes und zum Einverständnis mit einem sozialdemokratischen Vorschlag zwingt, dann ist das Arbeiterverrat — nach der Logik der Kommunisten.

Der Zweck eines Kampfes ist der Erfolg. In diesem Falle konnte der Erfolg nur darin liegen, daß der sozialdemokratische Antrag von den andern Fraktionen mit angenommen wurde. Das ist erreicht worden, die Kommunisten schreien. Was könnten sie übrigens auch anders tun?

Der Gegensatz zwischen Arbeitnehmerschaft und Unternehmertum bleibt selbstverständlich bestehen, er wird nicht überbrückt durch einen Teilerfolg, der von den Sozialdemokraten errungen wurde. Der Kampf zwischen hüben und drüben wird seit Jahrzehnten geführt und muß weitergeführt werden. Aber die Sozialdemokraten dringen dabei vorwärts, sie „gewinnen Gelände".

In der Erwerbslosenfrage und all den wirtschaftlichen Problemen haben die Sozialdemokraten nichts an ihren Anschauungen und Zielen geändert, aber in den Kreisen der bürgerlichen Parteien mußte man Tatsachen anerkennen und sozialdemokratischer Beweisführung Rechnung tragen. Wenn sich diese neue Sachlage einmal offenbart, stehen die Kommunisten verwundert wie die Kuh vor dem neuen Tor und geben ähnliche Laute von sich wie diese brave Milchlieferantin.

Angst vor der Vernunft.

Die Stadtverwaltung will eine vernünftige Einrichtung schaffen: Das Reklamewesen soll einer Gesellschaft übertragen werden, die von der Stadt gegründet wird. Eine städtische Gesellschaft; ein kommunalisiertes Unternehmen? Es ist zwar jedem klar, selbst den Leuten von ganz rechts, daß die Reglung, wie sie hier vorgeschlagen wird, klug und vernünftig ist, aber die Völkischen, die Rechtler und auch die Demokraten haben bisher von dergleichen Einrichtungen immer das Gegenteil behauptet.

Nun müssen sie der Wahrheit und der Vernunft die Ehre geben. Deshalb mutete es so drollig an, als die bürgerlichen Herren der bürgerlichen Welt immer wieder beteuerten, sie seien selbstverständlich immer treu, brav und außerdem entschieden gegen jede Kommunalisierung, auch die kleinste und bescheidenste. Aber hier ging es schon nicht anders, die städtische Reklamewesengesellschaft sei eben doch ganz vernünftig gedacht. Und deshalb. . . .

Weil mal etwas wirtschaftlich Vernünftiges geschaffen werden soll, haben die Leute Angst. Sonderbar!

Die neue Jungfrau.

Der Magistrat will durchaus eine neue Jungfrau, weil er der alten nicht mehr traut. Das heißt, er will das Stadtsiegel mit dem jungfräulichen Mägdlein auf der Stadtmauer neu zeichnen lassen. Er kam schon im vorigen Jahre mit dem Entwurf einer neuen Jungfrau, und fand nicht die geringste Gegenliebe. Dieses Weibsbild war nicht an den Mann zu bringen. Im Gegenteil, gerade Herr Mann machte beschwerdeführend darauf aufmerksam, daß sie keinen Busen habe, die neue Magd von Magdeburg.

Am Donnerstag kam der Magistrat von neuem mit einem Siegelentwurf. Er hatte seinem Jungferlein sogar einen Empfehlungsbrief des Reichskunstwarts mit auf den Weg gegeben. Darin stand geschrieben, das Mädel sei ganz niedlich für seine Größe. Aber die Sache ist nun die: ob ein Mädchen schön oder modern ist, was etwa das Gegenteil bedeutet, das entscheidet jeder am liebsten selbst, da kann der Reichskunstwart nichts tun. Und wenn schon Stadtverordnete in Frage kommen, und wenn die aus Magdeburg sind, wo man seinen alten Mädchen immer treubleibt, dann . . .

Also, man wollte auch von dem neuen Entwurf nichts wissen. Alte Liebe rostet nicht. Herr Hennige sagte, wenn man schon das bisherige Siegel nicht mehr haben wolle, möge man eins der alten schönen Siegel aus frühern Zeiten heraussuchen. So ist die neue Jungfrau wieder verabschiedet worden und hat wenig Hoffnung, in Gebrauch zu kommen.

Beibehaltung des Mieterschutzes.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Magistrat bei der Reichsregierung sich für die Beibehaltung des gesetzlichen Mieterschutzes einsetzen solle. Die Rechtler beantragten Ueberweisung des Antrages an den Haushaltausschuß. Das bedeutet eine Verschleppung und gefährdet die Auswirkung des Antrages. Es nutzte nichts, daß von sozialdemokratischer Seite den andern Herrschaften dieses sehr dringend vorgestellt wurde. Sie beschlossen die Ueberweisung. Eine Scheidung trat ein: hier mieterfreundliche — hier mieterfeindliche Parteien.

Welche Bedeutung ihre Stellungnahme in dieser Zeit größter Wohnungsnot hat, das soll den Parteien noch gesagt werden. —

*

Sitzungsbericht.

Der Vorsteher Baer eröffnet die diesjährige zweite Sitzung der Stadtverordneten um 4½ Uhr mit der Bekanntgabe von Eingaben.

Der Elternbeirat der Friedrichstädter Volksschule bittet, zur Abhaltung von Schulschwimmunterricht die städtische Badeanstalt oberhalb der Langen Brücke wieder zu errichten oder mit einer andern Badeanstalt Abmachungen zu treffen, die Schwimmunterricht ermöglichen. Die Eingabe wird dem Schulausschuß überwiese

Eine Eingabe der Gartenstadt Hopfengarten, den Hopfenplatz durch Notstandsarbeiten auszugestalten, wird dem Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts zugewiesen.

Eine Eingabe des Reichsbundes deutscher Mieter deckt sich inhaltlich mit einem Antrag der Sozialdemokratischen Partei, der Mieterfragen behandelt und als Tagesordnungspunkt zur Verhandlung steht.

Der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe wendet sich gegen die Vergebung von Bautischlerarbeiten an auswärtige Firmen, wie das angeblich von Baugenossenschaften beliebt werde. Die Baugenossenschaften und der Verein für Kleinwohnungen bestreiten die Angaben der Eingabe in einer Zuschrift.

Als der Vorsitzende mitteilt, daß u. a. der Stadtv. Mann entschuldigt fehlt, geht durch die Versammlung ein Ausdruck ironischen Bedauerns.

Gruß an das befreite Rheinland.

Der Stadtv.-Vorsteher Baer gedenkt in einer kurzen Ansprache der geschichtlichen Befreiungsstunde der ersten Rheinlandzone und schlägt vor, folgende Adresse an die befreite Bevölkerung abzusenden:

> Den von schwerer Last und Bedrückung erlösten freien rheinischen Gebietsteilen sendet die Bevölkerung der provinzialsächsischen Hauptstadt Magdeburg durch Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung freudige Grüße und aufrichtige Wünsche. Das Vorbild eurer Treue fordert unsre Nacheiferung, in gemeinsamer Friedensarbeit für eine bessere deutsche Zukunft zu wirken. Möge recht bald die Stunde kommen, die alle Deutschen in einem freien Volke einigt.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird beschlossen, den Glückwunsch abzusenden. —

Notstandsarbeiten für Erwerbslose.

Für die vom Magistrat beabsichtigten Notstandsarbeiten sollen die Kosten und die Aufnahme von Darlehen bewilligt werden. Ueber die Magistratsvorlage haben wir vor einiger Zeit bereits berichtet. Es handelt sich um folgende Pläne:

Fortführung der Aufforstungen auf dem Gelände bei der Pumpstation und beim Biederitzer Busch zwischen Berliner Bahn und Militärschießständen;

Einfüllen der Wasserlöcher im Blumenthalswerder mit Müll und Schutt sowie Abdecken derselben mit Mutterboden;

Ausbesserung und Neubefestigung des zum Gesellschaftshaus des Vogelgesangs führenden Fußwegs nebst Herstellung von Tiergarteneinfriedigung;

Verlängerung der Grünanlage an der Schrote;

Neubepflanzung der Lübecker Straße von der Mittag- bis zur Kastanienstraße;

Ausgestaltung des Platzes zwischen Editharing und Hindenburgstraße;

Schaffung einer Grünanlage an der Enckekaserne;

Ausgestaltung der Vorgärten im Baugelände zwischen Encke- und Großer Diesdorfer Straße;

Errichtung von Spiel- und Sportplatzanlagen auf dem Fort 1;

desgleichen auf dem Zwischenwerk 3a;

desgleichen auf der Seilerwiese;

Instandsetzung des städtischen Teiles des Ravelingartens an der Walter-Rathenau-Straße und Hohepfortestraße zu Sonderturnzwecken;

Neubefestigung des Spielplatzes an der Umfassungstraße;

Einebnung des Großen Cracauer Angers als Flughafen, vorbehaltlich der befriedigenden Klärung der Pachtverhältnisse;

Bau von vier Radfahrwegen gemäß den Vorschlägen des Magdeburger Vereins für Radfahrwege.

Die Kosten der Arbeiten in Höhe von 385 200 Mark sollen gemäß den Bestimmungen des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt in der Weise aufgebracht werden, daß 20 Prozent gleich 77 040 Mark von der Stadt getragen werden unter Verwendung aus dem Etat 1926; der Rest von 308 160 Mark soll durch verlorne Zuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge und Darlehen aus Reichs- und Staatsmitteln gedeckt werden. Der Bau der Radfahrwege soll durch die vom Magdeburger Verein für Radfahrwege bereitgestellten 30 000 Mark und einen verlornen Zuschuß aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge finanziert werden.

Nach dem Bericht des Stadtv. **Assel** (Soz.) hat der Magistrat diese Pläne noch ergänzt durch den Ausbau von Fort 6a, wofür weitere 46 000 Mark benötigt werden.

Mit diesem Punkte wird die Beratung eines kommunistischen und folgenden sozialdemokratischen Antrags verbunden:

> Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, ein erweitertes Programm zur Aufstellung neuer Notstandsarbeiten der nächsten Stadtverordneten-Versammlung vorzulegen.

Der Antrag wird begründet vom

Stadtv. Bach (Soz.): Die geplanten Arbeiten genügen durchaus nicht bei dem jetzigen Umfang der Erwerbslosigkeit. Durch Aufnahme einer städtischen Anleihe müssen weitere Arbeiten ermöglicht werden. Der Redner behandelt dann ausführlich die Erwerbslosigkeit der Angestellten und fordert von der Rechten, daß sie ihren ganzen Einfluß ausnutzen möge, um bei der Industrie die Ueberstunden zu beseitigen. Nachdem beschäftigt er sich noch eingehend mit dem kommunistischen Antrag, der nur der Agitation diene.

Nachdem die Stadtvv. **Hennige** (Rechtsp.) und **Schüler** (Dem.) ihre Zustimmung erklärt haben, spricht

Bürgermeister **Paul** zur Vorlage. Er teilt mit, daß die von der Stadt geplante Auslandsanleihe vom Innenministerium genehmigt wurde und hofft, daß nach ihrem Zustandekommen weitere Arbeiten in Angriff genommen werden können.

Magistratsrat Böhme führt aus, daß Maßnahmen zur Linderung der Angestelltenerwerbslosigkeit sehr schwierig seien. Doppelverdienen und Ueberstunden einzuschränken, ist das Arbeitsamt ständig bemüht. Die Arbeiten der Vorlage können zum größten Teile in der nächsten Woche bereits begonnen werden. Insgesamt werden dann 502 Notstandsarbeiter beschäftigt, das sind 7 Prozent der Erwerbslosen-Unterstützungsempfänger. Wenn das auch nur ein geringer Prozentsatz ist, so sei er doch höher als in vielen andern Städten. Berlin weist z. B. nur 2 Prozent Notstandsarbeiter auf. Neben den Bemühungen der Stadt müssen andre Behörden Arbeiten in Angriff nehmen.

Die Vorlage des Magistrats und der sozialdemokratische Antrag werden dann einstimmig angenommen. Der Antrag der Kommunisten wird abgelehnt.

Städtische Reklamegesellschaft.

Ueber die Neuordnung des städtischen Reklamewesens berichtet Stadtv. **Hennige** (Rechtsp.). Die Stadt will eine Reklamegesellschaft ins Leben rufen, deren Betriebsführung nach wirtschaftlichen Grundsätzen erfolgen soll. Jeder Gewinn kommt dem städtischen Haushalt zugute.

Stadtv. **Plumbohm** (Soz.) sieht in der Schaffung einer solchen Gesellschaft eine gesunde Fortentwicklung der Gemeindewirtschaft und stimmt der Vorlage zu.

Nachdem auch die übrigen Fraktionen ihre Zustimmung erklärt haben und vom Magistrat einige Fragen beantwortet sind, wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Schnelle Arbeit.

Ohne große Aussprache erledigen die Stadtverordneten dann eine Anzahl nicht unwichtiger Vorlagen. Wir führen sie hier auf:

Für den Neubau zweier Schulküchen werden die entstehenden Mehrkosten von 15 000 Mark aus vorhandenen Mitteln bewilligt.

Die Neuwicklung des 3000-kVA-Transformators im Umspannwerk Diesdorf und Erhöhung des im Etat 1925 dafür vorgesehenen Betrags von 6000 Mark um 16 000 Mark wird beschlossen.

Zur Erneurung der Rohrsysteme in den Ekonomisern 1 und 2 im Elektrizitätswerk wird die Bewilligung von 35 000 Mark zu Lasten des Etats von 1926 ausgesprochen.

Die Aendrung und Neufassung der Verwaltungsgebühren-Ordnung wird genehmigt.

Der Aendrung des Ortsstatuts gegen die Verunstaltung der Straßen und Plätze der Stadt Magdeburg vom 4. Juli 1923 wird zugestimmt.

Die Bewilligung einer Stammeinlage von 7000 Mark zwecks Beteiligung der Stadt Magdeburg an der Luftverkehrs-Gesellschaft der Provinz Sachsen G. m. b. H. erfolgt.

Der Verpachtung der beim Schulhausneubau in Rothensee übrigbleibenden Fläche auf unbestimmte Zeit als Ackerland an den Landwirt W. Blumenberg vom 1. November 1925 ab wird zugestimmt.

Die Neuverpachtung der Ratskellerwirtschaft wird beschlossen.

Das neue Dienstsiegel.

Ueber die Absichten des Magistrats, ein neues Dienstsiegel herzustellen, haben wir unsre Leser bereits unterrichtet.

Stadtv. **Hennige** (Rechtsp.) wendet sich gegen die Neurung.

Stadtv. **Schüler** (Dem.) beantragt, daß das alte Stadtsiegel, was auf dem 10-Pfennig-Notgeld angewendet war, eingeführt wird.

Auf Antrag wird die Vorlage dem Haushaltsausschuß überwiesen, der einer kleinen Kommission die Vorarbeiten für die Schaffung des neuen Siegels übertragen soll. Dabei sollen möglichst die Formen der ältesten Stadtsiegel berücksichtigt werden.

Ausbau des städtischen Hotels.

Der Magistrat hat vor kurzem das Hotel Kaiserhof, Kutscherstraße 21, käuflich erworben. Ein Antrag der Rechtsfraktion ersucht den Magistrat, das Hotel durch bauliche Umgestaltung zu einem bessern Hotel einzurichten und einen hiesigen Privatarchitekten mit der Prüfung der baulichen Beschaffenheit des Hauses und zur Abgabe von Vorschlägen zur Ausgestaltung zu veranlassen. Dafür soll ein Betrag von 1500 Mark zur Verfügung gestellt werden.

Die Demokraten beantragen Zurückstellung der Angelegenheit bis zur Beratung des Etats für 1926.

Stadtv. **Plumbohm** (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß gewisse städtebauliche Fragen bei dem Ankauf des Hauses eine Rolle gespielt haben und daß diese nicht unberücksichtigt bleiben dürften, wenn man eine bessere Ausgestaltung wolle.

Der Antrag der Demokraten auf Zurückstellung der Sache wird schließlich angenommen, nachdem auch die Kommunisten und Völkischen dazu geredet hatten.

Mieterschutz und Mieterrechte.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

> Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit Rücksicht auf die von der Reichsregierung eingeleitete planmäßige Verschlechterung der Mieterschutzgesetze bei den gesetzgebenden Körperschaften dazu vorstellig zu werden, daß
>
> 1. die sofortige Zurückziehung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abändrung des Mieterschutzgesetzes sowie
> 2. die Aufhebung des § 27a der dritten Steuernotverordnung in die Wege geleitet wird.

Der Antrag wird begründet vom Stadtv. **Assel** (Soz.). Er führt aus: Neben Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bedrückt auch die Wohnungsnot die breiten Massen des Volkes. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf zur Verschlechterung der Mieterschutzgesetze eingebracht, obwohl gerade Verbesserungen viel mehr am Platze wären. Wie groß die Not ist, geht daraus hervor, daß in Magdeburg allein in 800 Räumungsklagen das Räumungsurteil erfolgt ist. Wenn die Landespolizeibehörde die Mieter trotzdem in die Wohnungen wieder einweist, tut sie damit nur ihre Pflicht, denn es wäre ein unerträglicher Zustand, wenn die Menschen auf der Straße liegen sollten. Der Redner hat dann harte Auseinandersetzungen mit den Hausbesitzerführern Dube und Sonnenberg, die in zahlreichen Zwischenrufen ihre Mieterfeindlichkeit zum Ausdruck bringen. Der Redner wendet sich dann gegen den § 27a der dritten Steuernotverordnung, der dem Reich die Alleinfestsetzung der Mietsätze überträgt. Es muß auch fernerhin den Ländern Gelegenheit gegeben werden, nach ihren besondern Verhältnissen den Mietzins festzusetzen. Die Mieterschutzgesetze als letzter Pfeiler der Zwangswirtschaft müssen im Interesse der breiten Volksmassen nicht nur erhalten, sondern verbessert werden.

Die Rechtsfraktion beantragt Ueberweisung des sozialdemokratischen Antrags an den Haushaltsausschuß. Die Demokraten schließen sich dem an.

Stadtv. **Plumbohm** (Soz.) legt Verwahrung gegen diese Verschleppungstaktik der bürgerlichen Fraktionen ein, die sich gegen rund 90 Prozent der Magdeburger Einwohnerschaft richte.

Die Kommunisten erklären ihre Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Antrag.

Stadtv. **Assel** (Soz.) meint, daß durch diese Verschleppung zum Ausdruck käme, auf welcher Seite die mieterfeindlichen und auf welcher die mieterfreundlichen Parteien säßen. Die Mieter mögen sich das merken.

Mit den Stimmen der Rechtsfraktion wird der sozialdemokratische Antrag des Haushaltsausschuß überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft. Es folgt eine nichtöffentliche Beratung. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 5. Februar 1926

Eine gefährliche Auffassung.

In der letzten Sitzung des Kaufmanngerichts Magdeburg kam eine Meinung des Gerichts zum Ausdruck, die für die Gewerkschaften eine große Gefahr bedeutet. Der Vorgang ist folgender: Einem jüngern Angestellten einer Magdeburger Industriefirma wird mit gesetzlicher Frist zum Jahresschluß gekündigt. Ende Dezember einigten sich die Parteien auf eine weitere Beschäftigung über den 1. Januar hinaus, mit einer vereinbarten schriftlichen Kündigungsfrist von 4 Wochen. Bekanntlich hat der Schlichtungsausschuß Magdeburg durch Spruch bei Angestellten unter 25 Jahren für das Jahr 1926 eine solche Möglichkeit zugelassen. Die Verbände haben dieses Urteil, um böseres zu vermeiden, seinerzeit angenommen.

Dem klagenden Angestellten, der noch nicht 25 Jahre alt ist, wird von der Firma im Januar zum 1. März gekündigt. Trotz der Abmachungen hält der junge Mann die 4wöchentliche Kündigung für ungültig und klagt vor dem Kaufmannsgericht. Nach Anhören beider Parteien gibt das Gericht, das eine solche Klage von den Verbänden niemals erhalten hätte, die Meinung kund, daß die Kündigung zu unrecht geschehen und die Abmachungen mit der Firma ungültig seien, da der Kläger — einer Organisation nicht angehöre. Die kollektiven Abmachungen auf 4wöchentliche Kündigungsfrist, so führte das Gericht aus, seien von den Verbänden abgeschlossen und daher für den Unorganisierten nicht rechtsgültig. Seine besondern Abmachungen seien durch die Verbindlichkeit des alten Tarifvertrags ebenfalls ungültig, so daß dem Kläger die Kündigungsfrist von 6 Wochen vor Quartalsschluß zustände. Diese merkwürdige Begründung blieb erfreulicherweise nur eine Meinungsäußerung, da durch eine von der Firma beantragte Vertagung das Urteil vorläufig vermieden wurde.

Die Auffassung des Gerichts ist nicht nur unlogisch, sondern auch höchst gefährlich. Unlogisch deshalb, weil die Wirkung der Allgemeinverbindlichkeit eines alten Vertrags, der durch einen neuen Abschluß überholt ist, nur für eine Gruppe, die an Tarifabschlüssen uninteressiert und unbeteiligt war, gelten soll. Unlogisch ferner, weil bei gleichen Abschlüssen und gleicher Willensmeinung zweier Angestellter verschiedenes Recht geschaffen wird. Das gefährliche dieser Meinung liegt in der Benachteiligung der organisierten Tarifparteien. Unter großen Opfern werden Verbesserungen für die Arbeitnehmer durch Abschlüsse erreicht, von denen die Unorganisierten leider zehren. Unter dem Druck furchtbarer Verhältnisse und der gestiegenen Macht des Unternehmertums ergeben sich durch Schiedssprüche staatlicher Stellen für die Arbeitnehmerschaft Verluste. Die Unorganisierten dagegen verlieren nichts. Sie haben weiterhin den Vorteil, der durch die Organisationen seinerzeit herbeigeführten Verbindlichkeit.

Wenn nach der obigen Meinungsäußerung durch Schiedsspruch der staatlichen Stellen eine Gehaltsherabsetzung vorgenommen wird, dann gilt diese nach der Meinung des Gerichts nur für die Organisierten. Die Unorganisierten erhalten nach wie vor selbst bei Verzicht auf die bessern Bedingungen die höhere Bezahlung auf Monate hinaus, bis von den Verbänden eine neue Allgemeinverbindlichkeit durchgesetzt ist. Nach dieser Auffassung würde also, wenn die Tarifparteien einen Verbindlichkeitsantrag nicht stellen würden, die Besserstellung der Unorganisierten ein Dauerzustand werden.

Gegen diese Auslegung, die eine starke Benachteiligung der Organisierten darstellt, müssen sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit wenden, denn es geht nicht an, daß die Arbeitnehmer, die durch Ablehnung der Verbandszugehörigkeit Geld sparen und vom Arbeitgeber noch besondere Vorteile zu erschleichen suchen, bessere Bedingungen vor den Gerichtsinstanzen erzielen. P.B.

Schiedsspruch für die Holzindustrie.

Zum Zwecke des Lohnabbaues haben die Bezirksverbände des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie die geltenden Lohnabkommen zum Ablauf Anfang Februar gekündigt. Das Tarifvertragswesen, das in der Holzindustrie schon eine jahrzehntelange Geschichte hat, hat hier eine etwas eigenartige Entwicklung genommen. Es bestehen etwa 20 Bezirkstarifverträge mit nahezu gleichlautendem Inhalt und daneben Lohnabkommen. Vertragsparteien sind die beiderseitigen Bezirksorganisationen. Es sind Bestrebungen im Gange, das Vertragswesen wieder zu zentralisieren, doch stehen der Durchführung dieser Pläne noch Hindernisse entgegen. Tatsächlich sind aber die Zentralvorstände an der Leitung der Vertrags- und Lohnbewegung hervorragend beteiligt. Die Tarifverträge sind auf Grund einer zwischen den Zentralvorständen getroffenen Vereinbarung bis 15. Februar 1927 verlängert worden. Dagegen waren die Lohnabkommen, die im Anschluß an die mißlungene Aussperrung im Sommer vorigen Jahres zunächst bis zum 15. Oktober abgeschlossen waren, von da an mit zweiwöchiger Frist kündbar. Mitte Januar wurden sie auf Anweisung der Zentralleitung des Arbeitgeberverbandes zum Ablauf Anfang Februar gekündigt.

Zwischen den Zentralvorständen wurde vereinbart, daß die Verhandlungen für alle Bezirke gemeinsam am 2. Februar in Leipzig geführt werden. Wenn auch die Fiktion der bezirklichen Verhandlung aufrechterhalten wurde, so wurde doch tatsächlich zentral vor dem Lohnamt der Holzindustrie verhandelt. Die Unternehmer hatten ihre Forderungen erst unmittelbar vor Aufnahme der Verhandlung bekanntgegeben. Sie gingen dahin, die Löhne überall auf den Stand vom Juni vorigen Jahres zurückzuschrauben. Das besagt, daß die Zugeständnisse, die zum Abschluß der Aussperrung im vorigen Sommer gemacht worden waren, rückgängig gemacht werden sollten. Der angesonnene Abzug beträgt im Durchschnitt etwa 18 Prozent. Außerdem wurde für eine Anzahl Vertragsbezirke eine Verschlechterung des Lohnschlüssels verlangt. Das heißt, die Abschaffung der Löhne für die einzelnen Ortsklassen, für die Altersgruppen und Altersklassen. Derartige Forderungen konnten nur für die Bezirke gestellt werden, in denen der Schlüssel ein Bestandteil des Lohnabkommens ist; in den meisten Bezirken ist diese Materie im Manteltarifvertrag geregelt und deshalb zurzeit unkündbar.

Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig. Von den Arbeitervertretern wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß sie keinem Lohnabzug zustimmen und gegebenenfalls auf den Neuabschluß von Lohnabkommen verzichten würden. Das aber wäre ein den Unternehmern sehr unerwünschter Zustand, insbesondere auch im Hinblick darauf, daß dies für den Zusammenhalt ihrer Organisation recht gefährlich wäre. Als am 2. Februar eine Annäherung der Parteien sich als unmöglich erwies, wurde der Stadtrat Dr. Hirsch ersucht, am 3. Februar die weiteren Verhandlungen als unparteiischer Vorsitzender zu leiten. Nachdem bis in die späten Abendstunden verhandelt worden war, verkündete er den Schiedsspruch, der dahin geht, daß alle Lohnabkommen bis zum 31. Juli 1926 verlängert werden. Dieser Spruch bezieht sich auf folgende Vertragsgebiete: Baden, Bayern, Brandenburg, Bremen, Kassel, Düsseldorf, Halle, Hamburg, Hessen und Hessen-Nassau, Köln, Niedersachsen, Freistaat Sachsen, Schlesien, Schleswig-Holstein, Stettin, Württemberg und Württemberg. Eine Nachprüfung des Vertragsinhalts soll unter gewissen Voraussetzungen in Köln noch den 31. März zulässig sein. Hinsichtlich der Lohnschlüssel sieht der Schiedsspruch einige unbedeutende Aenderungen gegenüber dem früheren Zustand vor. Den Parteien ist eine Frist bis zum 12. Februar gesetzt für ihre Erklärung zum Schiedsspruch.

Von dieser Regelung sind etwa 120 000 Arbeiter betroffen, die unter normalen Verhältnissen in den in Betracht kommenden Betrieben beschäftigt sind. Zurzeit herrscht auch in der Holzindustrie eine große Arbeitslosigkeit, doch scheint die Hoffnung auf eine bevorstehende Besserung nicht unbegründet. Für die Industrie dürfte es jedenfalls von Nutzen sein, wenn sie durch diese Verständigung in der bevorstehenden Zeit der Ankurbelung der [illegible] von Erschütterungen bewahrt bleibt. —

Achtung, Reichsbannerkameraden!

In den Zirkus-Lichtspielen wird ab heute der Film

„Freies Volk"

gegeben. „Freies Volk" ist der Film der Republikaner. Jeder Reichsbannerkamerad muß mit seiner Familie dieses Ereignis besuchen.

— **Der Film „Freies Volk"** wird von heute an in den Zirkus-Lichtspielen gegeben. Eine bedeutende Zeitung Westdeutschlands schreibt über diesen Film: Nicht im Drama, nicht in Buchform oder im Bilde kenne ich eine so packende und — leider — so wahre Gestaltung des Deutschlands von heute. Was die Zeitung bringt, was da doch zusammenhanglos und unlebendig bleibt, hier wird es Fleisch und Blut, hier gestaltet sich's vor unsern Augen: Trustbildung, Fusionierung von selbständigen Betrieben: Für wie viele bleibt das zeitlebens graue Theorie, langweiliger Wirtschaftskram. Hier ist's Fleisch und Blut, hier sieht man, wie der Großindustrielle es „schafft", und man sieht die segensreichen Früchte dieses Wirkens. Landarbeiterelend Tarifverhandlungen, wie blutlos ist das alles, wenn man's nur liest. Wie gewaltig packt es hier im lebenden Bild. Auch die Gegner sind vertreten, Großagrarier und Schlotbaron, Hakenkreuzbanden und reaktionäre Behörden; aber es ist das Hervorragende dieses Films, daß er auch ihnen und ihren Motiven gerecht zu werden sucht. —

— **„Der graphische Betrieb."** Die Ortsgruppe Magdeburg im Bildungsverband der deutschen Buchdrucker veranstaltet am Sonntag den 7. Februar von vormittags 9 bis 3 Uhr nachmittags in der Aula der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule, Brandenburger Straße 9, eine Ausstellung des 2. Internationalen Wettbewerbs „Der Graphische Betrieb" (1000 Entwürfe). —

— **Der Frauenwerbeausschuß** ließ am Donnerstag im „Wilhelmspark" in öffentlicher Frauenversammlung den Reichstagsabgeordneten Genossen Saenger (München) über das interessante Thema „Die Frau im neuen Strafrecht" sprechen. Die Versammlung war gut besucht. Genosse Saenger schilderte zunächst die Bedeutung des Strafrechts. Es ist ein Spiegelbild des gesamten Lebens des Volkes, also ein Gradmesser des kulturellen Standes des Volkes. Das Strafrecht für die einzelnen Vergehen und Verbrechen ändert sich im Wandel der Zeiten. Unser geltendes Strafrecht und auch der Strafvollzug sind völlig veraltet und rückständig. Der Gedanke der Rache beherrscht das heutige Strafrecht. Wir aber wollen, daß im Strafrecht der Gedanke des Schutzes der Gesellschaft und der bessern Erziehung der Menschen bestimmend ist. Das soziale Elend ist die Hauptquelle der Verbrechen. Die Verbrechen sind also eine soziale Krankheit. Im Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch ist das anerkannt. Durch Besserung der sozialen Verhältnisse muß man die Voraussetzungen für ein Abnehmen der Verbrechen schaffen. Verlangt muß werden: höchster Schutz für die sozial Schwachen und Schutz gegen jede körperliche und seelische Gewalt. Im Vortrag war auch die kriminalstatistische Darstellung interessant über die Ursachen der Verbrechen, über die Verteilung der Verbrechensarten auf die Geschlechter und die Einwirkung des Alkohols. Das Eherecht, die Bestimmungen zum Schutze der Frau und die hauptsächlichsten Straftaten der Frau wurden vom Vortragenden einzeln behandelt. Er schilderte zum Schlusse die im neuen Strafgesetzentwurf enthaltenen Bestimmungen und Strafen für Kindestötung, Verhütung der Empfängnis, Abtreibung, Nötigung und Unzucht, Prostitution und Kuppelei. Genossin Arning forderte die Frauen auf, dafür zu sorgen, daß dieser Gesetzentwurf, den die bürgerlichen Parteien bekämpfen werden, Annahme findet, denn er entspricht in vielen Teilen dem Rechtsempfinden des Volkes. Mit der Aufforderung, für das Volksbegehren gegen die Fürstenabfindung mit aller Entschiedenheit bei den Frauen zu werben, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen. —

— **Gegen Verunreinigung der Straßen.** Die Verschmutzung der Straßen mit Hundekot, die in letzter Zeit immer mehr zunimmt, bedeutet eine außerordentliche Gefahr für die öffentliche Gesundheit; besonders gefährdet sind Kinder. Im allgemeinen wie auch im Interesse jedes einzelnen muß daher dringend allen Beteiligten anheimgegeben werden, für möglichste Sauberhaltung der Straßen Sorge zu tragen. —

× **Wichtig für Kinovorführungen.** Gemäß Verfügung des Regierungspräsidenten dürfen Kinovorführungen unter Benutzung der für Wanderkinematographen zugelassenen Kabinen nur dann stattfinden, wenn die Kabine in einem vorschriftsmäßigen Vorführungsraum aufgestellt wird. Die Aufstellung einer Kabine außerhalb des Vorführungsraums ist im Fall eines Filmbrandes völlig illusorisch, da beim Verlassen der Kabine durch den Vorführer die entstehenden Flammen sowie der Qualm sofort in den Zuschauerraum dringen und so das Publikum aufs schwerste gefährden. Es wird darauf hingewiesen, daß Ausnahmen nicht gemacht werden können und die Bestimmungen aus sicherheitspolizeilichen Gründen streng durchgeführt werden müssen. —

Sozialdemokratische Partei.

Mitglieder, besucht die Mitgliederversammlungen!

Bezirk Süderburg. Am Montag abend 8 Uhr Frauenversammlung bei Fahrenkampf. Referent: Rechtsanwalt Hammerschlag. — Am Mittwoch abend 8 Uhr Funktionärsitzung.

Bezirk Süd. Am Mittwoch abend 8 Uhr Frauenversammlung im „Belvedere". Referent: Rechtsanwalt Hammerschlag.

× **Sonntagsruhe für Tabakwarenverkauf.** Die für das Friseurgewerbe freigegebenen Sonntagsgeschäftsstunden sind lediglich für die Ausübung dieses Gewerbes freigegeben. Ein Verkauf von Zigarren wie auch von andern Gegenständen darf in ihnen nicht stattfinden. In bezug auf diesen Verkauf unterhält der Friseur eine offene Verkaufsstelle neben seinem eigentlichen Friseurgewerbe, und diese offene Verkaufsstelle unterliegt der völligen Sonntagsruhe wie jede andre. In Schankwirtschaften darf an Sonntagen ein Verkauf von Tabakwaren nur so weit stattfinden, als dieser als Ausfluß der Schankwirtschaft anzusehen ist, d. h. lediglich zum sofortigen Verbrauch an Ort und Stelle. Der Verkauf von Zigarren usw. in Selterwasser- und ähnlichen Buden ist nicht Ausfluß der Schankwirtschaft. Dieser Verkauf fällt daher ausnahmslos unter die Sonntagsruhebestimmungen. Kontrollen sind angeordnet. —

— **Ungünstige Mitteilungen über Schüler.** Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" einem Erlaß des Unterrichtsministers entnimmt, muß unbedingt vermieden werden, daß schriftliche Mitteilungen ungünstigen Inhalts über die Kinder den Eltern oder Erziehungsberechtigten durch Schüler zugesandt oder daß diese mit der mündlichen Ausrichtung derartiger Bestellungen beauftragt werden. —

— **Wohlfahrtsbriefmarken.** In vorbildlicher Weise haben eine Reihe von Berliner Großbanken und Firmen ihre gesamte Geschäftspost für eine gewisse Zeit nur mit Wohlfahrtsbriefmarken frankiert. Ferner wurden von den Direktionen der Deutschen Bank, der Diskontogesellschaft, Darmstädter und Nationalbank und Dresdner Bank je eine Spende von 2000 Mark dem preußischen Landesausschuß der Deutschen Nothilfe überwiesen. Was in andern Bezirken hinsichtlich der Frankierung der Geschäftspost mit Wohlfahrtsbriefmarken möglich ist, dürfte auch im Regierungsbezirk Magdeburg trotz der ungünstigen Wirtschaftslage bei einer größern Zahl von Firmen durchführbar sein. Bei den Postanstalten ist mit dem 15. Januar der Verkauf eingestellt worden. Dagegen können bei den Wohlfahrtsämtern der Städte und den Kreiswohlfahrtsämtern die Marken nach wie vor bis zum 28. Februar d. J. bezogen werden. Die Gültigkeit der Marken läuft bis zum 31. März 1926. Bis zu diesem Zeitpunkt können alle Postsendungen nach dem In- und Ausland mit Wohlfahrtsbriefmarken frankiert werden. —

— **Elektromonteure und Hilfsmonteure!** Am Sonnabend den 6. Februar, abends 8 Uhr, findet bei Lüchtefeld die Branchenversammlung statt. —

— **Friedrich-Ebert-Bild.** Anläßlich des Todestages von Friedrich Ebert am 28. Februar ist im Verlag der Reichsdruckerei ein Bildnis des verstorbenen ersten Reichspräsidenten erschienen. Das 27 × 34 Zentimeter große Blatt zeigt den Kopf Eberts in einem fein durchgearbeiteten Original-Kupferstich des Berliner Graphikers E. Smith und wird in seiner lebenswahren, künstlerisch vollendeten Wiedergabe eine willkommene Gabe für die zahlreichen Freunde des ersten sozialdemokratischen Reichsoberhauptes der deutschen Republik sein. Das Bild ist durch alle Buch- und Kunsthandlungen zu dem billigen Preise von 2,50 Mark zu beziehen. Ferner ist eine Vorzugsausgabe mit Chinapapierauflage zum Preise von 5 Mark erschienen. —

× **Sachverständiger für Bierdruckapparate.** Zum Sachverständigen für die Untersuchung von Bierdruckvorrichtungen für den Regierungsbezirk Magdeburg ist in Magdeburg der Klempnermeister Gustav Scharioth, Letzlinger Straße Nr. 4, bestellt und als solcher vereidigt worden. Bierdruckvorrichtungen, die vom Sachverständigen selbst angefertigt, geliefert oder ausgebessert worden sind, dürfen von diesem nicht geprüft werden. —

— **Unfall bei der Arbeit.** Dem Dreher Richard B., Feldstraße 20, flog in einer Fabrik in der Weststraße bei der Arbeit eine Schraube derartig gegen die rechte Kopfseite, daß er eine Gehirnerschütterung erlitt und in besinnungslosem Zustand dem Krankenhaus Sudenburg zugeführt werden mußte. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Achtung, Spielleute Groß-Magdeburgs! Sonntag 10½ Uhr vollzählig Miama-Platz mit Schwalben. Besprechung (Hamburg).

Radfahrer-Abteilung Altstadt. Sonntag den 7. Februar, nachmittags ½2 Uhr, versammeln sich sämtliche Kameraden der Radfahrer-Abteilung auf dem Domplatz zwecks Ausfahrt. Alles muß erscheinen. Abfahrt ist pünktlich.

Abteilung Alte Neustadt. Sonntag den 7. Februar, vormittags 10 Uhr, treffen sich sämtliche Radfahrer der Abteilung zur Ausfahrt vor dem Vereinslokal.

Abteilung Alte Neustadt. Am Dienstag den 9. Februar Besuch der Filmvorführung „Freies Volk" in den Zirkus-Lichtspielen. Zahlreiche Beteiligung mit Frauen notwendig.

Abteilung Alte Neustadt. Sämtliche Hamburgfahrer müssen bis spätestens Sonntag den 7. Februar, morgens 10 Uhr, ihr Fahrgeld beim Kameraden Winter entrichten. —

Abteilung Buckau. Am Sonnabend den 6. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung der 2. Hundertschaft im „Westrestaurant". Erscheinen aller ist Pflicht! —

Abteilung Wilhelmstadt. Morgen (Sonnabend) abend 8 Uhr im Standquartier Versammlung der 1. und 4. Hundertschaft.

Kameraden, die noch mit nach Hamburg fahren wollen, können morgen abend im Standquartier beim Kameraden Hoffman das Fahrgeld bezahlen.

Theater, Konzerte, Vorträge 2c.

Heinrichshofen. „Die Front im Bilde." Kriegspanoramen von Professor Ernst Vollbehr. Täglich geöffnet von 8½ bis 7 Uhr. Eintritt frei.

Heinrichshofen. „Gemälde aus dem Kreise der Münchner Künstlergenossenschaft und Dom und Industriepastelle von Aenne Schaefer." 54

An der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

An alle! Am Sonnabend Baden von ½8 bis ½9 Uhr. — Sämtliche Gruppenveranstaltungen fallen Sonntag abend aus. Alles beteiligt sich am Lichtbildervortrag von Kurt Bieging im König-Wilhelm-Gymnasium, Falkenbergstraße. Beginn ½8 Uhr. Eintritt 20 Pfg. Konfirmanden frei. Bringt eure Eltern mit!

Gymnastik-Kursus. Anmeldungen können noch in der „Biene" und im Kursus, der am Montag in der Aula der Viktoriaschule beginnt, vorgenommen werden. Benutzt die Gelegenheit!

Altstadt. Am Sonntag Treffen zur Fahrt morgens 8 Uhr unterm goldenen Schwanz. Am Abend treffen wir uns um 7 Uhr auf dem Markt und gehen dann zum Lichtbildervortrag.

Buckau. Am Sonntag vormittag 9 Uhr im Franke-Jugendheim Funktionärsitzung. Nachmittags ¼4 Uhr treffen wir uns im Franke-Jugendheim zum Handpuppenspiel „Faust". Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Alle Mitglieder müssen pünktlich da sein!

Sudenburg. Heute abend 8 Uhr jüngere Arbeitsgemeinschaft bei Ernst Ertmer, Halberstädter Straße 81a. — Sonnabend gehen wir zum Baden. — Sonntag 2 Uhr: Tanz und Spiel auf dem Jungborn. Abends 8 Uhr: Lichtbildervortrag „Die Entwicklungsgeschichte". Treffen ½7 Uhr am Eiskellerplatz. — Am Dienstag 8 Uhr: Zeitungsabend. Schreibt alle Berichte!

Alte Neustadt. Sonnabend ¾7 Uhr Treffen am Handelshafen zum Baden. — Sonntag 8 Uhr Treffen am Handelshafen zur Fahrt ins Blaue. Abends ½7 Uhr Treffen am Handelshafen zum Lichtbildervortrag im König-Wilhelm-Gymnasium. Alle müssen ihre Eltrn und Konfirmanden mitbringen. — Dienstag ältere Gruppe 8 Uhr in der Schule Vortrag.

Spielgruppe. Sonntag abend 7 Uhr wichtige Zusammenkunft im Franke-Jugendheim. Die Musiker müssen ebenfalls da sein, weil wir die Veranstaltung für Mittwoch den 10. Februar in Barleben besprechen wollen. Am Montag fällt unsre Veranstaltung aus.

Wilhelmstadt. Heute (Freitag) Musikgruppe Uebungsabend bei E. Seeger. Treffen pünktlich ¾8 Uhr an der Ecke. — Am Sonntag gehen wir zum Lichtbildervortrag im König-Wilhelm-Gymnasium vom Heim aus.

Arbeitsgemeinschaft Buckau fällt heute (Freitag) aus.

Lesezirkel. Die Zusammenkunft am Montag muß abermals ausfallen, da der Referent verreist ist. — Die Museumsbesichtigung findet nicht statt.

Neue Neustadt. Sonntag abend 7 Uhr Treffen Nikolaiplatz zum Lichtbildervortrag. — Montag 8 Uhr wichtige Funktionärsitzung bei W. Brommann, Rosenthalstraße 1. Erscheinen ist Pflicht!

Gruppenkassierer. Sofort die Januar-Beiträge abrechnen!

Jungsozialisten. Heute (Freitag) abend 8 Uhr im „Steinernen Tisch" (Vereinszimmer) Vortrag des Genossen Voigt über Weltwirtschaftsfragen.

Kommission für Feste und Feiern. Am Dienstag um 6 Uhr im Jugendsekretariat.

Erweiterter Hauptvorstand. Mittwoch den 10. Februar, abends 8 Uhr, Sitzung im Franke-Jugendheim.

Denkt an die Osterarbeit!

Stadttheater.

Auf den am Sonntag vormittag stattfindenden Vortrag des Herrn Professors Ludwig Büllner, dessen Name in der Literatur Weltruf genießt, sei an dieser Stelle nochmals besonders hingewiesen. Die Vormittagveranstaltung, deren Programm bereits bekanntgegeben wurde, beginnt pünktlich 11½ Uhr. Die Eintrittspreise sind so niedrig gehalten, daß jedem Literaturfreunde die Möglichkeit eines Besuchs geboten ist.

Mitteilungen der Buchhandlung Volksstimme.

Neu erschienen.

Das Heidelberger Programm. Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie. 1 Mark.

Wieder vorrätig.

G. Finckh: **Der Kampf um den Eberest.** Ganzleinen. 205 Seiten. 90 Abbildungen, einer Aufstiegsskizze und zwei Karten. 11 Mark. — Spranger: **Lebensformen.** Geisteswissenschaftliche Psychologie und Ethik der Persönlichkeit. Ganzleinen. 450 Seiten. 14 Mark. — W. Bötel: **Verlobung und Ehe.** (Rechtsverhältnisse.) 1,20 Mark. — Schrader: **Richtig Deutsch.** Sprechen und Schreiben. Praktisches Nachschlagebuch und Unterrichtsbuch. 2 Mark. — Manes: **Die sexuelle Not unsrer Jugend.** 65 Seiten. 1,20 Mark. — London: **König Alkohol.** Autobiographischer Roman. 300 Seiten. Ganzleinen. 6 Mark. — K. Hesse: **Der Feldherr Psychologos.** Ein Suchen nach dem Führer der deutschen Zukunft. 205 Seiten. 5,40 Mark. — Meyer: **Hochtouren im tropischen Amerika.** Halbleinen. 160 Seiten. Viele ganzseitige Bilder. 2,80 Mark. — H. Reimann: **Sächsische Miniaturen.** Mit 14 Zeichnungen von H. Grosz. 2,50 Mark. — Brzozewski: **Flammen.** (Aus den hinterlassenen Aufzeichnungen des M. Kantowski.) 2 Bände. 840 Seiten. Ganzleinen. 5 Mark. —

UT Storchstraße

Heute bis Montag
Persönliches Gastspiel der allbeliebten Filmkünstler
Mia Pankau und
Charles Willy Kaiser
in der großen prickelnden Operette von Paul Lincke.
Am Hochzeitsabend
Jubel — Laune — Stimmung. Neue einschmeichelnde Weisen u. Schlager.
Außerdem im herrlichen Filmprogramm:
Jackie der Lausbub
Die Geschichte eines echten, rechten Straßenjungen. Ferner Harald Lloyd
„Er" als „Dr. Jack"
Lachen über Lachen. Lachen über Lachen.

UT Schönebecker Str.

Gustav Trombke
der unverwüstliche Berliner Komiker
ist wieder da und spielt auf der Bühne
seinen lustigsten Skeich:
Die Frau mit dem dunklen • Punkt
Dazu
Harry Piel
in seinem Meisterstück höchster Sensationen:
Der Mann ohne Nerven
7 Akte in und über den Wolken.
Ferner noch
Affenliebe
die urdrollige Foxgroteske.

UT Feldstraße

Tom Cooper, der Meisterboxer
Das Drama eines Weltmeisterschafts-Kampfes.
Um des Bruders willen
Fesselndes Abenteuer.
Die Schule der Kokotten
Ein ebenso spannendes wie ergreifendes Sitten-Drama

Steinerner Tisch.
Sonnabend den 6. Februar
Großes Kappenfest
— Neue Kapelle. —
Freundlichst ladet ein H. Bester.

Stadttheater
Sonnabend, 6. Februar
Anf. 7½ U., Ende g. 10 Uhr
2. Abend
Carmen
Oper von G. Bizet.
Sonntag, 7. Februar
vormittags 11½ Uhr
Literarische Morgenveranstaltg.
Prof. Ludwig Wüllner
Rezitation.
Anf. 7½ U., Ende g. 10 U.
3. Abend
Fra Diavolo.

Geißlers Tanzinstitut
Schrotdorfer Str. 9/10, Saal im Hause, erteilt täglich sowie auch Sonntags Unterricht und lernt allen Personen von 14 b. 55 Jahren ohne Ausnahme in 3 bis 3 Stunden unter Garantie tanzen, darum auch wichtig für auswärtige Schüler.

Holsteiner Hof
Heinrichstraße 23
Heute Sonnabend
Preisskat
Anfang 8.30 Uhr abends
B. Fendt.

Wilhelm-Theater
Offene Vorstellung
Sonntag 7. Februar,
abends 8 Uhr
Einmalig. Gastspiel
Alexander Moissi
mit eignem Ensemble in
Gespenster.
Sonnabend, 5. Februa
Vorst. f. d. Bühnenvolksb
(Gl. Kanneles Himmelfahrt.

Fr.-Unterröcke a. Velour 2.20, Fr.-Beinkleid, ditto, 1.90, g. Gebrch. w. Wäschefabr., Johannisfahrtst. 5.

Jägerhof-Grünewalde.
Jeden Sonntag Tanz.
Bringe außerdem mein gut eingerichtetes Café in empfehlende Erinnerung. Ernst Bise o.

Anmeldungen für den Bücherkreis nimmt an Buchhandlung Volksstimme.

Meine Freunde und deren Frauen
sind hiermit zum Sonntag eingeladen zu einem guten Glas Bier
u. einem gemütlichen Skat
im Hotel Neustädter Bahnhof
342 G. Böhme.

Tadellos frische
Buschhasen
Rücken, Keulen, Läufe, Klein
Reh-, Rot- und Schwarzwild
Mastgeflügel — Wildgeflügel
Versandhaus E. Wieprecht,
Schwibbogen 4. Fernspr. 567
Sämtl. Wild u. Geflügel lagert in meinem der Neuzeit entsprechend eingerichteten Gefrierraum.

Restaurant Schweizerhof
Kürfürstenstraße 32.
Sonnabend und Sonntag
Großes Bockbierfest
Erstklassige Unterhaltungsmusik!
Stimmung! — Humor! 106
Es ladet ein Otto Fabrenkampf.

Und wenn alle

andern kleinmütig unter der wirtschaftlichen Not zusammensinken — wir recken den Kopf in die Höhe im Bewußtsein unsrer Verantwortung — wir wagen um dieser Verantwortung willen das noch nicht Dagewesene — wir stellen alle 8 Tage ein Buch weit unter unserm Selbstkostenpreis zur Verfügung, damit es sich jeder trotz aller Not erwerben kann.

Als zweites
„Buch der Woche"
bieten wir in beschränkter Auflage für die Zeit vom 8. bis 14. Februar
Joseph Maria Frank:
Neckarfahrt
in acht Tagen durch ein Jahrtausend
Das Buch der erwanderten Geschichte.
Mit 21 Kunstblättern
kartoniert statt Mark 2.50, nur 0.90
— Nur soweit der Vorrat reicht! —

Bestellen Sie sofort unter Einsendung des Betrages zuzüglich 10 Pfg. Porto bei der
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Gr. Münzstr. 3.

Bestellungen, die nach dem 14. Februar einlaufen, beliefern
wir nicht!

DAS SIND DIE VORTEILE

1. Niedrige Preise für Qualitätswaren
2. Hohe Kulanz
3. Kleinste Anzahlung
4. Bequemste Teilzahlung
5. Grosse Auswahl

Backfisch- u. Damen-Mäntel
aus Flausch, Mouliné, Cotelé — aparte Macharten
früherer Verkaufspreis 22 bis 60 Mk.

Jetzt Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
7.50	9.75	15.-	22.-

Ein Posten Tuch-Eskimo-Mäntel vorzügl. Qualität Mk. **28.-**
Ein Posten Velour de laine-Mäntel auch mit Pelzbesatz Mk. **48.-**
Seal-Plüsch-, Krimmer-Mäntel, imit. Biberett-Jacken enorm billig.

Entzückende Straßen-, Gesellschafts-, Tanz-Kleider
in Wolle, Eolienne, Samt und Seide, in allen Modefarben.

Kostüme
für Straße und Sport, aus Donegal, Cheviot, Twill, Wollrips, Burberry, Velour de laine
18.— 25.— 32.— 39.— 45.— 52.— 65.— 75.— 88.— Mk.

Gummi-Mäntel für Damen u. Herren

Herren-Sakko-Anzüge
aus gemusterten und einfarbigen Stoffen, tadellose Paßform
29.— 35.— 42.— 52.— 58.— 65.— 72.— 82.— 95.— Mk.
Tanz-, Smoking-, Frack-, Gehrock-Anzüge, Cutaways, Burschen-, Jünglings- und Kinder-Anzüge, Streifenhosen, Breecheshosen, Windjacken.

Auf sämtliche
Herren-Ulster, -Rockpaletots und -Joppen
15 Prozent Rabatt!

Reiche Auswahl in
Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Samten, Weißwaren
Baumwollwaren, Inletts, Bettwäsche, Leibwäsche
Tischwäsche, Trikotagen, Wollwaren, Oberhemden

Teppiche und Gardinen
in Axminster, Velour, prima Axminster, Haargarn, Woll-Perser. Größen ca. 130/200, 170/240, 200/300, 220/320, 250/350, 300/400
Vorlagen und Brücken
Fellvorlagen

Künstler-Gardinen
in Englisch Tüll, Etamin, Madras
Halbstores
in Englisch Tüll und Etamin, Gardinenstoffe vom Stück, Rollostoffe in weiß, creme, gold

Chaiselongue-Decken, Tischdecken
Steppdecken, Wandbehänge

Zur Konfirmation
Konfirmanden- und Prüfungskleider in Wolle, Seide und Samt
Konfirmanden- und Prüfungsanzüge in blau und farbig
Konfirmanden-Tag- und Nachthemden, Beinkleider, Prinzeßröcke
Kleiderstoffe, Seidenstoffe und Samte

Ausweispapiere sind nach erfolgtem Kauf in meinem Kontor vorzulegen.

Seltenen günstige Zahlungs-Bedingungen.

Waren für	30 Mk.	Anzahl.	6 Mk.	Wochenrate	2 Mk.	oder monatl.	8 Mk.
Waren für	50 Mk.	Anzahl.	10 Mk.	Wochenrate	3 Mk.	oder monatl.	10 Mk.
Waren für	75 Mk.	Anzahl.	15 Mk.	Wochenrate	4 Mk.	oder monatl.	15 Mk.
Waren für	100 Mk.	Anzahl.	20 Mk.	Wochenrate	5 Mk.	oder monatl.	20 Mk.
Waren für	150 Mk.	Anzahl.	30 Mk.	Wochenrate	8 Mk.	oder monatl.	30 Mk.
Waren für	200 Mk.	Anzahl.	40 Mk.	Wochenrate	10 Mk.	oder monatl.	40 Mk.

Gekaufte Waren können sofort mitgenommen werden.

Auswärtige Kunden erhalten Waren zu gleichen Bedingungen.

Staats- u. Kommunalbeamte besondere Vergünstigungen in der Zahlungsweise.

Kaufhaus Diskret
Alte Ulrichstraße 14 :: Nur 2. Etage
Bei Barzahlung 15 Prozent Ermässigung!

ZENTRAL
Täglich 7½ Uhr:
Das Weib im Purpur
Katharina II., die große Zarin
mit
Karinska und Dolinoff
vom Casino de Paris als Gäste.
Sonntags 2 Vorstellungen
3½ Uhr (kleine Preise) und 7½ Uhr
Siebentägiger Kartenvorverkauf

Zentraltheater - Restaurant
Heute Sonnabend und morgen Sonntag
Großes Bockbierfest
in den bayrischen Alpen!
Konzert der Kapelle Jean M. Neago
Bayrische Bauernkapelle. Zitherspieler.
Grosartige Alpendekoration und Ausschmückung sämtlicher Räume
Bayrische Bedienung.
Lustige Vorträge von
Karl Waterstradt
Viele Ueberraschungen!
Ausschank des berühmten Reichelbräu-Doppelbockbieres.

FÜRSTENHOF ARKADIA
Freitag, 8 Uhr 2. letzten Male **Ein Frühlingstraum.**
Morgen Sonnabend 8 Uhr
Künstlerfest: Gesindeball
Ball der Wiener Wäschermadln, Zofen, Bäuerinnen, Dienstmädchen, Lehrbuben, Soldaten, Chauffeure, Diener, Reitknechte usw usw
Auch Herrschaften sind eingeladen.
D. unübertr. Karneval-Programm
Kabarett — Varieté — 2 Kapellen
Gastspiel Geraldo u. Gerda, — Claire Fritschelli — Mac Rauls. — Der tolle Sketch: D. Wunder-Elixier, v. Kama.
Karten: 1.20 ℳ für d. gesamte Veranstaltung
Sonntag 3½ Uhr: **Rumpelstilzchen**
Vorverkauf 11—12 Uhr

Lödischehofstraße 8.

Diese Woche die letzten
Ia. Buschhasen
Rücken — Keulen — Läufe
Gekröse
fette zarte **Hühner** zur Suppe Frikassee
Hähnchen, Poularden, jg. u. alte Tauben
Ia. Mastputer, Fasanen Perl-, Schnee- u. Birkhähne
A. Hermann Nachf.,
Inhaber: Rud. Keseberg.
Lödischehofstr. 8. Fernsprecher 1069

Empfehle: Prima
zollfreies Gefrierfleisch
Kochfleisch 60 Pfg. Gehacktes 70 Pfg.
Rostbeef 70 Pfg. Schmorfleisch 80 Pfg.
Rouladen 90 Pfg.
Hausmacher-Wurstwaren
Hans Germershausen, Fleischermeister
Otto-von-Guericke-Straße 66.

Heute
Sonnabend
Getragene Jacketts 3.00 ℳ, getrag. Anzüge 5.00 ℳ, getragene Hosen 2.00 ℳ, getragene Westen von 1 ℳ an bei
Max Eckstein
Königshofstraße 5.

Möbel und sämtliche Tischlerarbeiten werd. gut u. preiswert ausgef., Teilzahlung gestatt., bei Otto Schulze, Werftst. 14

Romane
in jeder Preislage empfiehlt
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg,
Große Münzstraße 3

Männerbarchenthemden gute feste Ware 2.45
Frauenbarchenthemd. 1.95
Wäschef. Johannisfahrtst. 5

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.
Am Sonnabend den 6. Februar, abends 8 Uhr, findet bei Lüchtefeld, Knochenhauerufer 27/28, die 56
Branchenversammlung der Elektromonteure und Hilfsmonteure statt.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten.
Am Sonnabend den 13. Februar, abends 7½ Uhr, findet bei Lüchtefeld, Knochenhauerufer 27/28, das
Kappenfest
für die Branchen der Klempner, Installateure und Elektromonteure statt.
Die Verwaltung.

Gartengenossenschaft Hoffnung E. G. m. b. H. Magdeburg.
Am Montag, 22. Februar, abends 8 Uhr, im Saale des Klostergraben-Restaur., Kruppstr.
Ordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Verlesung der Niederschrift der letzten Generalversammlung — 2. Verlesung des Geschäfts-, Kassen- u. Revisionsberichts — 3. Genehmigung der Bilanz usw und Entlastung des Vorstandes — 4. Wahl der Vorstands- u. Aufsichtsratsmitglieder. — 5. Eingegangene Anträge — 6. Beschlußfassung über Beitritt zum Reichsverband. — 7. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch ist als Ausweis vorzuzeigen.
Es ladet ein
Der Aufsichtsrat.
I. A.: W. Oettmer, Vorsitzender.

Besonders billig:

Bücklinge

ganz frisch eingetroffen Pfund **30** ₰

Würstchen

Heines Halberstädter Würstchen	Paar 28 ₰
Heines Halberstädter Würstchen	Dose 3 Paar 80 ₰
Heines Halberstädter Würstchen	Dose 5 Paar 145 ₰
Heines Bockwurst	Dose 5 Stück 140 ₰
Heines Bockwurst	Dose 10 Stück 280 ₰

Marinaden

Bratheringe	1 Liter, ca. 2-Pfund-Dose 82
Bismarckheringe	1 Liter, ca. 2-Pfund-Dose 82
Rollmops	1 Liter, ca. 2-Pfund-Dose 82
Sardinen	1 Liter, ca. 2-Pfund-Dose 75
Hering in Gelee	1 Liter, ca. 2-Pfund-Dose 88

Molkereibutter allerhoch feinste frischeste **dänische** . . Pfund **215**

Limburger Stangenkäse . . . . . Pfund **65**

Extra-Qualität Pfd. **100**

Schmalz allerfeinstes Pure Lard . . . . . Pfund **90**

Margarine

Marke I	Pfund 55 ₰	Blauband	Pfund 100 ₰
Tirola	Pfund 70 ₰	Blumenkrone	Pfund 100 ₰
Zida	Pfund 85 ₰		

Palmbutter sehr feines Kokospflanzenfett . . . . . Pfund **65**

Süßweine

	¼ Fl.	½ Fl.		¼ Fl.	½ Fl.		¼ Fl.	½ Fl.
Muscatel (hell, goldfbg.)	1.80	—	Priorato (dunkel)	2.00	—	Sherry pale	2.25	1.20
Feinst. blutroter Süßwein	1.95	1.10	Insel Samos (hell)	2.20	—	Douro-Portwein, ca. 20%	3.50	1.80
Tarragona (goldfarbig)	2.00	—	Malaga (goldfarbig)	2.25	1.20	Insel Madeira	3.70	1.90

Kaffee frisch geröstet

			Pfd.
Nr. 3 od. Extramarke sehr fein		¼ Pfd. 75 Pf.	300 ₰
Nr. 2	allerf. Mischung	¼ Pfd. 85 Pf.	340 ₰
Nr. 1	allerf. Mischung	¼ Pfd. 95 Pf.	380 ₰
Nr. 1a	allerf. Mischung	¼ Pfd. 105 Pf.	420 ₰

Kakao

Nr. 6	Pfund 40 ₰
Hausmarke	Pfund 70 ₰
Nr. 5	Pfund 95 ₰
Nr. 4	Pfund 130 ₰
Hausweidt-Kakao Favorit	Pfund 120 ₰
Grünwappen	Pfund 160 ₰
Goldwappen	Pfund 240 ₰
Maurion-Kakao	Pfund 160 ₰

Waren-Verein

G. m. b. H.

Mein Inventur-Ausverkauf

bietet bei **außergewöhnlich niedrigen** Preisen nur Ware von **besonderer Güte.**

Georg Jahn, B. Ramdohr Nachfl.
Schönebeck

110

Schönebeck. **Schönebeck.**

Spezialgeschäft für

Handschuhe

sowie sämtliche Herren-Artikel

Paul Kienast

Böttcherstraße 1 **Ecke Salztor**

Pfand-Versteigerung!

Am Mittwoch d. 17. Februar, nachmitt. 2 Uhr
alle Pfandsachen von den Monaten
Oktober und November 1925
Nr. 93134 bis Nr. 94798.
und die Nr. 90984, 91033, 92108, 92178.

Erneurungen
nur bis Dienstag, 16. Februar 1926, mittags 12 Uhr.

Leihhaus A. Hülsenhaus,
Weinstadtstraße 5a, 1Tr.

Schönebeck. **Schönebeck.**

Nur noch Freitag und Sonnabend

Inventur-Verkauf

10% Rabatt

Paul Altvater, Breiter Weg 5
Spezialgeschäft für Leder und Lederwaren

Schönebeck.

Empfehle zum **Inventur-Ausverkauf** zu herabgesetzten Preisen: **Rauchtische, Klubtische, Nähtische, Postamente, Blumenständer, Chaiselongues, eichene Betten, Herrenzimmer usw., Möbel u. Polstermöbel** a. eign. Werkst.
Besichtig. erbeten Teilzahl. gestattet.
Kein Laden! **Kein Laden!**
Fritz Voigt Möbeltischlerei Steinstraße 46.

Schönebeck. **Schönebeck.**

Restaurant zur Steinhalle.
Steinstraße Nr. 51.

Empfehle:

Ia. Nordhäuser gelb und weiß, 35% Vol.	Liter	2.40
Ia. Weinbrand-Verschnitt 38/40% Vol.	Liter	2.80
Ia Rum-Verschnitt 40% Vol.	Liter	3.40

Flaschen bitte mitbringen.

Walter Fischer.

Gebr. Möbel, Fahrrd., Wäsche
Neue
Federbetten
Bettstück 9.50
Deckbett 11.50
Deckbett 12.75
Deckbett 14.50
und besser Einz.
Kissen 4—5 ℳ
Bettdg. Betten
30 35 40 45 50 ℳ
und besser.
Fahrgeld wird vergütet.
Max Eckstein jr.
Königshofstr. 5 b.

Burg. **Burg.**

Junges fettes Fleisch u. Kohlenfleisch

sowie sämtliche Wurstwaren empfiehlt

W. Ohlrogge, Burg Oberstraße 7 Telephon 781

Gardelegen **Anzeige.** **Gardelegen**

Zwecks Gründung einer

Ziegenbock-Genossenschaft

findet am **Montag den 8. Februar, abends 8 Uhr,** im **„Tivoli"** eine

öffentliche Versammlung

statt, wozu sämtliche Ziegenhalter hiesiger Stadt eingeladen werden.

239 **Der Magistrat.**

Arbeitsamt

im rheinisch-westfäl. Industriegebiet

sucht A243

zum baldigen Eintritt einen in Theorie und Praxis erfahrenen

Berufsberater

der befähigt ist, auf diesem Gebiet Ersprießliches zu leisten. Zugleich wird gesucht eine ebenfalls praktisch erfahrene

Arbeitsvermittlerin

der bei Eignung die

Berufsberatung

der weiblichen Jugend übertragen wird. — Ausführliche Bewerbungen sind zu richten unter K H 501 an die Geschäftsstelle der Westf. Allg. Volks-Zeitung, Dortmund.

Heute eingetr.: **Starke Ferkel, Fälle** u. große Futterschw., g. Fresser. Verk. billig. Transp. frei Best. achw. **Ernstadt,** Stendal I, Telfz & Söhne.

Ausziehtisch, neu, preiswert zu verkaufen bei Schulze, Berstr. 14

---

2 neue Maskenball-Kostüme, Gr. 42 u. 44, zu verleihen bei **Oppenheim,** Jakobstr. 40, 2 Tr.

Bettfeg. m. 22.8.50, Bettfedern 2 m 1.25 Bettcheln, Johannisstraße 5.

Bettstelle m. Matr., Ausziehtisch verkauft Handke, Kreuzerweg 18.

Kartoffeln
gelb- u. weißfleisch. lief.
H. Kuntentreter
Fernsp. Stephan 425/27

Gesucht wird
Photograph
zur erstklassigen Kraft, Alter nicht über 35 J. für Behörde (Hochbau) zu Dauerstellung f. sof. Beschäftigung nach Gruppe 5 evtl. 6 Bezirksbel. Schriftliche Bewerb. m. selbstgef. Photograph. erbeten Arbeitsamt Magdeburg (Oeff. Arbeitsnachweis)

Standesamtliche Nachrichten.
Magdeburg-Altstadt.
Todesfälle. 5. Februar. Kaufmann Hans Schmidt aus Neuwegersleben, 35 J. Witwe Friederike Deye geb. Hojang, 71 J. Schmied Albert Troch, 49 J.

Sarg-Göthling
Neustadt, Lübecker Str. 103.
Beste Bedienung. 218
Konkurrenzlose Preise.
Größte Auswahl.
Eigenes Fuhrwesen. Kranzwagen.
Lieferant der Stadt Magdeburg für die Krankenhäuser und das Versorgungsheim.

Leib- und Bettwäsche
aller Art aus eigener Spezialfabrikation **außerordentlich preiswert.**
Nur gute Gebrauchswäsche.
Wäschetuch-Fabrik Johannisstraße 5 neben Wilhelm-Theater u. Rathaus.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Anteilnahme bei dem Begräbnis meines lieben Mannes sagen wir dem Landarbeiter-Verband, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und dem Männer-Gesangverein Eintracht unsern herzlichsten Dank. 229

Magdeb., den 4. Februar 1926.

In tiefer Trauer

Hermine Wiehe nebst Sohn

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Anteilnahme beim Begräbnis unsers lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichen Dank. Besonders Dank der Direktion der Firma Krupp und seinen Kollegen des Stahl- und Walzwerks, dem Heizer- und Maschinisten-Verband, dem Naturheilverein Sudenburg, den Bewohnern des Hauses Kreuzweg 10, dem Reichsbanner, Abteilung Sudenburg, und auch der Mädchenklasse der weltlichen Schule.

In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen

Wwe. Emma Fahse geb. Arnold nebst 2 Kindern

Am Donnerstag, morgens 8¾ Uhr, verschied nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe treue, gute Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Emma Peters

geb. Franke

im 49. Lebensjahr.

Magdeburg-Reform, den 4. Februar 1926.

In Namen der trauernden Hinterbliebenen

Hermann Peters und Kinder

Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Februar, vormittags 10½ Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.

Statt Karten.

Da es uns nicht möglich ist, allen für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer **silbernen Hochzeit** wie **Verlobung** persönlich zu danken, sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Rogätz, den 4. Februar 1926. 226

August Marx und Frau.
Rudi Marx und Paula Müller.

Schetzer's billige Volkswoche

Jakobstraße 8 und Breiter Weg 118

wird fortgesetzt, soweit Vorrat

Untertaillen mit Stickerei	35 ₰
Kinder-Hemden für Knaben u. Mädchen, Gr. 40-55, durchweg	62 ₰
Damen-Hemden etwas angestaubt	75 ₰
Prinzeßröcke mit Hohlsaum	1.75
Hemdhosen mit Hohlsaum	1.95
Damen-Nachthemden richtige Länge	2.90

1 Posten Bettbezüge mit 2 Kissen komplett **6.75**

Manchester-Anzüge grau und braun	27.50	24.50
Bozener Mäntel		12.50
Restposten Herren-Schlüpfer		10.50
Manchester-Kinderanzüge		10.75
Joppen warm gefüttert		9.50

Beachten Sie bitte meine Auslagen in beiden Geschäften!

Nachrichten aus der Provinz.

Deutschnationale Polenpolitik.

Es ist hinreichend bekannt, daß der Großgrundbesitz in den letzten Jahren in ständig zunehmendem Maße polnische Wanderarbeiter auf seinen Gütern verwandt hat. Die amtlichen Ziffern hierüber weisen die volle Zahl der Wanderarbeiter keineswegs vollständig aus; vielmehr ist es gewiß, daß eine große Zahl nicht registrierter Wanderarbeiter in Deutschland sich aufhält und ständig von neuem über die Grenze strömt. So beschrieb vor einigen Wochen die „Frankfurter Zeitung" anschaulich den großen Menschenschmuggel, der an der deutsch-polnischen Grenze ständig vor sich geht. Wir zitieren aus diesem Artikel die letzten Sätze: „So strebt denn kurz vor Wintersantritt eine wahre Völkerwandrung den Grenzämtern zu. Nicht selten sind es 50.000 Menschen, die von einem Grenzamt abgefertigt werden müssen. Und während sie zurückfluten in ihr Vaterland, kommt schon wieder der Menschenschmuggler zu ihnen, um neue Abschlüsse für die nächste Saison zu tätigen." Die deutsche Seite dieses Menschenschmuggels beleuchtet trefflich eine Anzeige in der „Deutschen Tageszeitung", dem maßgebenden Organ des Reichslandbundes:

Polnische Landarbeiter!

Verh. Aufseher (Pole), seit 1908 in Deutschland, der selbst Arbeitskräfte holt, sucht sof. Stellg. Kann sof. einige Arbeiter mitbringen. Letzte Stellung 3 Jahre mit 35 Arbeitern. Angebote mit Angabe von Lohn und Deputat für Aufseher und Arbeiter an Franz Rosno, Ebstorf, Kr. Uelzen, Schafstall.

Mit dieser Anzeige muß man aber eine Notiz des „Amtlichen Preußischen Pressedienstes" vergleichen, in der es unter anderm heißt:

Eine große Anzahl nicht legitimierter Wanderarbeiter treibt sich in der Altmark umher und findet Unterschlupf bei andern Wanderarbeitern, die aus Furcht vor den Rädelsführern diese nicht namhaft machen . . . Bei einer Streife wurden im ganzen 84 polnische Wanderarbeiter festgenommen, davon 76, weil sie keine Legitimation hatten, 5 wegen des Verdachtes der Begünstigung an einem Morde, zwei wegen Verdachtes der Hehlerei und einer wegen unerlaubten Waffenbesitzes.

Ein Kommentar hierzu ist eigentlich überflüssig. Immerhin wollen wir jedoch darauf hinweisen, daß es einem deutschnationalen Blatte wie der „Deutschen Tageszeitung" sehr schlecht ansteht, um des Geschäftsinteresses wegen Anzeigen aufzunehmen, die der angeblichen Gesinnung so außerordentlich widersprechen.

Wir wollen aber diese Gelegenheit benutzen, um darauf hinzuweisen, daß die Frage der polnischen Wanderarbeiter zu einer überaus großen Gefahr für die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung des deutschen Ostens überhaupt wird. Wir stellen die Anfrage an die preußische Staatsregierung und an den Reichslandbund, ob es wahr ist, daß im deutschen Osten vielfach polnische Arbeiter von deutschen Großgrundbesitzern

dauernd angesiedelt werden?

Es scheint nach manchen Nachrichten, als ob hier eigentlich die großzügige Siedlungsaktion des deutschen Großgrundbesitzes vor sich ginge. Denn das plötzliche Eintreten für die nationale Siedlung, das seltsamerweise gewisse demokratische Kreise so außerordentlich und erfreulich überrascht hat, findet ja seine Erklärung ausschließlich in dem Bedürfnis des Großgrundbesitzes, an staatlichen Landaufkäufen in einer Zeit, in der Zwangsversteigerungen von Gütern nicht selten sind, eine Stütze der Bodenpreise zu finden.

Es wäre eine dankenswerte Aufgabe für den Reichslandbund, diesen Zusammenhängen einmal nachzugehen und in Einzeluntersuchungen über bestimmte Kreise festzustellen, wieviel nicht legitimierte polnische Wanderarbeiter sich dort aufhalten, wie ihre Zahl sich zu der Zahl der legitimierten polnischen Wanderarbeiter verhält und inwieweit die Nachrichten, die von einer

Polonisierung der Landarbeiterschaft

durch Ansiedlung der polnischen Wanderarbeiter sprechen, begründet sind. Auch das preußische Landwirtschafts- und Innenministerium sollten die Mühe nicht scheuen, einmal an die Kreisverwaltungen heranzutreten, um von ihnen authentischeres Material über die polnischen Wanderarbeiter zu erhalten, als es die Grenzkontrolle herbeizuführen vermag, die der Menschenschmuggler mit Hilfe von Inseraten in der „Deutschen Tageszeitung" zu überspringen versucht.

Welche Bewandtnis es in unserm Bezirke mit der polnischen „Siedlung" hat, ersieht man aus dem Bericht „Polnische Wirtschaft der Agrarier", den wir der Beachtung unsrer Leser und Leserinnen empfehlen. —

Kreis Wanzleben.

Groß-Ottersleben. Elternabend. Am Sonnabend den 6. Februar, 8 Uhr abends, veranstaltet die weltliche Schule in den „Hansa-Festsälen" einen Elternabend. Das diesmal sehr reichhaltige Programm ist auf Frohsinn und Scherz eingestellt. Der Mandolinenklub, ein 20 Mann starkes Orchester aus Lehrern, Eltern und Kindern unsrer Schule und der Schulchor haben sich die Arbeit geteilt, und wir erwarten von den Eltern, daß sie auch diese Arbeit ihrer Kinder durch recht zahlreichen Besuch anerkennen. Der Reinertrag wird für Schulzwecke verwendet. — Pastor Moeseritz (Klein-Ottersleben) regt sich über das Fortbestehen der weltlichen Schule in Groß-Ottersleben schrecklich auf. Nach seinem Bericht in der „Ottersleber Zeitung" über den Elternabend des Evangelischen Schulvereins hat er seiner Ansprache an die Eltern das Wort Wellingtons zugrunde gelegt: „Bildung ohne Religion macht schleue Teufel." Dabei hat der streitbare Pastor, als in dieser Frage durchaus zuständig, ausgeführt, alle Kinder der weltlichen Schule kommen einst nicht in den Himmel, besonders aber nicht der Schulleiter, Genosse Ringel. Wie uns mitgeteilt wird, sollen darüber alle, die es angeht, besonders aber Genosse Ringel, untröstlich sein, dermaleinst im Jenseits nicht die Gesellschaft des Pastors Moeseritz genießen zu dürfen. Trotz dieser „fürchterlichen" Drohung des Geistlichen versichern wir ihm: die weltliche Schule wird bestehen und wachsen. Wir wollen aber den Herrn Pastor zur Erbauung und zum Durchdenken auf ein Wort Schillers aufmerksam machen: „Die Geistlichkeit war von jeher eine Stütze der königlichen Macht und mußte es sein. Ihre goldene Zeit fiel immer in die Gefangenschaft des menschlichen Geistes, und wie jene sehen wir sie vom Blödsinn und von der Sinnlichkeit ernten." Ihr Eltern, sorgt dafür, daß die goldene Zeit der Geistlichkeit endgültig vorüber ist, die Gefangenschaft des menschlichen Geistes ein Ende nimmt und der Blödsinn überwunden werde. Meldet eure Kinder zur weltlichen Schule an. Anmeldungsformulare sind bei der Genossin Thomas, Friedrichstraße, zu haben. —

Domersleben. Eine große Volksversammlung findet morgen (Sonnabend) in unserm Orte statt. Landrat Genosse Kehling wird sprechen. Alle Volksgenossen sind dazu eingeladen. Genosse Kehling spricht über „Volksbegehren und Fürstenenteignung". Erscheint in Massen. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Barleben. Genossinnen und Genossen, denkt an die heute (Freitag) abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindende Versammlung. —

Warsleben. In der Freidenker-Versammlung sprach Genosse Graul über „Kirche und Arbeiterschaft". Der lehrreiche Vortrag zeigte den Widerspruch der Kirchenlehren mit der modernen Wissenschaft. Wer mit der Kirche innerlich gebrochen hat, der bekenne das auch öffentlich und melde seinen Austritt aus der Kirche an. In der Aussprache brachte Pastor Lachmund nur schwache Entgegnungen hervor. Er wollte den Menschen noch einen sechsten Sinn für übernatürliche Gottheiten andichten. Aus kulturellen und hygienischen Gründen zieht er die Feuerbestattung der Erdbestattung vor. Aufnahmen für den Freidenkerverein können beim Genossen Oppermann gemacht werden. —

Groß-Ammensleben. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins und der sozialistischen Frauengruppe war gut besucht. Genosse Lessing gab den Kassenbericht und Genosse Rothfahn den Jahresbericht und erörterte dabei den Volksentscheid für Fürstenenteignung. Die Vorstandswahl ergab als ersten Vorsitzenden Genossen Rothfahn, zweiten Vorsitzenden Genossen Lessing, Hauptkassierer Genossen Wesche, Unterkassiererin Genossin Emma Lössel, erste Schriftführerin Genossin Seibert, zweiter Schriftführer Genosse Pasemann, Revisoren die Genossen Fr. Regener, W. Strauß, W. Bollmann und Fr. Schulze, Beisitzer Genossin Hühne und Genossin Emma Schulze, Berichterstatter Genosse K. Blumenthal. Dann erstattete die Leiterin der Frauengruppe Genossin Emma Lössel den Geschäftsbericht. Als 1. Vorsitzende wurde Genossin Emma Lössel gewählt, als 2. Vorsitzende Genossin Hühne, als Kassiererin Genossin Emma Schulze, als Schriftführerin Genossin Seibert, als Revisoren die Genossinnen Bauseneit und Lessing, als Beisitzerinnen die Genossinnen Köster, Bläß jun. und Schwengler. Genosse Rothfahn berichtete über die Gemeindevertreter-Sitzungen, er empfahl die Sitzungen mehr zu besuchen, und für Partei, Presse und freie Gewerkschaften zu agitieren. Die Reichsbannerkapelle spielte zum Schluß den Sozialistenmarsch. —

Neuhaldensleben. Frauenunterhaltungsabend. Die sehr zahlreich erschienenen Frauen nahmen die Berichte der Genossin Löwe und Otto über die Kassenverhältnisse und die Bezirkskonferenz für Arbeiterwohlfahrt in Magdeburg entgegen. Im März findet in Magdeburg eine Handarbeitsausstellung der Arbeiterwohlfahrt statt. Der Vortrag des Genossen Schneidewind soll in einer der nächsten Zusammenkünfte gehalten werden. Dann stand die Frage der Weihnachtskasse zur Erledigung. Nach reger Aussprache wurde beschlossen, schon jetzt in jeder Zusammenkunft eine Sammlung zu veranstalten. Auch über die Beihilfe der Arbeiterwohlfahrt für die Konfirmanden wurde beraten. In einer Zusammenkunft im März wird Genossin Bollmann (Halberstadt) einen Vortrag halten. Es konnten 5 Genossinnen neu aufgenommen werden. Mit einem gemütlichen Beisammensein schloß die Zusammenkunft. — Von der Volksfürsorge. Der Genosse Kracht hat die Vertretung und das Einkassieren der Beiträge für die Volksfürsorge eingestellt. Nunmehr ist die Stadt in drei Bezirke eingeteilt und es sind die Genossen Falke, Breß und Kolb als Kassierer tätig. — Jugendweihe. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Organisation am 28. März (Palmsonntag) eine Jugendweihe veranstaltet, voraussichtlich in der Aula des Gymnasiums. Wir fordern alle Eltern, deren Kinder die Schule verlassen, aber nicht konfirmiert werden, auf, ihre Kinder umgehend im Arbeitersekretariat zur Teilnahme an der Jugendweihe anzumelden. —

Unhaltbare Zustände in der sozialen Fürsorge

So sehr sich sozial fortgeschrittene Kreise auch bemüht haben, aus der vorrevolutionären Armenpflege eine soziale Fürsorge zu schaffen, so wurde nicht erreicht, die öffentliche Meinung von der Auffassung zu befreien, daß Fürsorge in Anspruch nehmen eine Belastung mit dem Makel des Armseins bedeutet. Eins ist freilich gegenüber der Vorrevolutionszeit anders geworden: die Fürsorgebedürftigen gehen heute ihres politischen Rechtes nicht mehr verlustig, sie werden nicht mehr, wie in wilhelminischer Zeit, mit den Idioten, Bankrotteuren und Zuchthäuslern auf eine Stufe gestellt. Mit dem bloßen politischen Recht ist aber nichts getan; wichtiger noch ist das Recht zum Leben, das

Recht auf ein anständiges Leben.

Um diese platte Selbstverständlichkeit muß ein ungemein schwerer Kampf geführt werden. Die im Februar 1924 gegen den Willen der Sozialdemokraten geschaffene Fürsorgepflichtverordnung sichert den Hilfsbedürftigen keinen anständigen Lebensunterhalt. Diese Verordnung und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen - die in jedem Lande verschieden sind — verpflichten die Gemeindeverwaltungen, den Fürsorgeberechtigten den notdürftigsten und bestenfalls den notwendigen Lebensunterhalt zu geben.

Ein Fürsorgeempfänger ist ganz der Kontrolle der Gemeinde ausgeliefert, und nicht nur er, auch seine erwachsenen Kinder. Der alte Arbeiter, der Unterstützung in Anspruch nehmen muß, weil er mit seiner Invalidenrente von 20 bis 30 Mark im Monat nicht leben kann, muß vor der Inanspruchnahme der Unterstützung eine Reihe Verpflichtungen eingehen. Man kann von ihm verlangen, daß er seine wenigen Habseligkeiten der Gemeinde verpfändet. Er muß jeden Groschen, den er vielleicht hier oder da noch gelegentlich verdient, angeben, damit ihm dieser Betrag von der Unterstützung gekürzt werden kann. Man kann die Invaliden (66⅔ Prozent Arbeitsfähige) zur Arbeit heranziehen.

Die Kinder des Unterstützungsempfängers werden ob ihres Einkommens examiniert. Sie sind dem Fürsorgeamt zur Ersatzleistung verpflichtet.

Und dann die Behandlung!

Was soll man dazu sagen, wenn ein Bürgermeister einem in der Invalidenorganisation tätigen Invaliden erklärt: „Solange Sie noch ein Käsebrot essen können, sind Sie nicht bedürftig." Der Invalide hatte nach einer Verbandsversammlung tatsächlich das genannte „Verbrechen" begangen, und zwar ohne den hinzukommenden Bürgermeister um Erlaubnis zu fragen. Von einem andern städtischen Fürsorgebeamten mußten sich die im Arbeitsinvalidenverband organisierten Invaliden sagen lassen: „Wer im Verband ist und noch Beiträge für den Verband zahlen kann, ist nicht bedürftig und bekommt keine Weihnachtsunterstützung."

Die Fürsorgepflichtverordnung läßt aber ein sozialeres Vorgehen durchaus zu. Nicht überall werden in der Fürsorge die unsozialsten Möglichkeiten ausgenutzt; namentlich dort, wo unsre Genossen Einfluß haben, sind die schlimmsten Mißstände beseitigt. Grundlegende Aenderungen können aber nur durch die Reichs- oder Landesgesetzgebung eintreten. Das Tempo, das die Reichs- oder Landesgesetzgebungen dabei einschlagen, ist aber ungemein langsam.

Der erfolgreiche Vorstoß, den unsre Reichstagsfraktion im Juli 1925 gemacht hat, ist bis heute noch nicht zur Auswirkung gekommen. Gegen den am 14. Juli im Reichstags gefaßten Beschluß, daß ¾ der Invalidenrente von der Fürsorge bei der Gewährung von Fürsorgeunterstützung nicht berechnet werden dürfen, wurde vom Reichsrat Einspruch erhoben. Dann ist die Sache verschleppt worden. Wir haben darüber schon eingehend in der „Volksstimme" berichtet. Bis jetzt ist ein halbes Jahr seit der Beschlußfassung im Plenum verflossen; aber Reichsrat, Reichsregierung und Reichstag sind immer noch nicht mit der Erledigung dieses Verfassungsstreites fertig.

Auf den Schultern der notleidenden Schichten

spielt sich dieser Verfassungsstreit ab. Die Kosten für die Rechthabereien der Reichsregierung und des Reichsrats müssen die Fürsorgebedürftigen bezahlen. — Eine wirklich famose Sozialpolitik. —

Die Reichsregierung hat am 7. September 1925 eine Verordnung erlassen, die den von ihr nicht durchgeführten Beschluß des Reichstags ersetzen sollte. Die Verordnung will den Sozial- und Kleinrentnern in der Regel ein Viertel an Unterstützung mehr geben, als der Unterstützungsrichtsatz in der Gemeinde beträgt. Sie bringt bei weitem nicht das, was das obige Gesetz den Sozialrentnern gebracht hätte. Aber das beschämendste ist: die Verordnung wird von vielen Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbänden nicht oder nur zu einem Teile durchgeführt.

Die Unterstützungsrichtsätze sind ganz verschieden. Nach einer Umfrage des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden betragen sie in den Gemeinden für ein Ehepaar meistens 30 bis 50 Mark. Das sind Sätze für Sozialrentner, also die jeweils höchsten Sätze in den Gemeinden, und in diesen Sätzen ist Rente und sonstiges Einkommen einbegriffen. 72 Prozent der unterstützten Ehepaare müssen mit einem monatlichen Einkommen bis zu 50 Mark „haushalten". Dann müssen sie aber noch zusehen, daß ihre Unterstützung

von den Kindern wieder eingetrieben

wird. Manche alte Mutter muß erleben, daß darum ihren Enkelkindern die Kost geschmälert wird, weil der Sohn von seinem Lohne wöchentlich 3 oder 5 Mark für die Unterstützung der Mutter zum Fürsorgeamt tragen muß.

Gibt es ein bitteres Brot für unsre Alten? Viele der Veteranen müssen, ehe sie einen Pfennig Unterstützung bekommen, erst mit zitternder Hand einen Revers unterschreiben, daß nach ihrem Ableben die Gemeinde sich an dem zu hinterlassenen Hausrat für die gewährte Unterstützung schadlos halten kann und daß sie kein Veräußerungsrecht mehr über ihre Sachen haben. Wer mit unsern Arbeiter-Veteranen denken kann, empfindet das Furchtbare einer solchen Aufgabe des Verfügungsrechts.

Mit diesem Fürsorgesystem muß aufgeräumt werden. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden hat nachstehende Forderungen auf Aenderung der Fürsorgepflichtverordnung gestellt:

1. Einführung von Mindestunterstützungssätzen, also Existenzsätze, die den unbedingten Lebensunterhalt garantieren; keine sogenannten Richtsätze.
2. Die Freilassung von Arbeitseinkommen bis zu einer bestimmten Höhe; ebenso Freilassung von Rententeilen, insbesondere der Steigerungssätze.
3. Die Festsetzung von Einkommensgrenzen für unterhaltspflichtige Angehörige, die einen angemessenen Betrag vom Arbeitseinkommen frei lassen.
4. Bei Anstaltsinsassen, soweit es sich um Rentenempfänger handelt, Auszahlung eines Teiles ihrer Rente.
5. Ausreichendes Mitbestimmungsrecht im Verfahren und in der Beschwerde.

Diese Forderungen sind durchaus berechtigt. Jeder sozial Denkende muß mithelfen, daß endlich Anstand und Würde in der Fürsorge heimisch werden und die Fürsorgeberechtigten eine persönliche und wirtschaftliche Behandlung erfahren, auf die sie als Menschen Anspruch haben. August Karsten, M. d. R.

*

Gegen die niedrigen Richtsätze.

Die in diesem Artikel vom Reichstagsabgeordneten Genossen Karsten angegebenen Richtsätze sind für die Provinz Sachsen noch viel zu hoch gegriffen. Die Gauleitung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen hat festgestellt, daß in fast allen Kreisen unsers Bezirks der Richtsatz von 30 Mark pro Monat für einen Sozialhilfsbedürftigen besteht, d. h. die Invalidenrente wird angerechnet, so daß dem Sozialhilfsbedürftigen außer der Invalidenrente nichts mehr zusteht.

In Konferenzen ist dieser Satz vereinbart worden. Auf diesen Tagungen wurde beschlossen, die bisher erkämpften höheren Richtsätze abzubauen und die obenerwähnten niedrigen Sätze zu zahlen. Die in Sangerhausen stattgefundene Gaukonferenz des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen, Gau Provinz Sachsen-Anhalt, hat energisch Stellung zu dieser Frage genommen und dagegen protestiert, daß nicht ein einziger Fürsorgeverband und auch nicht der Landesfürsorgeverband, wie es im Gesetz der Fürsorgepflicht-Verordnung vorgeschrieben ist, bei Festsetzung von Art und Maß der Fürsorge die Hilfsbedürftigen hört. Nach dem § 3 Abs. 2 und § 32 der Fürsorgepflicht-Verordnung und nach den preußischen und anhaltischen Ausführungsbestimmungen sollen die Sozialhilfsbedürftigen in derselben Weise bei Festsetzung von Art und Maß der Fürsorge (nach § 6 der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge) gehört werden, wie nach der alten Gesetzgebung, also nach der Notstandsverordnung.

Die im Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen organisierten Sozialhilfsbedürftigen erkennen diese von den Fürsorgeverbänden geschaffenen Richtsätze nicht an, da sie gegen die Gesetzgebung geschaffen sind und außerdem nicht ausreichen, um den notwendigen Lebensunterhalt bestreiten zu können, geschweige denn für Obdach, Nahrung, Kleidung, wie das in den Reichsgrundsätzen vorgeschrieben ist.

Die Verpflichtung, die sich die einzelnen Fürsorgeverbände in den obenerwähnten Tagungen auferlegt haben, geht so weit, daß Verwaltungen von Kreiswohlfahrtsämtern, welche ein soziales Verständnis haben und deshalb auch einen höheren Richtsatz anwenden würden, das nicht können, weil sie verpflichtet sind, die gekürzten, nicht ausreichenden Richtsätze durchzuführen haben, andernfalls sie von den rückständigen Aemtern wegen Nichtinnehaltung des Beschlusses gebrandmarkt werden würden.

Wir warnen die Kreisfürsorgeverbände, durch ihr Vorgehen den Kampf gegen die Veteranen der Arbeit, gegen Witwen und Waisen heraufzubeschwören. Die gesamte Arbeiterschaft aber muß die Arbeitsinvaliden in ihrem Kampfe stützen. Jeder im Produktionsleben stehende Kollege wird einsehen, daß der Kampf der Veteranen der Arbeit und deren Witwen und Waisen um Erhöhung der Invalidenrente und der sozialen Richtsätze auch sein Kampf ist, da ja jeder plötzlich auch invalid werden kann. —

Louis Schneider.

Stadtkreis Burg.

Kirche und Arbeiterschaft. Auf Veranlassung des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung wird Landtagspräsident Peus (Dessau) am Mittwoch den 10. Februar, abends 8 Uhr, in der „Zentralhalle" über das Thema „Kirche und Arbeiterschaft" sprechen. Die arbeitende Bevölkerung wird schon jetzt auf diese interessante Versammlung aufmerksam gemacht. Die Geistlichen und Lehrer sind dazu eingeladen. —

Hauswirtschaftliche Berufsschule. Um das Wirken der Hauswirtschaftlichen Berufsschule sehen und kennenzulernen, weisen wir darauf hin, daß am Sonntag von vormittags 11 bis nachmittags 5 Uhr eine Ausstellung der Arbeiten der Schülerinnen im Weißnähen und Schneidern stattfindet. Auch will die Schule in der Woche vom 8. bis 13. Februar den Besuch des Unterrichts gestatten. Dieser Besuch kann aber nur gegen eine Einlaßkarte erfolgen, die vorher beim Schulleiter, Direktor Dahm, Zerbster Promenade, gratis zu erhalten ist. Ein Besuch dieser Einrichtung kann jedem empfohlen werden. —

Probealarm. Am Mittwoch abend um 7 Uhr ertönten in den Straßen Hornsignale, die die Reichsbannermannschaften nach dem

Schützenplatz riefen. Um ½8 Uhr war eine stattliche Zahl von Mitgliedern versammelt, die sich zu einem Ausmarsch formierten. Unter den Klängen der Reichsbannerkapelle marschierte man durch die Stadt bis zur Berliner Chaussee—Wasserstraße. Bei starker Beteiligung der Einwohnerschaft hielt Genosse Reimelt jun. eine Ansprache und wies auf die Gefahren hin, die der Republik durch die Forderungen der ehemaligen Fürsten drohe. Mit einem Hoch auf die Republik wurde dann der Zug aufgelöst. —

Für Hundebesitzer. Auf Grund des § 17 und des § 79 Abs. 2 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 hat der Regierungspräsident zu Magdeburg für den ganzen Bezirk eine viehseuchenpolizeiliche Anordnung erlassen, die von großer Wichtigkeit für die Hundebesitzer ist. Hiernach müssen sämtliche über 3 Monate alten Hunde mit Halsbändern versehen sein, die Namen und Wohnort des Besitzers erkennen lassen oder an denen eine Steuermarke mit Angabe des Versteurungsbezirks und die Nummer des Hundes in der Steuerliste oder eine besondere Erkennungsmarke mit dem Namen des Polizeibezirks und einer fortlaufenden Nummer befestigt ist. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Diese polizeiliche Anordnung tritt mit dem 1. April in Kraft. —

Hinweis. Für Burg und Umgebung liegt heute ein Prospekt der Firma Adolf Mendel Nachf. bei. —

Kreis Calbe.

Calbe. Parteiversammlung Montag den 8. Februar, abends 8 Uhr bei Heinze. —

Schönebeck. Die Partei-Funktionärsitzung bei Theile war von 125 Genossinnen und Genossen besucht. In erster Linie wurde das von der Partei eingereichte Volksbegehren auf seine technische und finanzielle Durchführbarkeit besprochen. Genosse Buß legte die Bestimmungen dar. Eine Reihe von Sammellisten, welche vom Bezirk ausgegeben sind, wurde sofort an die Funktionäre abgegeben, um die Sammlungen mit der größten Beschleunigung durchzuführen. In alle Kreise muß Aufklärung hineingetragen werden, damit die Fürstenabfindung verhindert wird. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Schneider, Lindeke, Scharf, Hofmann, Harke, Hartung usw. Sammellisten können noch vom Genossen Heyer abgeholt werden. Es wurde bekanntgegeben, daß am 12. März ein humoristischer Konzertabend von Hofmanns Roten Sängern im „Stadtpark" stattfindet. Dieser Abend ist von den Vereinsvorständen für diese Veranstaltung freizuhalten. Die bereits vorgesehene Märzfeier des Bildungsausschusses findet also nicht statt. Erwerbslose Parteimitglieder haben freien Eintritt gegen Ausweis vom Hauptkassierer. Es wurde auf die August-Bebel-Feier am 21. Februar in der „Tonhalle" hingewiesen, welche vom Bildungsausschuß im Verein mit der Arbeiterjugend und mehreren Sportvereinen künstlerisch ausgestaltet wird. Ueber die Werbung neuer Parteimitglieder und die Gewinnung neuer Abonnenten entspann sich eine längere Debatte. Die laufende Agitation konnte der schlechten Verhältnisse wegen nicht so gut durchgeführt werden, soll aber demnächst in großem Umfang wieder in Angriff genommen werden, um endlich die abeiterfeindlichen Blätter aus den Wohnungen der Arbeiterschaft herauszubringen. Genosse Hartung wies darauf hin, daß am 12. Februar Genosse Robert Dießmann im „Stadtpark" in einer Versammlung der Metallarbeiter sprechen wird und zwar über Wirtschaftsfragen. Der Lehrergesangverein veranstaltet zu seinem 50jährigen Bestehen ein Wohltätigkeitskonzert am Dienstag den 9. Februar im „Stadtpark" zugunsten unsrer Volksküche und Säuglingsfürsorge. Es ist darum Pflicht der Arbeiterschaft, dieses Konzert zu besuchen. Mit der Aufforderung des Funktionärleiters, die kommenden Parteiarbeiten freudig aufzunehmen, wurde die Funktionärsitzung geschlossen. —

Schönebeck. Arbeiterjugend. Die Jugendgenossen- und -genossinnen treffen sich am Sonntag vormittag 10 Uhr an der Elbbrücke zum gemeinsamen Ausflug mit der Ortsgruppe Fermersleben. Ziel: Gommerner Steinbrüche. — Bund der Kinderreichen. In nächster Zeit wird sich auch hier eine Ortsgruppe der Kinderreichen bilden. Eine vorbereitende Zusammenkunft hat im Café Nehring bereits stattgefunden. Am 15. Februar findet die Gründungsversammlung statt. Die Arbeiten liegen in Händen des Bureauvorstehers Steinert und des Magistratsobersekretärs Krause. Das Ziel des Zusammenschlusses ist in erster Linie Steuererleichterung, Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, verbilligte Lebensmittel und dergleichen. — Polizeistunde. Der Regierungspräsident hat die Polizeiverwaltungen auf die strengste Durchführung der Verordnung über Polizeistunde und Polizeistundenverlängerung hingewiesen. Nach dieser Verordnung darf die Polizeiverwaltung für einen bestimmten Verein nur zweimal jährlich und nur um 2 Stunden über die festgesetzte Polizeistunde hinaus eine Genehmigung zur Verlängerung erteilen. Diese Erteilung darf nur für geschlossene, auf den Kreis ihrer Mitglieder, Angehörigen und durch schriftliche, namentliche Einladung des Vorstandes eingeführte Gäste erfolgen. Soweit die Zahl der Gäste in einem solchen Mißverhältnis zur Zahl der Vereinsmitglieder steht, daß die Veranstaltung nicht mehr den Charakter einer geschlossenen Gesellschaft trägt, muß die Polizeistundenverlängerung versagt werden. —

Staßfurt. Große Funktionärsitzung heute (Freitag) abend 8 Uhr im „Hofjäger". Alle müssen unbedingt erscheinen. —

Stadtkreis Aschersleben.

Aus dem Stadtparlament. Die Stadtverordneten-Sitzung am 4. Februar wurde eingeleitet mit einem Geschäftsbericht des Vorstehers Genossen Großmann über das letzte Jahr. An der Tätigkeit der Stadtverordneten sei lebhafte Kritik geübt worden, wie kaum jemals zuvor. Sehr oft sei man nicht sachlich gewesen. Besonders habe man sich über „zu hohe Steuern" aufgehalten. Die allermeisten Beschlüsse wurden von den Stadtverordneten einstimmig gefaßt, so daß etwaige „Schuld" alle Fraktionen gleichmäßig trifft. Die Zahl der Magistratsvorlagen betrug 100, von denen 89 angenommen wurden. Der Rest erledigte sich durch Zurücknahme usw. Stadtv. Bestehorn dankte dem Vorsteher für die vorbildliche Führung der Geschäfte und schlug Wiederwahl des Vorstandes durch Zuruf vor. Das geschah auch; somit ist Genosse Großmann wieder als erster, Drohsin (bürgerlich) als zweiter Vorsitzender und Träger (Kommunist) als Schriftführer gewählt. Es wurde sodann die Wahl des Sparkassenkuratoriums, der Deputationen und Ausschüsse vorgenommen. Die Wahl geschah an der Hand des bisherigen Verzeichnisses der Mitglieder. Es wurden nur ganz wenige Veränderungen vorgenommen.

Eine lebhafte Aussprache rief der Antrag des Magistrats auf Bewilligung von Mitteln zur Förderung von Notstandsarbeiten hervor. Wir berichteten bereits über die Vorlage. Der Finanzausschuß der Stadtverordneten-Versammlung schlug vor, die Vorlage zu teilen und das an zweiter Stelle aufgeführte Projekt (Pflasterung der Staßfurter Höhe) zunächst zurückzustellen. Weiter hat der Ausschuß beschlossen, die Arbeiten in eigner Regie durchzuführen. Der Kommunist Stüber äußerte sich zustimmend. Genosse Lotz begründete die Forderung nach eigner Regie. Einige bürgerliche Stadtverordnete, unter Führung Bestehorns, wandten sich dagegen. Der Bauunternehmer Stadtv. Thiemann, der bisher als Zwischenunternehmer die Notstandsarbeiten ausführte, erklärte, daß er bislang an den Arbeiten nichts verdient habe. Für seinen Unternehmergewinn habe er die sozialen Lasten getragen und das Gerät gehalten. Ein inzwischen vom Bauamt eingegangener Antrag verlangte für den Fall der Einführung der eignen Regie 3500 Mark für die Anschaffung von Baugeräten, besonders von Bohlen. Oberbürgermeister Willigmann erklärte, daß er gern dafür sei, daß die Notstandsarbeiten möglichst sofort beginnen, mit der Einführung der eignen Regie verzögere sich aber der Anfang der Arbeit. Schließlich wurde der Antrag des Finanzausschusses angenommen, wonach die Arbeiten Vor dem Dammtor in eigner Regie durchzuführen sind. Der Antrag, die Mittel für die etwa nötigen Geräte (Bohlen usw.) bis zum Betrag von 3500 Mark zur Verfügung zu stellen, wurde ebenfalls genehmigt. Dann wurde beschlossen, für die Notstandsarbeiter bei der Eine-Regulierung den Lohn vom 20. Januar an auf 55 Pfennig zu erhöhen.

Eine ebenfalls lange Aussprache entspann sich über den Antrag des Magistrats auf einen Neubau eines Pfarrhauses in Königsaue. Genosse Jenke beantragte, die Vorlage zurückzustellen, da in Aschersleben eine viel dringendere Wohnungsnot herrscht. Oberbürgermeister Willigmann erläuterte die Patronatspflichten der Stadt. Auf einen Prozeß dürfen wir es nicht ankommen lassen. Genosse Hoffmann bemängelte die Höhe der Kosten des geplanten Neubaues von 35 000 Mark. Man baue in Aschersleben Einfamilienhäuser für 13 000 Mark. Weshalb soll das Haus in Königsaue teurer sein und ein Pfarrer ein weit größeres Haus bekommen? Es wurde beschlossen, den Bau vorzunehmen, wenn die nötigen Gelder im Wege der Anleihe beschafft sind. Der Verkauf eines Bauplatzes zum Neubau eines Straßenmeisterhauses an die Provinzialverwaltung wurde genehmigt.

Die neue Lustbarkeitssteuerordnung, über die wir schon berichteten, wurde angenommen, nachdem der Stadtv. Gastwirt Bischoff sich gegen die Erhöhung der Steuer, der Kommunist Stüber aber dafür ausgesprochen hatten. — In der nichtöffentlichen Sitzung wurde der Aufnahme eines größern Darlehens und dem Geländeaustausch zum Zwecke der Siedlung der Kriegsbeschädigten zugestimmt. —

*

Die Frauengruppe der Partei hielt eine von 90 Frauen besuchte Versammlung in der Johannisschule ab. Genossin Hesse erstattete Bericht über die Frauenbewegung im letzten Jahre. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder ist auf 180 gestiegen. Jeden Monat fand eine Versammlung statt. Für die nächste Zeit ist eine Reihe von Veranstaltungen in Aussicht genommen. Am 7. März findet eine Kinder-Theatervorstellung statt. Nach Ostern wird Genossin Dr. Wegscheider einen Vortrag halten. Die Neuwahlen des Vorstandes ergaben im allgemeinen die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Neu wurden gewählt als Schriftführerin Genossin Schultze und als Kassiererin Genossin Böcke. Hierauf wurde der Lichtbildervortrag „Die soziale und kulturelle Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt" vorgeführt. Es wurden auch einige Erläuterungen dazu gegeben. Dann gab es eine lebhafte und interessante Auseinandersetzung über grundsätzliche Parteifragen, an der sich besonders die Genossin Hesse und Genosse Pressel beteiligten. Die Versammlung verlief wiederum äußerst anregend. —

Altmark.

Garbelegen. Holzarbeiterversammlung morgen (Sonnabend) abend 8 Uhr im „Tivoli". —

Stadtkreis Stendal.

Freidenkerverein. In der Generalversammlung der Freidenker für Feuerbestattung konnte der Vorsitzende, Genosse Grieger, feststellen, daß der Verein im letzten Geschäftsjahr einen großen Aufschwung genommen hat. Er würdigte auch die Verdienste des verstorbenen Genossen Poignon. Die Vorstandswahl ergab als 1. Vorsitzenden Genossen Grieger, 2. Vorsitzender Wilhelm Schleener, 1. Kassierer Genossen Baars, 1. Schriftführer Genossen Ciozynski, 2. Kassierer Genossen Wernicke, 2. Schriftführer Genossen Thomanek, Beisitzer Genossen Ulrich und Mühl. Zu Ostern wird wieder eine proletarische Jugendweihe abgehalten. Die aus der Schule zu Entlassenden müssen sich daher schon jetzt beim Genossen Baars anmelden. Die Unkosten sollen durch Extrabeiträge, insgesamt 80 Pf. pro Mitglied vom Januar bis März aufgebracht werden. Der Vortrag des Genossen Lehrer Grieger über „Aus der Giftküche der Päpste" wurde mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen. Die nächste Versammlung, verbunden mit einem Lichtbildervortrag, findet im März statt. —

Leichte Besserung. Die Erwerbslosenkrise scheint im Abflauen begriffen zu sein. Nach der letzten amtlichen Zählung ist die Erwerbslosenziffer um 99 gefallen. Sie betrug in der Vorwoche insgesamt 1736 und jetzt 1637. Es wurden gezählt im Bezirk Stendal Stadt 1030 männliche Erwerbslose (1099 in der Vorwoche) und 191 (187) weibliche, im Bezirk Stendal Land männliche 399 (434) und weibliche Erwerbslose 16 (16). Bei der günstigen Witterung konnten die Notstandsarbeiten der Stadt in vollem Umfang wieder aufgenommen werden. —

Vom Jugendamt. Beim Landesfürsorgeverband in Merseburg ist eine Ausgleichsstelle für Kinderverschickung eingerichtet worden. Zweck dieser Einrichtung ist, minderbemittelten Kindern eine Möglichkeit für gute, billige Unterbringung in Bade- oder Kurorten zu verschaffen. Eine solche Verschickung erfolgt das ganze Jahr hindurch. Die einzelne Kur dauert 4 bis 6 Wochen. Als Kurorte kommen die Bäder der Ost- und Nordsee, Harz und Riesengebirge, Bad Elmen und verschiedene andre in Frage. Das hiesige Jugendamt ist dieser Ausgleichsstelle angeschlossen und übernimmt die Vermittlung. Die Kurkosten betrugen im Vorjahr 2 bis 2.50 Mark für den Tag. Die Kinder werden in Sammeltransporten den betreffenden Heimen zugeführt und sind für Hin- und Rückfahrt und während der Kur gegen Schaden versichert. Das Jugendamt ist auch in diesem Jahre bereit, die Verschickung der Kinder zu übernehmen. Die Kosten sind von den Eltern zu tragen. Für einige Stellen in Bad Elmen wird ein Zuschuß von seiten der Stadt gewährt. Anmeldungen sind bis zum 10. Februar im Jugendamt, Hallstraße 35, einzureichen.

Viehmarkt. Auf dem am Montag den 8. Februar stattfindenden Viehmarkt sind Pferde und Schweine zugelassen. —

Ein Auto in Flammen. Durch eine Explosion verbrannte am Mittwoch abend in der Nähe des Wasserwerks, Ostheerener Chaussee, der Lieferwagen eines Stendaler Bäckermeisters. —

Festgenommen wurde eine Person wegen Unterschlagung. —

Ein Fahrrad gefunden. Unweit der Stadt wurde am Donnerstag morgen in den sogenannten Fuchstannen ein Fahrrad gefunden. Es scheint aus einem Diebstahl zu stammen; es trägt die Marke Panther, hat schwarzen Rahmen, gelbe Felgen mit schwarzen Streifen, nach oben gebogene Lenkstange, auf der Glocke steht: Stallmeister, Mieste i. Altmark. Der Eigentümer kann sich bei der Kriminalpolizei melden. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Klein- und Groß-Ottersleben. Die Kameraden treffen Sonntag Punkt 1 Uhr bei Jörn ein zum Abmarsch nach Beyendorf. Radfahrer Sonnabend abend 6 Uhr nach Domersleben. —

Domersleben. Zu der morgen (Sonnabend) stattfindenden Volksversammlung, in der unser Kamerad Landrat Kehling spricht, haben die Kameraden zu erscheinen. —

Kreis Wanzleben. Zu der am Sonntag den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, stattfindenden Demonstration mit Versammlung in Beyendorf-Sohlen müssen die Ortsgruppen des Bezirks Ottersleben vollzählig antreten. Ganz besonders müssen die Kameraden von Osterweddingen, Langenweddingen, Diesdorf, Groß- und Klein-Ottersleben erscheinen. Alle übrigen Ortsgruppen schicken Radfahrer. Der Kreisleiter.

Burg. Antreten der Kameraden am Sonntag vormittag 8 Uhr am „Braunen Hirsch", Ecke Kolonie, zur Schnitzeljagd. Spielleute treten um 11 Uhr vormittags am Erkentzler-Unterm Hagen an. —

Groß-Ammensleben. Die Spielleute treffen sich bei gutem Wetter am Sonntag mittag um 12½ Uhr beim Kameraden Nordt zum Uebungsmarsch über Meseberg, Hillersleben, Wedringen, Vahldorf nach Groß-Ammensleben. Kameraden, die den Marsch mitmachen wollen, werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. —

Schönebeck. Reichsbanner-Jugend. Sonntag den 7. Februar Kreisjugendtag bei Panse vormittags 10 Uhr. Alle Jungkameraden werden aufgefordert, an dieser Tagung teilzunehmen. —

Husten mit Auswurf beiseitigen Sie schnellstens durch den Gebrauch von **Fagomint.** 2.50 4.50
Hof-Apotheke Magdeburg, Breiter Weg 158.

Die Passion.

Roman von Klara Viebig.

(44. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Verliebten, der das Herz voll war, floß der Mund über. Sehr oft, wenn Eva allein war, sprach sie von „Ihm"; sprach dieser von ihren heimlichen Freuden. Eva bekam dann einen roten Kopf: oh, das dachte sie sich sehr schön, das hätte sie auch gemocht! Der Herr Doktor nahm Schwester Johanna auf seinen Schoß, sie tranken aus einem Glase, er sagte: „Mein Liebstes", und wenn sie irgendwo in einem Zuschauerraum saßen, der verdunkelt wurde, dann küßte er sie rasch hinters Ohr.

Aber es kam eine Zeit, da Schwester Johanna nicht mehr so viel von Ihm sprach. Gar nicht mehr von Ihm sprach. Ueberhaupt nicht mehr viel sprach. Sonst hatte sie mit ihren Kranken oft ein Späßchen gemacht, selbst die Greisin mit der Hakennase in dem Hexengesicht zeigte einen Anflug von Lächeln um den zahnlosen Mund, wenn die junge Pflegerin in ihrer frischen Art sagte: „Na, Großmutter, wie haben wir denn heut nacht geschlafen?" Jetzt konnte Schwester Johannas volles Lachen nicht mehr durch den Saal, dessen Wände vernehmen, wie vor ihrem Hiersein, nur Seufzer und Stöhnen.

Was war mit Johanna? Warum hatte sie ihre hübschen roten Wangen nicht mehr und nicht mehr die blanken Augen? Deren Glanz war getrübt, sie sahen oftmals verweint aus. Eva blickte folgten der Schwester, die sie liebte. Und forschten. Sie hätte gern gefragt: „Ist Ihnen was?" Aber sie traute sich nicht. Schwester Johanna hatte jetzt so etwas Abweisendes, gar nicht mehr so, als ob sie Freundinnen wären. Stumm und abgespannt tat sie ihre Pflicht und wie verdrossen, zu allem unlustig. Wer hatte ihr etwas getan? War sie etwa böse auf ihre kleine Eva? Eva grübelte.

Da kam sie eines frühen Morgens, als der Betrieb noch nicht im Gange war, in den Raum, wo die großen Kassen standen, in die die schmutzige Wäsche getan wurde. Da saß Schwester Johanna auf dem einzigen Schemel, hatte das Gesicht tief niedergebeugt auf die hochgestemmten Knie, die Hände um die Knie geschlungen; es war so, als hielte sie sich an sich selber fest. Es war ein erbärmlicher Anblick.

„Schwester Johanna!" Eva schrie auf vor Schreck. Und kam kniete sie vor der Zusammengebrochenen nieder, schlang ihre dünnen Aermchen um deren zuckenden Leib und versuchte ihr ins Gesicht zu sehen: „O liebe Schwester, sag mir doch, was Dir fehlt!" Sie sagte auf einmal „du", sie ließ in ihrer Bestürzung ganz den schuldigen Respekt außer acht; die war ja auch unglücklich, Genossinnen in einem traurigen Schicksal, welcher Art das auch sein mag, nennen sich „du". „Kann ich Dir helfen?"

Die Gefragte schüttelte verneinend den Kopf, aber als Evas Hände sie liebkosend streichelten, sie ängstlich aufzurichten versuchten, da flüsterte sie: „Mein gutes Evchen!"

Und dann weinte sie laut ihr Unglück heraus: „Er denkt nicht daran, mich zu heiraten. Er gibt mich auf. Gestern abend bekam ich seinen Brief — ach, den hatte ich schon lange gefürchtet! Aber gezweifelt habe ich immer noch — noch gehofft. Nun ist's aus. Er wird sich mit der Tochter vom Chef verloben. Er schreibt, es tut ihm leid, aber er kann nicht anders, er ist unvermögend, es dauert zu lange, bis er genügend verdient. Jetzt macht er Karriere. Aber ich — aber ich?!" Sie richtete sich auf, schlug sich mit beiden Fäusten vor die Stirn, und dann rannte sie in dem engen Gelaß umher, stieß hier und dort an, kratzte mit den Händen die nackten Wände, es war, als wolle sie an denen hinauf. „Die ganze Nacht bin ich so gewandert. Ich halt's nicht mehr aus, ich kann nicht mehr hierbleiben, ich muß fort, ich will ihn nicht wiedersehen! Am besten, ich bringe mich um."

„O Schwester Johanna, Schwester Johanna," — wimmernd hing sich Eva an die ganz ihrem Schmerze sich Hingebende —, „das wirst Du doch nicht tun?! Umbringen, wie schrecklich, o wie schrecklich!" Die Zähne schlugen ihr aufeinander vor Entsetzen. „Du bringst Dich nicht um — ich halte Dich fest. Umbringen, das ist zu schrecklich!" Ihre schwachen Arme hielten fest mit aller Kraft, deren sie fähig waren. „Nicht umbringen, nicht umbringen!"

„Nein, nein." Nun war es die Schwester, die Eva streichelte, sie zu beruhigen versuchte.

Draußen rief eine Stimme: „Wo ist Schwester Johanna? Schwester Johanna, Sie werden gewünscht!"

Schwester Johanna strich sich mit beiden Händen den Scheitel glatt, rückte die Haube gerade und rief: „Ja, gleich!" Sie ging, sie nickte noch Eva zu: „Schweige!"

Eva blieb in einem Wirrwarr verstörter Gefühle zurück. Was war das, was war das? Umbringen deshalb? Deshalb? Was war das für ein Gefühl, das die Schwester Johanna zu dem jungen Doktor hinzog, überhaupt eine Frau zu einem Manne? War das so stark, daß es sie alles andre vergessen ließ? Umbringen? Die Schwester Johanna hatte doch eine Mutter, die sie mit dem, was sie hier verdiente, ernähren mußte. Und daran dachte die gar nicht? Das mußte doch etwas sehr Mächtiges sein, was sie alles so vergessen ließ, so mächtig wie ein Sturm, der Bäume wegfegt und Häuser umreißt. —

Schwester Johanna verließ zum ersten November die Charité. Die Kranken im Saal drei der innern Station waren unglücklich darüber, nun bekamen sie statt der freundlichen jungen Schwester die alte mufflige, die einen Anflug von Schnurrbart hatte und mit ihren breiten Schultern und dem energischen Tritt genau so war wie ein Mann. Nun, da Schwester Johanna ging, war Eva glücklich, daß auch sie das Haus verlassen konnte, in dem sie so lange gewesen war, daß sie heimisch darin geworden. Sie schied mit Tränen von ihrer lieben Schwester Johanna, die nun erst einmal nach Hause zu ihrer Mutter ging. Und sie schied mit Tränen von der Charité.

„Wir werden sie nun wohl wieder nehmen müssen," sagte Tante Ella und seufzte. Und auch der Onkel seufzte. „Ja?" fragte sie; sie hatte immer noch gehofft, er wüßte vielleicht einen andern Ausweg, aber er wußte keinen.

So kam dann Eva wieder zu den Wilkowskis zurück. Das mußte man sagen, sie hatte manches gelernt in der Charité. Zum Beispiel Schlösser putzen konnte keiner so gut wie sie; sie hatte darin Uebung, in der Charité hatte sie immer an allen Türen des Ganges die Schlösser geputzt. Frau Ella meinte aber nach sechs Wochen, als Eva nicht, wie sie gefürchtet hatte, wieder krank geworden war: „Wir könnten sie doch eigentlich Greten geben. Der Kleine schreit so viel, das Kindermädchen hat schon wieder gekündigt. Das wäre ein ganz netter Posten für die Eva."

„Aber hör mal," sagte Albert, der gerade zugegen war, „das ist doch hart für die Eva. Da bleibt ja kein Kindermädchen, weil sie nachts keinen Schlaf kriegen. Der Schwager verlangt noch dazu, daß sie das Unglückswurm immer herumtragen."

„Na, wenn es doch so schreit. Das arme Kind!" Frau Ella sagte es vorwurfsvoll; ihr Großmutterherz war bekümmert. So ein hübsches Kerlchen, äußerlich eigentlich ein reizendes Kerlchen, aber trotz seiner anderthalb Jahre gab er noch kein Zeichen erwachenden Verstandes von sich. Er hörte wohl, er sah auch — das war alles ausprobiert, man hatte schon genug Aerzte konsultiert — aber er war sehr zurück.

(Fortsetzung folgt.)

rechten Frauensenat gebildet. Solche Frauenvereine hatte man zunächst aus religiösen Absichten organisiert, wenigstens wird ein solcher einmal von Livius erwähnt. Später aber scheinen die religiösen Angelegenheiten ganz zurückgetreten zu sein. Es muß in den Sitzungen oft recht temperamentvoll zugegangen sein, denn die Mutter des Kaisers Nero hat dort einmal Prügel erhalten, weil sie eine andre Frau sehr heftig angegriffen hatte. Genauere Einzelheiten sind ja über diese Frauenvereine nicht bekannt, aber man kann aus gewissen Mitteilungen schließen, daß z. B. die Kaiserinnen den Frauenvereinen gewisse Schenkungen und Stiftungen machten. So haben sich auf dem Forum des Kaisers Trajan Inschriften gefunden, wonach „die Kaiserin Sabina" einen für die Frauen bestimmten Raum gestiftet habe, und die gleiche Inschrift sagt, daß der gleiche Raum von der späteren Kaiserin Julia wieder hergestellt worden sei. Auch in Neapel gab es solche Frauenvereine, und hier besaßen die Frauen sogar ein eignes Versammlungslokal. —

Von Land und Leuten.

Von der Palmblätterhütte zum Hause. Das deutsche Element ist unter der brasilischen Bevölkerung bedeutend. Der Einwanderer, der nach der ärztlichen Kontrolle gelandet ist und mit der Bahn oder im Ochsenkarren zu dem Ziele seiner Träume gelangt, findet sich an Ort und Stelle dem riesenhaften schwarzdunkeln Urwald gegenüber, der von ihm besiegt werden muß. Zunächst gilt es ein Obdach zu errichten, und das ist stets die Palmito-Hütte, ein Holzhäuschen, dessen Bekleidung und Bedachung die Palmen spenden, indem ihre zerspaltenen Stämme Latten und Sparren, die zurechtgeschnittenen Blätter Schindeln abgeben. Um diese Bauten zu fügen und zu festigen, bedient man sich der zähen Schlingpflanzen, die kräftigen und schmiegsamen Seilen vergleichbar sind. Dann beginnt der Kampf mit dem Urwald, die „Roca". Zunächst werden mit dem Waldmesser die Bambusdickichte, die Baumfarne und das Gewirr der Schlingpflanzen niedergehauen und zerhackt. Bald ist das Innere des Waldes mehrere Meter hoch mit dem zerstörten Unterholz angefüllt; zum erstenmal durchweht die frische trockene Luft der übrigen Welt den Urwald und läßt die gemordeten Pflanzenmassen rasch verdorren. Sind etliche Morgen derart gelichtet, so hebt der Waldschlag an, und die Bäume werden gefällt, aber nie an der Wurzel, sonden in halber Mannershöhe. Das geschieht, weil sich dann die sehr starke Nachtriebskraft der gefällten Waldriesen auf die Stümpfe beschränkt, wo die Schößlinge leichter zu entfernen sind, als wenn sie aus der Wurzel emporsprießen würden. Die Arbeit erfordert viel Kraft und Geschicklichkeit; die Aeste werden abgehauen und zerkleinert, um als Brennholz für den Waldbrand zu dienen, den man nach 2 bis 3 Wochen veranstaltet. An einem sonnigen Tage wird die Wüstenei von Stämmen und Aesten auf der Windseite an mehreren Stellen angezündet, meist zwischen 11 und 12 Uhr mittags, weil bis dahin der Tau verdunstet ist. Turmhoch schlagen die Flammen empor und vergehen alles bis auf die dicken gefällten Baumstämme, die als Bau- und Nutzhölzer verwertet werden. Die „Roca" vermag sich nicht auf den angrenzenden unberührten Urwald fortzupflanzen, da dieser zu feucht ist. Die dem Tage des Brandes folgende Nacht erstickt meist schon den Brandherd. Sobald sich die Asche abgekühlt hat, bestellt man die „Roca" und bedient sich dazu nur der Hacke. Der ersehnteste Tag des Siedlers ist es, wenn er schuldenfrei auf seinem Besitztum steht. Dann kann er auch daran denken, die Palmblätterhütte gegen ein Bretterhaus oder einen einfachen Fachwerkbau zu vertauschen, und wenn er dann wohlhabender geworden ist, schafft er sich ein massives Wohnhaus. —

Allerlei.

„Noch 1000 Billionen Jahre". Der Chikagoer Gelehrte Moulton hat auf dem Naturforscherkongreß in Kansas City die an Genauigkeit nichts zu wünschen übriglassende Angabe gemacht: „Unsre Erde hat noch 1000 Billionen Jahre Bestand." Dann allerdings hat's zwölf geschlagen. Dann versinkt alles, was lebt und webt, im feurigen Rachen irgendeines glühenden Riesensterns. Dann ist es aus mit den Bockbierfesten, aus mit der Liebe, aus mit der Jahresrente an unsre heißgeliebten Landesväter. Dann ist das Uhrwerk abgelaufen; der Pendel, der noch eben gleichmäßig zum Tick geschwungen hat, macht nicht mehr Tack. Schluß der Weltgeschichte! Feierabend! 1000 Billionen Jahre sind eine ganz anständige Galgenfrist. Vom Bau der Hängegärten der hochseligen Königin Semiramis bis zur Grundsteinlegung des ersten amerikanischen Wolkenkratzers sind, nach einwandfreier Rechnung, rund fünftausend Jahre verflossen. In dieser Zeit hat sich das abgespielt, was wir, von Cheops von Aegypten ausgehend bis zu Wulle, gemeinhin die bisherige Weltgeschichte nennen. Diese Weltgeschichte soll sich nun zweihundertmilliardenmal bis zum Eintritt der von Mister Moulton vorausgesagten Katastrophe wiederholen. Man wird zugeben, daß das keine Spanne ist, die sich mit dem Zollstock abgreifen läßt. Wir dürfen also mit der Beruhigungspille, die uns Mister Moulton schlucken läßt, ganz zufrieden sein. Wir haben Sorgen genug; atmen wir auf, daß wir für 1000 Billionen Jahre nun wenigstens von dem Schreckgespenst des Weltuntergangs befreit sein sollen. In dieser Hinrichtung können wir uns also behaglich auf den breiten Polstern des Gleichmuts strecken — oder wenn's nicht anders geht, auf der harten Pritsche unsrer Pleite, immer aber unbekümmert um unsers heimatlichen Grasklumpens letztes Stündlein. —

Das Waschen der Banknoten. N. J. Ralph, ein Amerikaner, hatte den Gedanken, die Banknoten einer Waschung und Desinfektion zu unterwerfen. Die dazu bestimmte Maschine ist seit einiger Zeit im Schatzamt in Washington in Tätigkeit. Die schmutzigen Banknoten, die für alle möglichen Bakterien prächtige Nährböden abgeben, werden zwischen zwei Stoffbändern ohne Ende eingelegt und von diesen durch das Waschmittel und das Spülwasser geführt. Sie erfahren dabei durch die Stoffbänder eine leichte Reibung, und da das Wasser abwechselnd von den Stoffbändern aufgesaugt und durch Druck ausgepreßt wird, kommen die Banknoten völlig gereinigt aus der Maschine heraus. Bevor sie indessen die Maschine endgültig verlassen, werden sie von einem andern Paar Bänder erfaßt, die sie über zwei große Blechwalzen führen, die geheizt sind, wodurch sie getrocknet und geglättet werden. Das Waschmittel, das aus Harzseifen und chemischen Bleichmitteln besteht, dient gleichzeitig zur Vernichtung aller Keime, die im Papier enthalten sind. Die Zusammensetzung ist so gewählt, daß die geringen Mengen Leimes, die die Lösung auszieht, wieder ersetzt werden. Die Maschine vermag in einer Stunde mehrere tausend Banknoten zu waschen. —

Humor und Satire.

Wahrscheinlich. Willi: „Sag mal Papa, warum war der Mann zuerst geschaffen?" — Vater: „Nun, damit die Frau behaupten kann, sie sei gegen ihn eine Verbesserung, meine ich." —

Liebenswürdig. Sie: „Du kannst es mir glauben, Du hast keine Spur von Geschmack." — Er: „Das hat man mir schon bei unsrer Hochzeit gesagt." —

Ihr Gesichtspunkt. „Ich habe mir gestern „Wallensteins Lager" angesehen!" — „So, hat der billige Blusen?"

Rätselecke.

(Nachdruck verboten.)

Wandlung.

Es labt den Lechzenden, füllt den Topf.
Mit anderm Kopfe fällt's am Kopf.
Mit anderm Kopfe flicht es.
Mit anderm Kopfe macht es wild.
Mit anderm Kopfe steht's im Gefild
Und reichen Segen verspricht es.

Silbenrätsel.

a — an — bac — ca — der — el — gal — guel —
grab — hu — lau — lex — man — nau — nen — net —
o — re — re — ri — ri — se — ta — te — u — us

Aus diesen Silben sind sieben Wörter zu bilden von folgender Bedeutung: 1. Totemmal aus der nordischen Vorzeit, 2. ruhmreicher König des Altertums, 3. Gliederpuppe, 4. alte akademische und kirchliche Würde, 5. Erzengel, 6. sportliche Veranstaltung, 7. berühmter preußischer Feldherr und Staatsmann. — Sind die richtigen Wörter gefunden, bezeichnen sowohl die Anfangsbuchstaben, wie auch die Endbuchstaben je eine große deutsche Stadt.

Silbenkreuzrätsel.

1 = 2 vielverfolgtes Tier
2 = 3 = 4 politische Würde
3 = 5 Befestigungsmittel
4 Oeffnung
1 = 5 Naturereignis
3 = 2 Teil des Kopfes
2 = 5 Teil des Schiffes

Auflösungen der Rätsel in Nr. 9.

Lösung des Kreuzworträtsels:

● A L T O N A ●
A L E ● D O R A
S T A R ● T A L
T ● ● A N ● ● S
E V A ● A S T I
R O L L ● E O S
● R I T T E R ●

Lösung der Pyramide:

A
A R
B A R
R A B E
B A R T E
B R A T E N

Lösung der Zahlenschrift: Zeit heilt alle Wunden.
(Schlüsselwörter: Jahn, Ella, Judien, Tanne, Hund, Leiden, Anna, Weide, Uhu, Reun, Dante.)

Druck und Verlag W. Pfannkuch u. Co., verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, sämtlich in Magdeburg.

Die Kraft

Unterhaltungsbeilage zur Volksstimme

Nr. 11 — Magdeburg, Sonnabend den 6. Februar — 1926

Der kleine Mark.

Von Romain Rolland.*)

Mark verbrachte den ganzen Tag in Sylvias Werkstatt. Da Annette bis zum Abend außer Hause zu tun hatte, ließ Sylvia das Kind um sich sein. Er war das Hauskätzchen, wurde von Kundinnen und Gehilfinnen verwöhnt, unternahm da auf allen vieren Entdeckungsreisen, hockte unter den Tischen, raffte Haftel und Stoffendchen auf, wickelte Spulen ab, verknäulte Fäden, hatte immer was Süßes zu schmatzen oder wurde süß abgeschmatzt. Es war jetzt ein Bübchen von drei, vier Jahren, mit goldbraunem Haar wie Annette, seit seiner Erkrankung ein wenig blaß. Das Leben war ihm ein ununterbrochenes Schauspiel. Sylvia hätte ihrer eignen frühesten Erfahrungen sich entsinnen können, als sie unter dem Verkaufstisch kauerte und die Kunden reden hörte. Aber die Großen haben in ihrer gestelzten Höhe ein so ganz andres Blickfeld, daß sie nicht wissen, was alles an Kinderaugen haften bleibt. Und an den rosigen Oehrlein . . . Die fanden reichliche Beschäftigung in der Werkstatt! Die Zungen schwangen da nach Herzenslust, lustig, keck und unverschämt. Prüderie war das letzte, was man Sylvia und ihrer kleinen Schar vorwerfen konnte. Bei gutem Lachen und Nächsten-Tadel, da läuft die Nadel . . .

Kein Mensch dachte an den Kleinen. Der verstand doch kein Wort davon! Es ist wohl anzunehmen, daß er nichts davon begriff, aber er griff nach diesen Dingen und hielt sie für immer fest. Ein Kind greift alles auf, greift alles an, saugt an allem. Wehe, wenn etwas herumfliegt! Bäuchlings unter einem Sessel liegend, nahm er alles in den Mund, was von oben abfiel: Biskuitkrümchen, Knöpfe, Kirschkerne; mit den Worten verfuhr er genau so. Ohne zu wissen. Aber gerade! Um zu wissen! Und er kaute sie hin und her; verflocht sie in seinem Singsang . . .

„Du Schweinchen! . . .

Das Lehrmädel entriß ihm ein Stück Band, an dem er sog oder das er versuchsweise in die Nase steckte. Aber was er an Gesprochenem eingeschluckt hatte, konnte ihm niemand mehr entreißen. Vorläufig wußte er gar nichts damit anzufangen. Aber verloren war es nicht.

Entraffte man ihn einmal dieser Unterwelt der Möbel- und der Menschenfüße, die so merkwürdig zappeln, indes ihre gefangenen Zehen sich in den Schuhen krümmen, versetzte man ihn wieder in die bei den Großen übliche Körperhaltung, blieb er in dieser Oberwelt auf niederem Schemel artig zwischen Sylvias Beinen sitzen. Oder auch bei einer andern Berockten, weil die Tante selten ruhig blieb. Dann legte er seine Wange gegen den warmen Stoff, und mit zurückgelegtem Kopfe und aufgeregtem Näschen betrachtete er diese vorgeneigten Gesichter, das Fältchenspiel der Lider, bewegliche, glänzende, lebhafte Pupillen, einen Mund, der Zwirn abbeißt, daß man den Speichel sieht, die Unterlippe (die in Froschperspektive über der Oberlippe erscheint), wie sie von den Zähnen angesogen wird, die Unterseite der Nasenlöcher, an der rotes Geäder sich verzweigt, und die beim Sprechen zucken und zittern; und dann die Finger, die mit ihrer Stahlspitze blitzschnell zustoßen; und plötzlich kitzelt ihn eine Hand unterm Kinn; an einem Finger steckt das Blechhütchen, und er fühlte eine kalte Berührung am Halse . . .

Wie auch sonst, war hier kein Eindruck verloren: was sich da so warm und doch frisch, so mollig lau anfühlte, diese Stücke lebenden Fleisches, die im Lichte rosig, im Schatten bernsteinfarben erschienen, und dann der Duft des Weibes . . .

Sein kleines Ich nahm das freilich nicht wahr, aber das vielfältige, facettenartige Bewußtsein, das über die ganze Körperfläche des Kindes hin verbreitet, verzeichnete auf seiner Walze jeden dieser Eindrücke . . .

Die Frauen hatten keine Ahnung, daß sich ihr Bild von den Füßen auf bis zum Kopfe in diesem kleinen, hochempfindlichen Registrierapparat eingrub. Allerdings sah er sie nur stückweise, andre Stücke fehlten: wie bei einem Legespiel hatte er es mit einem Durcheinander von Bestandteilen zu tun. Wo er Vorliebe äußerte, trat sie absonderlich und mit huschender Flüchtigkeit, dabei ebenso lebhaft als mannigfaltig auf; sie schien bloßer Laune zu entspringen, war aber weniger unbeständig, als daß sie sich eben nur auf Teile der einzelnen Personen bezog. Der Scharfsinnigste hätte unmöglich ergründen können, was ihn an der oder jener von diesen Frauen besonders fesselte! Als echtes Hauskätzchen liebte er eher die Weichheit der Hände als die ganze Person. Und der Inbegriff dieser weichen Zärtlichkeit war ihm sein Heim, die Werkstatt. Er war in tiefer Unschuld Egoist. (Und mit vollem Rechte: der kleine Baumeister hatte zunächst einmal sein Ich aufzubauen.) Sogar in seinen Liebkosungen war er noch unverhüllter Egoist. Denn er liebkoste, um zu gefallen und weil es ihm Freude machte. So war er denn auch nur mit denen zärtlich, die bei ihm in Gunst standen.

Vom ersten Tag an war Sylvia sein eigentlicher Liebling. Mit seinem Haustiercheninstinkt erriet er, daß sie die Gottheit dieser Heimatstatt war, die Herrin, von der Eßbares, Küßchen und die Färbung des ganzen Tages ausging, so daß es angezeigt war, ihr schön zu tun. Aber besser war's noch, wenn sie selber einem schön tat. Und der kleine Kerl hatte wohl bemerkt, daß er's bei ihr so weit gebracht hatte. Er war übrigens fest überzeugt, solche Gunst reichlich verdient zu haben. So nahm er ohne jegliche Ueberraschung, aber mit Behagen die angenehmen, schmeichelhaften Huldigungen entgegen, mit denen er von der Herrscherin bedacht wurde. Sylvia verzog und verwöhnte ihn, fand jede seiner Bewegungen, jeden seiner Schritte unvergleichlich, bewunderte seine Schönheit im allgemeinen, seinen Mund, seine Augen, sein Näschen im besonderen; ihre Kundschaften mußten ihn auch anstaunen, und sie prahlte mit ihm, wie man es ihr eignes Kätzchen gewesen wäre. Freilich bekam er von ihr auch andres zu hören: „So ein Lausbub! Du Erzdummkopf!"

Und wie es sich gerade traf, setzte es jetzt einen Klaps, jetzt ungestümes Abwischen der Nase oder andrer Körperteile. Aber von ihr erschien ihm dies nicht als verletzend und (trotz seiner schreienden Proteste) nicht einmal als sehr unangenehm. Von der Königin höchst eigenhändig auf die Rückseite geklascht zu werden, das konnte auch nicht der erste beste haben! Wenn sich das eine andre unterstanden hätte, „Kreuzbimbam!" (das hatte er auch in der Werkstatt aufgeschnappt), das wollte er sich einmal anschaun! . . . Und dann auch abgesehen von ihrem Herrscherglanze fühlte er sich von Sylvia bezaubert. In diesem Baukasten weiblicher Einzelzüge, den für ihn die Schneiderwerkstatt darstellte, bot sie ihm die größte Zahl erfreulicher Bestandstücke; es war so angenehm, sich in ihre Kleidfalten zu drängen, daß sein Kopf an ihrem Kleide lag, und so auf ihre Stimme zu horchen (er fühlte ihr Lachen, wie es da innen in ihr zitterte) oder über ihre Hüften hinaufzuklettern, bis er ganz oben war, dann schlang er sein Aermchen um ihren Hals und rieb Nase, Lippen und Augen an der weichen Wange und an einem besonderen Fleckchen am Ohr, wo ein Gewirre hochblonder, duftender Löckchen lockte. Was dem Geiste der Großen das Auge bedeutet, das ist für die Kinderseele das Tastgefühl — der Zauber, mittels dessen man über die Mauer zu sehen vermochte, so daß man dann innen am Traumteppich der vermeintlich wahrgenommenen Dinge weben konnte, am Trugbild des Lebens. Das Kind saß am Webstuhl. Es wußte nicht was diese blondinen Löckchen waren, diese Wange, dies Lachen, die ganze Sylvia und was „ich" zu bedeuten hatte, aber er dachte schon: „Mir gehört's." —

*) Aus Romain Rolland, Sommer, Roman. (Kurt Wolff-Verlag, München.)

Auf dem Riesendom des Chimborasso

Von Geheimrat Professor Hans Meyer.

Vom Unterland war aus unsrer großen Höhe von fast 6000 Meter nichts zu sehen; es war verdeckt durch ein unabsehbares weißwelliges Wolkenmeer, das langsam aus Westen nach Osten hinwallte und nur selten den rötlichen Bergfuß durch-

schimmern ließ. In unsrer Region aber wehte aus entgegengesetzter Richtung der übliche Ostpassat der Höhe, und zwar oben mit noch stark zunehmender Heftigkeit; denn über den Gipfel weg flüteten die Nebel in geschlossener runder Masse, einem ungeheuern weißen Wasserfall gleich, auf die Westseite zu uns herab, wo sie sich nahe über uns in scheinbares Nichts auflösten. Das ganze Phänomen ist von föhnartigem Charakter und sehr ähnlich dem sogenannten Tafeltuch auf dem Tafelberg bei Kapstadt, wo ich es vor Jahren tagelang in schönster Entfaltung beobachten konnte.

Nach Westen gab es für uns wegen des Spaltenlabyrinthes kein Weiterkommen. Also schwenkten wir direkt auf den steilen Gipfelhang ein, der hier über 40 Grad Neigung hat. Dank unsern Steigeisen brauchten wir nur wenig Stufen zu schlagen. Trotzdem begann infolge des abnehmenden Sauerstoffgehalts und Luftdrucks in der 6000-Meter-Höhe das Steigen uns beiden sehr schwer zu werden. Wir mußten alle zehn Schritt einige Sekunden pausieren, um die Lungen wieder aufzufüllen und den übermäßigen Herzschlag zu beruhigen. Unsers Willens aber bemächtigte sich, ohne daß wir uns körperlich ermüdet fühlten, eine eigentümliche Erschlaffung, deren Ueberwindung die höchsten Anforderungen an den Intellekt stellte.

Langsam ging es so bis zu etwa 6050 Meter hinauf. Da tat sich vor uns eine breite Eisklluft auf, die die ganze Westseite des Gipfels umspannte und, wo wir auch den Versuch machten, keine haltbare Ueberbrückung bot. Hier ging es mit menschlichen Kräften nicht weiter. Zum Suchen einer neuen Anstiegsroute von der Eisgrenze aus reichte aber die Zeit nicht mehr hin; es war 2 Uhr vorüber, und die Nebel wurden immer dichter. Schweren Herzens mußten wir deshalb, 200 Meter unter dem Gipfel, den Entschluß zur Umkehr fassen. Der Abstieg ging, wie immer auf gutem Firn, sehr rasch. Eine Stunde später schnallten wir bei den Felswänden an der Eisgrenze unsre Steigeisen ab und rutschten im losen prasselnden Schutt auf der Nordwestloma zu unsern Zelten hinunter.

Bald nach unsrer Rückkunft ins Lager steckte der obere Berg wieder ganz in einem wildbewegten Wolkenchaos, und die Nacht bescherte uns einen neuen kräftigen Schneefall, der, bis zum Morgen andauernd, alle weitern Unternehmungen in den obern Regionen für die nächsten Tage vereitelte. Und da die Peones, die am Vormittag, wie verabredet, heraufkamen, um uns eventuell abzuholen, einmütig erklärten, sie würden bei so schlechtem Wetter nicht noch einmal heraufsteigen, ließ ich das Lager in der Hoffnung abbrechen, daß wir es ein paar Wochen später mit Wind und Wolken besser treffen würden.

Eine Entschädigung für die total vernebelte Aussicht nach oben gewährte uns aber vor unserm Aufbruch das unvergleichliche Panorama, das sich unter uns in der abgeschneiten, kristallklaren Atmosphäre nach Osten und Norden hin öffnete. Vom Cayambe im Norden bis zum Cerro Altar im Osten standen sie alle, die Schnee- und Eisriesen Hochecuadors, im milden Glanze der Morgensonne in langen Reihen vor uns, lauter Viereinhalb- und Fünf- bis Sechstausender. Ich nenne das Panorama unvergleichlich, nicht um damit einen Superlativ des Eindrucks auszusprechen, sondern weil diese hochandine Vulkanlandschaft Ekuadors so eigenartig ist, daß keine andre, auch nicht im übrigen Südamerika, mit ihr verglichen werden kann. Im Gegensatz zu einer europäischen oder asiatischen Alpenlandschaft mit ihren zusammenhängenden Gebirgsketten und langen, von ewigem Schnee bedeckten Firsten und Kämmen sehen wir hier lauter große, meist kegel- oder pyramidenförmige Einzelberge, die durch Intervalle von viel größern Dimensionen, als sie die Berge selbst haben, voneinander getrennt sind und nur von sehr günstigen Standpunkten aus die riesigen Reihen erkennen lassen, zu denen sie angeordnet sind. Dem großen Bilde mangelt nicht bloß die Mannigfaltigkeit der Formen und die reiche Bewegtheit der Linien, die ein Faltengebirge wie die Alpen oder den Kaukasus so reizvoll machen, sondern auch der belebende Wechsel von schneeigem und felsigem Hochgebirge mit dunkeln Wäldern, grünen Weidetriften und freundlicher Kulturstaffage, die wir nur selten in einer Alpenlandschaft vermissen.

Diese ekuatorianische Andenlandschaft ist von erhabener Schönheit durch die große Einfachheit ihrer Gestalten, durch die klassische Ruhe ihrer Linien, durch die ungeheure Weite ihrer Ausdehnung, durch den tiefen Ernst ihrer gleichmäßigen, meist düstern Farbenstimmung und ihrer unendlichen Einsamkeit. Wie die Steppe oder die Wüste ist sie aber als Ganzes durchaus unmalerisch und kann deshalb auch als Ganzes vom Maler nicht in ihrer Erhabenheit wiedergegeben werden. Um die Größe der Natur zu bewältigen, muß die Kunst auch in diesem Fall zusammenfassen, veraligemeinern; sonst muß sie sich mit Ausschnitten, mit Teilen begnügen. Und solche Teile sahen wir auch dort von unsrer alles überragenden, hohen Warte im herückenden Zauber malerischer Beleuchtungen und Wolkeneffekte. Wenn ich aber das Ganze überschaute, wie da die violettbraunen, weißgipfeligen Pyramiden und Kegel bis in unabsehbare Ferne emporragten über das flache hellgraue Wolkenmeer, das allmählich alle dazwischenliegenden Ebenen und niedern Berggruppen verdeckte, so hatte ich den Eindruck einer großen polaren Inellandschaft und dachte an die eisbeladene Vulkaninsel Jan Mayen und an Bilder aus dem Kurilen-Archipel.

Das herrliche Schauspiel dauerte kaum eine Viertelstunde, dann zogen die Ostnebel, von den Firnhörnern des nahen, mit Neuschnee völlig überzuckerten Carihuairazo herüberwogend, den Vorhang wieder zu, und wir eilten unsern Leuten nach, die inzwischen mit den Zeltballen, Blechkoffern und Kasten bergab gerannt waren, wo an dem frühern Wechselplatz (4920 Meter) die Arrieros mit den Maultieren uns erwarteten. — Aus dem neuen Band (32) der trefflichen Brockhaus-Sammlung „Reisen und Abenteuer". Der bekannte Kolonialgeograph Geheimrat Prof. Hans Meyer berichtet in dem Werke „Hochtouren im tropischen Amerika" über seine Besteigungen von vier der wichtigsten Vulkanriesen im tropischen Amerika. Preis 3,50 Mark.

Ein Kapitel vom Sklavenhandel.

Einer der ersten Forschungsreisenden, die in das der zivilisierten Welt noch unbekannte Quellgebiet des Niger vordrangen, war der schottische Wundarzt Mungo Park. Er wurde im Jahre 1795 im Alter von 24 Jahren von der Afrikanischen Gesellschaft in London mit einer wissenschaftlichen Forschungsreise in jenes Gebiet beauftragt. Seine Eindrücke hierüber hat er in einem heute noch sehr lesenswerten Buche niedergelegt, das auch 1799 in deutscher Uebersetzung in Hamburg erschienen ist. 1805 wurde er auf seiner zweiten Reise in dieses Gebiet von Negern überfallen und fand auf der Flucht am 28. Dezember 1805 seinen Tod, als er sich durch Schwimmen zu retten suchte. Seine Verdienste um die Erforschung des damals noch „dunkeln" Erdteils sind unbestreitbar. Größer aber ist sein Verdienst, das er sich, freilich ungewollt, auf dem Gebiete der Sklavenbefreiung erworben hat. In seiner Reisebeschreibung gibt er ein wahrhaft grauenhaftes Bild von den Scheußlichkeiten des Sklavenhandels.

Die Negerstämme in den von Park bereisten Gebieten führten fortwährend untereinander Krieg. Dabei kam es ihnen darauf an, dem Gegner möglichst viel Vieh zu rauben und Gefangene zu machen. Diese wurden dann, soweit sie nicht als Arbeitstiere im eignen Lande gebraucht wurden, auf eigens dazu eingerichteten Sklavenmärkten verkauft. Die geborenen Sklaven wurden hierbei besser bezahlt als die durch Kriegs- oder sonstiges Unglück zu Sklaven gewordenen ehemals freien Männer. Die in der Sklaverei geborenen Kinder blieben zeitlebens Sklaven, und nur in äußerst seltenen Fällen gelang es ihnen, die Freiheit zu gewinnen. Sobald die Sklavenhändler ihre „Ware" erstanden hatten, bemühten sie sich, ihre Karawane so schnell wie möglich an die Küste zu bringen, denn solange sie noch im Innern des Landes verweilten, unternahmen die Sklaven Fluchtversuche, die auch manchmal glückten. Wurde aber ein entflohener Sklave wieder eingefangen, dann wurde er so grausam behandelt, daß er meist die Strapazen der Reise nicht mehr aushalten konnte und unterwegs, den wilden Tieren zum Fraß, liegenblieb.

Auf dem Transport wurden die Sklaven gewöhnlich derart gefesselt, daß man den rechten Fuß des einen mit dem linken des andern zusammenschmiedete. Außerdem wurden immer je vier Sklaven am Halse mit einem Strick von geflochtenen Lederriemen zusammengebunden. Nachts wurden ihnen noch die Hände gefesselt und öfter leichte eiserne Ketten um den Hals geschlungen. Die weite Reise vom Innern Afrikas an die Küste mußte zu Fuß zurückgelegt werden; sie konnte bei einer derartigen Fesselung der Sklaven nur langsam vor sich gehen. Dazu kam die Ungewißheit über ihr ferneres Schicksal. Unter ihnen war das Gerücht verbreitet, daß die Weißen die Sklaven kauften, um sie zu mästen, zu schlachten und zu verzehren. Fand sich an der Küste nicht sofort Gelegenheit, die Sklaven mit Nutzen weiter zu verkaufen, dann wurden sie einstweilen auf benachbarte Dörfer geschickt, wo sie Feldarbeit verrichten mußten. Dabei wurden immer zwei aneinander gekettet. Die Behandlung war grausam, die Ernährung sehr schlecht.

Bei Beendigung seiner ersten Reise verließ Park Afrika auf einem amerikanischen Sklavenschiff, auf dem 180 Sklaven in unmenschlicher Weise verfrachtet waren. Das Schiff war ein alter verbrauchter Kasten und wurde unterwegs leck. Die Sklaven mußten daher fortwährend pumpen und wurden über ihre Kräfte angespannt. Infolge aller dieser Grausamkeiten starben von den 180 Sklaven 22, die übrigen 108 waren bei Ankunft des Schiffes in völlig elendem und entkräftetem Zustand. Selbst die rohe nachmalige Behandlung durch herzlose Farmer empfanden sie als Wohltat gegenüber den Leiden des Transportes.

Parks Schilderungen lenkten die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die Schändlichkeiten des widerwärtigen Sklavenhandels. Sie bereiteten den Boden vor, auf dem Harriet Beecher-Stowes prachtvolle Erzählung „Onkel Toms Hütte" so reiche Früchte tragen konnte. So wurde um die Abschaffung der Jahrtausende alten Sklaverei der geistige Kampf eröffnet, der im Kriege der amerikanischen Nordstaaten gegen die der Sklaverei ergebenen Südstaaten seine Fortsetzung und sein siegreiches Ende fand. Die Sklavenbefreiung war durchgeführt, ihr hauptsächlichster Vertreter aber, Abraham Lincoln, fiel am 14. April 1865 einer Kugel des fanatischen Schauspielers Booth, einem Anhänger der Sklaverei, zum Opfer. Die von ihm verkörperte Idee aber wurde nicht getötet. Sie ist heute Gemeingut der ganzen Menschheit, sämtlicher Bewohner der Erde, welcher Rasse sie auch angehören mögen.

120 Jahre sind am 28. Dezember 1925 seit dem Tage verflossen, da Park, der Begründer dieser siegreichen Idee als Märtyrer der Wissenschaft sein junges Leben hingab. Sein Wirken war der Anstoß zu einer menschheitsbeglückenden Tat, die uns auch weiter an eine Höherentwicklung der Menschheit glauben läßt, trotz aller Hemmungen. —

Kunst und Literatur.

Das Nürnberger Sangermuseum. Ein Schatzkästlein des deutschen Sängertums soll das deutsche Sängermuseum in Nürnberg sein, über dessen Einrichtung August Richard in der „Bergstadt" berichtet. Dieses Museum hat an der denkwürdigsten Stelle seinen Platz gefunden, die dafür auserkoren werden konnte, nämlich in jenem Katharinen-Kloster zu Nürnberg, dessen Kirche lange Zeit hindurch von den Meistersingern als Ort ihrer Versammlungen und Singstunden benutzt wurde. Die Schätze sind dort und in den darüber befindlichen Gelassen untergebracht. Im Vorraum sind in zahlreichen Schaukasten Ausstellungen derjenigen Vereine untergebracht, die aus ihrem reichen Besitz besonders kostbare Gaben gestiftet oder leihweise überlassen haben. Fahnen und Banner, Sängerpokale und Trinkhörner, vielfache Erinnerungszeichen schmücken die Wände. Auch in dem Hauptraum sind zahlreiche Fahnen aufgestellt, dazwischen Elfenbeinbüsten, Plaketten und Bilder von den größten musikalischen Meistern und den Männern, die sich um die Pflege des deutschen Gesangs verdient gemacht haben. Der Hauptteil des Museums ist in vier Abteilungen gegliedert und in 37 Schaukasten übersichtlich aufgestellt. Die eine Abteilung veranschaulicht die Entwicklung des Männergesangs von seinen frühesten Anfängen; hier fesseln vor allem die Reliquien, die von Hans Sachs und den Meistersingern erzählen, Bildnisse, Schultafeln und Singordnungen, Notenbücher, Handschriften und seltene Drucke. Ueber Haydn, Mozart und Beethoven führt dann der Weg zu Schubert und Weber, zu Kreutzer und Silcher, den eigentlichen Meistern des deutschen Liedes. Eine andre Abteilung ist der Ausgestaltung des Männerchorwesens gewidmet. Tabellen und Uebersichten, Urkunden und Denkschriften, Liederhefte und Festbücher zeigen die Entstehung der einzelnen Vereine, die dann zu dem großen Deutschen Sängerbund zusammengeschlossen wurden. Eine weitere Abteilung behandelt das Lied der Auslandsdeutschen, eine vierte das Lied im Weltkriege; doch ist für die Ausgestaltung dieser Gruppe noch viel zu tun. Mit dem Sängermuseum zusammen wurde ein Ehrendenkmal für die im Weltkrieg gefallenen Sänger enthüllt, das an einer Seitenwand der Katharinen-Kirche errichtet ist. —

Industrie und Technik.

Kohlenoxyd-Vergiftungen. In auffälliger Weise mehren sich in diesem Winter die Nachrichten über schwere Vergiftungen durch Kohlenoxyd. Das ist besonders deshalb auffallend, weil in den vergangenen Jahren, da in zahlreichen Wohnungen behelfsmäßige Heizungseinrichtungen eingebaut werden mußten, die Oeffentlichkeit mehr als je über das Heizen und die nötigen Vorsichtsmaßregeln aufgeklärt worden ist. Man sollte deshalb annehmen, daß jeder, der einen Ofen heizt, auch über seine Wirkung und etwaige Gefahren unterrichtet sein sollte und daß leichtsinnige Unvorsichtigkeit deshalb nicht mehr vorkommen dürfte. Denn nur Leichtsinn und Unvorsichtigkeit können Vergiftungen zur Folge haben. In jedem Ofen, in dem Kohle oder Koks verbrannt werden, entwickeln sich bei nicht genügender Zufuhr von Verbrennungsluft Kohlenoxydgase. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, daß jeder Ofen oder Herd einen direkten Abzug ins Freie hat. Dazu dient der Schornstein. Wird dieser Abzug künstlich zugesperrt, so ist es wohl selbstverständlich, daß die Gase durch die Feuerlöcher oder Undichtigkeiten des Ofens ins Zimmer treten. Das Gleiche kann geschehen, wenn der Abzugskanäle eine offene Verbindung mit irgendeinem andern Raum hat. Deshalb dürfen die Abzugsrohre von Gasöfen, die ja in ihrer Feuerung nicht abgeschlossen sind, nicht in Ofenkamine eingeführt werden. Deshalb ist es auch verboten, in den Abzugsrohren Ofenklappen anzubringen, die den freien Durchgang ganz abschließen. Die meisten Unglücksfälle werden immer wieder durch jene Ofenklappen hervorgerufen. Es kann nicht genug davor gewarnt werden; denn obwohl baupolizeilich verboten, findet man sie immer wieder. Wird so ein Ofen stark angeheizt, dann soll es schnell warm werden, der Ofen fängt an zu glühen; nun wird die Klappe zugesperrt, das Feuer reagiert sehr schön darauf, aber zugleich reicht die zur Verbrennung tretende Luft nicht mehr aus, statt Kohlensäure bildet sich Kohlenoxyd, das den Austritt in den Schornstein versperrt findet und nun in den Wohnraum strömt. Tritt Leuchtgas in einen Wohnraum, so macht es sich durch den Geruch bemerkbar, auch Rauchschwaden nimmt die menschliche Nase leicht wahr; aber das Kohlenoxyd ist leider völlig geruchlos. Darin liegt die große Gefahr. Sie wird nicht erkannt, und die Menschen, die es einatmen, erkranken sofort sehr stark. Kohlenoxyd ist zugleich so giftig, daß in vielen Fällen, selbst wenn die Gefahr noch gemerkt wird, der Tod eintritt. Etwas Ueberlegung beim Heizen, eine gewisse Kontrolle der Oefen, radikale Entfernung der nicht erlaubten Abschlußklappen und eine sachliche Ueberprüfung der Heizanlage, besonders der Abzugsvorrichtungen, genügen, um jede Vergiftungsgefahr auszuschalten. Das ist so einfach und selbstverständlich, daß es nicht zu begreifen ist, wenn Menschen sich und andre immer wieder in Lebensgefahr bringen. —

Naturwissenschaft.

Die Austrocknung Norddeutschlands. Es handelt sich hier nicht etwa um eine „Trockenlegung" nach amerikanischem Muster, sondern um ein allmähliches Versiegen der Gewässer, die nach der Zeitschrift „Die Wasserkraft" so zunimmt, daß sie für eine fernere Zukunft bedrohlich werden könnte. Professor Halbfaß, der sich eingehend mit der Frage beschäftigt hat, ist der Ansicht, daß der Grundwasserstand seit Beginn der geschichtlichen Ueberlieferung in Norddeutschland erheblich gesunken ist. Die Menge des Niederschlags dagegen hat nur in ganz geringem Maße abgenommen. Zur Bronzezeit, vor rund 4000 Jahren, bestand Mecklenburg aus einzelnen Inseln. Die großen Ströme Deutschlands führten vier- bis fünfmal mehr Wasser als heute. Dereinst waren sie noch viel wasserreicher und eilten in riesenhafter Breite, wildströmend, schäumend und sich überstürzend, zwischen dem Moränenschutt zu Tal. Auf den geologischen Karten sieht man den Verlauf der eiszeitlichen Ströme als „Urstromtäler" eingezeichnet, und ein Vergleich dieser Täler mit der heutigen Wasserbreite unsrer Flüsse sagt auf den ersten Blick, welche Fortschritte die Wasserverarmung gemacht hat. Der Seeräuber Störtebecker konnte noch in den vorpommerschen Flüssen weit ins Land hineinfahren, was jetzt wegen des gesunkenen Wasserstandes ausgeschlossen ist. Nun sagt Professor Halbfaß: Seit 1½ Jahrhunderten ist mit dem Grundwasser Raubbau getrieben worden, und zwar Raubbau größten Stils. Entwässerungen, Umwandlung der Ströme in Kanäle usw. müssen den Vorrat in viel kürzerer Zeit sich erschöpfen lassen als es unter normalen Bedingungen der Fall wäre. Was hilft uns die Schaffung von fruchtbarem Neuland, wenn durch die unbegrenzte Fortsetzung der Entwässerungsarbeiten eines Tages allgemeine Verdorrung eintritt? Vor allem muß vermieden werden, daß der Wasserüberfluß des Frühlings nutzlos zum Meer abfließt. Also empfiehlt sich die Anlage von Stauwerken und kleinen Talsperren, um zum Zwecke künstlicher Bewässerung das Wasser aufzuspeichern. Die Gefahr der Austrocknung droht; es ist aber noch Zeit, ihr zu begegnen! —

Kulturgeschichtliches.

Frauenbewegung im alten Rom. Den Frauen des Altertums war die Beschäftigung mit der Politik durchaus nicht fremd. Unter den Wandinschriften, die sich in Pompeji fanden, lesen wir „Agna bittet" oder „Cuprasia bittet", eben und den zu wählen, aber auch „Ophionis wählt . . . den und den" und „Cuprasia wählt . . ." Offenbar handelt es sich hier um Wahlbeeinflussung durch hervorragende Frauen. Diese römischen Frauen nahmen den lebhaftesten Anteil am Ergehen ihrer Gemeinde, wie sie sich auch als — Kapitalistinnen ganz merkwürdig betätigten. Sie kauften und verkauften durch einen Geschäftsführer Fabriken und Grundstücke, spekulierten und treiben Geschäfte aller Art. Die römischen Frauen ließen sich aber auch die Vertretung ihrer Interessen in keiner Weise nehmen. In die Vorstände der großen Begräbnisgilden konnten sie auch schon damals gewählt werden, aber sie bildeten sogar politische Vereine zur Förderung der besonderen Fraueninteressen. Wie energisch sie das taten, beweist der folgende, von den römischen Historikern verbürgte Vorgang: Die jungen Römer mußten an den Sitzungen des Senats teilnehmen, um dort in die staatsbürgerliche Arbeit eingeführt zu werden. Einer von ihnen wird nachher von seiner Mutter gefragt, was es denn im Senat gegeben habe. Der Junge versucht zunächst, sich hinter das ihm auferlegte Schweigen zu verstecken. Schließlich aber muß er der Neugier der Mutter weichen. Da er aber nicht die Wahrheit sagen will, liegt er ihr vor, man habe darüber verhandelt, ob es besser sei, wenn ein Mann zwei Frauen habe oder eine Frau zwei Männer. Die Mutter weiß nichts Eiligeres zu tun, als in ihrer Aufregung die Geschichte ihren Mitbürgerinnen zuzutragen. Sie rotten sich zusammen, und in der nächsten Senatssitzung erscheint eine Prozession der Frauen, um zu fordern, daß eine Frau zwei Männer haben dürfe, aber nicht umgekehrt. — Als der strenge Cato durch ein Gesetz den übergroßen Luxus der Frauen unterbinden wollte, da war die Aufregung der Frauen so groß, daß der Gesetzentwurf zu Fall kam. In der späteren Kaiserzeit hatten die Matronen sogar einen regel-